

DIE ROTE HILFE

4.2013

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 4 EURO | 39. JAHRGANG | C 2778 F

Organisierung und Organisation gestern, heute, morgen

Inhaltsverzeichnis



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation.

Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg.

Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

im vorliegenden Heft beschäftigen wir uns mit uns selbst. Texte zu Organisation und Organisierung hatten wir erbeten und angekündigt. Und fast alles, was wir nun für euch zusammengetragen haben, befasst sich mit Organisation und Organisierung in der Roten Hilfe e.V. Das ist sicherlich kein schlechter Fokus – vor der Bundesdelegiertenkonferenz im kommenden Jahr ist diese Artikelauswahl eine gute Grundlage für eine Debatte darüber, wie es mit unserer Organisation weitergehen soll. Dass diese Debatte notwendig ist, zeigen auch diverse Beiträge im letzten und im aktuellen Mitgliederrundbrief. Deshalb hoffen wir, dass ihr diesen Schwerpunkt so wie wir im Redaktionskollektiv nicht als abschließendes Ergebnis eines Aufrufs in der RHZ lest, sondern als Auftakt für eine solidarische und hoffentlich fruchtbare Diskussion.

Auch in anderer Hinsicht macht sich die Bundesdelegiertenkonferenz schon bemerkbar: Damit eure Anträge im beigelegten Mitgliederrundbrief fristgerecht veröffentlicht werden können, haben wir für die Erstellung der nächsten drei Ausgaben der RHZ einen sehr engen Zeitplan gestrickt. Weil es dann Schlag auf Schlag geht, geben wir euch heute schon die Schwerpunkte für die nächsten zwei Hefte bekannt. So habt ihr Zeit genug, euch mit euren Beiträgen an diesen Schwerpunkten zu beteiligen.

In der ersten Ausgabe für 2014 wollen wir beleuchten, welcher Art von Repression Menschen und Gruppen ausgesetzt sind, die sich mit der Industrie anlegen, mit großen Konzernen. Immer wieder haben wir über Fälle berichtet, in denen private Unternehmen und staatliche Kräfte Hand in Hand gegen Aktivist_innen vorgehen, die beispielsweise gegen Massentierhaltung oder gegen das Mövenpick-Hotel im Hamburger Schanzenpark gekämpft haben. Und in der vorliegenden Ausgabe berichten wir von der Repression gegen Ford-Mitarbeiter_innen, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Nun wollen wir uns also im Schwerpunkt damit auseinandersetzen, womit solche Gruppen und Einzelpersonen rechnen müssen, auf welcher Grundlage staatliche Repressionsorgane und private Unternehmen kooperieren, wie schnell und wie brutal da auch unzulässiger Druck aufgebaut wird. Wir bitten euch, uns eure Erfahrungen oder Einschätzungen zu schicken, Redaktionsschluss für die Ausgabe 1/2014 ist am 10. Januar 2014.

Und kurz danach beginnen wir schon mit der Arbeit an der nächsten Ausgabe. Dort soll es schwerpunktmäßig um Repression gegen Frauen und um Frauen in der Antirepressionsarbeit gehen. Dazu gehören beispielsweise Repression gegen feministische Bewegungen, die Haftsituation von Frauen und speziell auf weibliche Gefangene zugeschnittene Verhörtechniken. Aber auch vieles andere mehr. Auch hier freuen wir uns über Eure Beiträge, Redaktionsschluss für die Ausgabe 2/2014 ist am 21. März.

Lange Rede, kurzer Gruß:

Solidarisch – Euer Redaktionskollektiv

Broschüre zu §§ 129 a/b

■ Die Broschüre entstand als Ergebnis der Diskussion und Kooperation unterschiedlicher Antirepressionsstrukturen und stellt, unter anderem anhand verschiedener Fälle der vergangenen Jahre, politische Hintergründe, die Art und Weise, sowie den Umfang des Einsatzes der Paragraphen 129 ff dar.

Wir sind alle 129a

► http://broschuere129.blogsport.eu

Geld her!

Dafür brauchen wir eure Mitgliedsbeiträge …

Insgesamt wurden Genoss_innen mit 24.667,79 Euro unterstützt

■ Im Berichtszeitraum hat der Bundesvorstand über 70 Unterstützungsanträge entschieden. 41mal wurden nach Regelsatz 50 Prozent der entstandenen Kosten bewilligt, neunmal 50 Prozent der Kosten nach dem Regelsatz für Pflichtverteidiger_innen. Insgesamt siebenmal wurden sämtliche Kosten übernommen, einmal nur 40 Prozent. Abgelehnt wurden zwei Anträge, wegen Nachfragen zurückgestellt zehn.

Wo und wann wir wollen

★ Ein Genosse nahm an einer unangemeldeten Kundgebung gegen die Verleihung des „Preises des deutschen Mittelstandes“ an Thilo Sarrazin teil. Im Rahmen der Kundgebung wurden seine Personalien festgestellt, später bekam er einen Strafbefehl über 600 Euro wegen „Durchführung verbotener nichtangemeldeter Veranstaltungen“. Über einen Rechtsanwalt legte der Genosse Widerspruch dagegen ein, das Verfahren wurde eingestellt. Von den Anwaltskosten in Höhe von 500,02 Euro übernimmt die Rote Hilfe e.V. die Hälfte.

Allein machen sie dich ein

★ In Münster (Nordrhein-Westfalen) nahm eine Genossin im März 2012 an Aktivitäten gegen einen Naziaufmarsch teil. Beim Versuch an die Route zu gelangen, wurde ihre Bezugsgruppe von der Polizei aufgemischt. Dabei wurde die Genossin erst zu Boden geworfen und fixiert, dann aber schnell wieder losgelassen. Einem Genossen, der noch in Bedrängnis war, eilte sie umgehend zur Hilfe, weshalb sie festgenommen wurde. Gegen den Strafbefehl über 1500 Euro wegen Widerstands und Beleidigung legte die Genossin Widerspruch ein, das Verfahren wurde letztlich gegen eine Zahlung von 500 Euro eingestellt. Davon und von den entstandenen Rechtsanwaltskosten trägt die Rote Hilfe e.V. jeweils die Hälfte, was dann insgesamt mit 409,69 Euro zu Buche schlägt.



ED-Behandlung abgewendet

★ Zusammen mit 14 anderen wurde ein Genosse bei einer Spontandemo nach einem Naziübergriff im Juli 2012 in Mettmann (Nordrhein-Westfalen) festgenommen. Vorgeworfen wurden ihm gefährliche Körperverletzung, schwerer Landfriedensbruch und Vermummung. Offenbar Grund genug für die Repressionsorgane, ihn zu einer Erkennungsdienstlichen Behandlung (Fotos, Fingerabdrücke etc.) vorzuladen. Dagegen ließ der Genosse einen Anwalt erfolgreich Widerspruch einlegen. Die dadurch entstandenen Kosten in Höhe von 436,14 Euro trägt die Rote Hilfe e.V. zur Hälfte.

Castor? Schottern!

★ November 2011: Der Castor rollt und mehre hundert Aktivist_innen sind vor Ort, um die Strecke zu schottern. Beim Versuch, dorthin zu kommen, wurden laut Polizei die Bewacher_innen der Strecke mit Steinen und Stangen beworfen. Diese nahmen daraufhin mehrere Leute fest und ermittelten wegen versuchter Körperverletzung und schweren Landfriedensbruchs. Das Verfahren gegen die Antrag-

► **Bei eurer Ortsgruppe oder auf unserer Homepage erfahrt ihr, wie ihr selbst einen Unterstützungsantrag stellen könnt: www.rote-hilfe.de/infos_hilfe/unterstuetzungsantrag**

stellerin wurde dann vor Gericht gegen Zahlung von 300 Euro an ein Frauenhaus eingestellt. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt die Aktivistin mit dem Regelsatz von 50 Prozent und zahlt 649,81 Euro.

Schotter-Aufruf

★ Einem Genossen, der während der „Castor? Schottern!"-Kampagne als Pressemensch fungierte, flatterte deshalb ein Strafbefehl über 800 Euro ins Haus. Er soll zu Straftaten aufgerufen haben. Einen mit seinem Anwalt eingelegten Widerspruch zog er dann doch zurück, da sich eine schärfere Strafe abzeichnete. Da so ein Widerspruchsverfahren noch einmal 60 Euro kostet, beträgt die Unterstützung von Seiten der Roten Hilfe e.V. nach Regelsatz insgesamt 430 Euro.

Wiedererkennungswert

★ Ein Genosse wurde auf der Berliner Silvio-Meier-Demo 2012 festgenommen. Ein Polizist meinte in ihm eine Person wiedererkannt zu haben, die im November 2011 auf einer AntiRa-Demo in Kreuzberg wegen Vermummung und Bewaffnung rausgezogen wurde, aber durch Gegenwehr und dank der Hilfe anderer wieder entkam. Tatvorwurf: Landfriedensbruch. Der Genosse nahm sich eine Anwältin und das Verfahren wurde eingestellt. Von den dennoch entstandenen Kosten über 508,78 Euro übernimmt die Rote Hilfe e.V. die Hälfte.

Polizei – Osterei

★ Nach der 1. Mai-Demo 2010 in Karlsruhe (Baden-Württemberg) erhielten der Moderator und der Anmelder der Demo Strafbefehle in denen sie aufgefordert wurden, jeweils zwischen 60 und 180 Tagessätze zu zahlen. Denn die die Demo begleitenden Polizist_innen fühlten sich unter anderem durch das Lied „Polizei Osterei" der HipHop-Gruppe Fischmob beleidigt und genötigt. Die Genossen nahmen das nicht einfach hin und legten Widerspruch ein. Den Prozess führten sie über mehrere Instanzen offensiv, zum Beispiel durch politische Plädoyers. Die Rote Hilfe e.V. begrüßt dieses Vorgehen und unterstützt beide Antragsteller mit Regelsatz und zahlt 1694,74 beziehungsweise 1124,72 Euro.

Keine Abschiebung in den Terror

★ Eine Genossin soll Mitglied einer „deutschen Vorfeldorganisation" sein, die eine „türkische terroristische Gruppe" unterstützt. Dafür musste sie auch schon mehre Jahre in deutschen Knästen sitzen, weil sie nach §129b StGB verknackt wurde. Der deutsche Staat versucht nun, ihr das Aufenthaltsrecht in der BRD zu entziehen und hat es bisher geschafft, ihre unbeschränkte Aufenthaltsgenehmigung in eine Duldung umzuwandeln. Das Ausweisungsverfahren läuft nun. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt den Kampf der Genossin darum, nicht in die Türkei abgeschoben zu werden, wo ihr Knast, Folter und Schlimmeres drohen und übernimmt 100 Prozent der anfallenden Kosten.

Lasst es krachen ...

★ Ein Genosse, der während eines faschistischen „Trauermarsches" am 14. Januar 2011 Polizist_innen mit „pyrotechnischen Erzeugnissen" beworfen haben soll und bei



Anzeige



seiner Festnahme welche bei sich trug, wurde vom Gericht wegen gefährlicher Körperverletzung und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu drei Monaten auf Bewährung verurteilt. Die Anwaltsrechnung belief sich auf 1536,45 Euro, von denen die Rote Hilfe e.V. 768,23 Euro übernimmt. Selbstverständlich verweigerte der Genosse die Zusammenarbeit mit den Repressionsorganen.

... lasst es knallen!

★ Ein Genosse soll einen „La Bomba"-Knaller auf eine Kundgebung freier Nationalisten geworfen haben. Laut Gericht soll er dabei „in Tateinheit 5 tateinheitliche Körperverletzungen" an Polizisten begangen haben, die alle ein Knalltrauma erlitten haben wollen. Dies führte zu einer Verurteilung zu 60 Tagessätzen à 15 Euro. Mit weiteren Gerichtskosten sowie Anwaltsrechnung entstanden Kosten in Höhe von 1463,40 Euro, von denen die Rote Hilfe e.V. 731,70 Euro übernimmt.

Schlachtfabrik nein danke!

★ Eine Antragstellerin nutzte einen öffentlichen Erörterungstermin zu geplanten Hühnerställen, um Kapitalismuskritik zu äußern. Sie wurde von der Polizei aus dem Saal geräumt und bekam einen Strafbefehl wegen Widerstands über 300 Euro zuzüglich Bearbeitungsgebühren von 63,50 Euro. Konfrontiert mit diesen Kosten wandte sie sich an die Rote Hilfe e.V. und wurde mit der Hälfte der Summe (181,75 Euro) unterstützt.

Reaktionären entgegentreten!

★ Einem Antragsteller wurde von Vertretern der reaktionären Partei BüSo vorgeworfen, sie an einem Parteistand vor einem Bahnhof „als Nazi" beleidigt zu haben. Der Genosse hatte den Vertretern der Partei ihren antisemitischen sowie reaktionären Charakter vorgeworfen und Passanten über die Hintergründe der Partei aufgeklärt. Das Gericht folgte der Beschwerde der Faschisten nicht und stellte das Verfahren gegen den Antragsteller ein. Es entstanden dennoch Kosten für einen Rechtsanwalt in Höhe von 533,12 Euro, von denen die Rote Hilfe e.V. die Hälfte übernimmt.

Für mehr Freiraum

★ Mehrere Genossen aus Berlin markierten im Rahmen der Kampagne „Der Kiez bleibt unser" mit Flatterband die Areale des ehemaligen Flughafens Tempelhof, welche später bebaut werden sollten. Daraufhin riefen die so genannten Parkwächter die Polizei und denunzierten den Antragsteller, es kam zu einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Das Verfahren wurde schlussendlich eingestellt, dennoch musste eine Anwaltsrechnung in Höhe von 292,62 Euro beglichen werden. Von dieser Rechnung übernimmt die Rote Hilfe e.V. 146,31 Euro und somit die Hälfte der Kosten.

Prekäre Arbeit? Weg damit!

★ Einer Antragstellerin wurde vorgeworfen, weiße Schuhabdrücke auf den Gehweg vor Geschäften mit prekärer Arbeit gestempelt zu haben. Das Gericht stellte das Verfahren gegen Zahlung von 100 Euro ein, des Weiteren entstand eine Anwaltsrechnung. Von der Antragstellerin wurden 426,60 Euro beantragt, da diese Summe unter dem Regelsatz lag, wurde dieser komplett von der Roten Hilfe e.V. übernommen.

Häuser denen, die drin wohnen!

★ Ein Genosse, der mit anderen ein Haus besetzt hatte und in erster Instanz zu 50 Tagessätzen à 15 Euro verurteilt worden war, hat in zweiter Instanz eine Einstellung des Verfahrens gegen 150 Stunden „gemeinnütziger" Arbeit erreicht. Der Genosse sprach die zweite Instanz im Voraus mit der Roten Hilfe e.V. und seinem Anwalt ab. Hierbei entstand eine Anwaltsrechnung in Höhe von 559,90 Euro, von den die Rote Hilfe e.V. 279,95 Euro übernimmt. ❖

Hier mussten wir kürzen

Vorher kontrollieren

★ Bei einer Vorkontrolle am Rande einer Demonstration fand die Polizei im Rucksack einer Genossin ein Messer. Dieses trug sie nach eigener Aussage nur bei sich, da sie vergessen hatte, den Rucksack vor Besuch der Demonstration zu kontrollieren. Aufgrund dieses Verhaltens kürzte der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. den Unterstützungsbetrag auf 40 Prozent der entstandenen Kosten von 63,50 Euro. Denn jede politische Aktion sollte geplant und durchdacht durchgeführt sein, dazu gehören auch lästige Aufgaben wie Zimmer und Rucksäcke aufräumen!

... und hier ablehnen:

★ Anna und Arthur halten's Maul!!! Ein Genosse stand vor Gericht, weil er während der offiziellen „Trauerveranstaltung" auf dem Heidefriedhof in Dresden (Sachsen) ein Transparent hochhielt. Dieses Transparent war laut Gericht dazu geeignet die „Allgemeinheit zu belästigen" und verstieß gegen die Friedhofsordnung. Vor Gericht sagte der Genosse aus, wer das Transparent mit auf den Friedhof gebracht hat und kooperierte somit mit den Repressionsbehörden. Der Bundesvorstand lehnte auf Grund dieser Aussage den Antrag auf Unterstützung ab.



Wikipedia David Holt (CC BY SA 2.0)

Organisierung und Organisation – gestern, heute, morgen

Redaktionskollektiv der RHZ

„Allein machen sie dich ein!" Diese verkürzte, aber griffige Parole ist die Essenz politischer Organisierungs- und Organisationsformen – unabhängig von Weg und Ziel der verschiedenen Strömungen, egal ob autonome Kleingruppe, legale Parteiorganisation, militante Zelle oder anderes: Kollektivität als „Klebstoff zwischen den Vereinzelten"[1], als Schutz vor den Herrschenden, als Ausgangspunkt zur Entwicklung solidarischer Umgangsformen, emanzipatorischer Lebens-, Kampf- und Politikformen. Das Fundament jedes politischen Kampfes ist also die (Selbst-)Organisierung politischer AktivistInnen und revolutionärer Kräfte.

Schauen wir in Geschichte und Gegenwart, sind es drei Merkmale, die politische Gruppen und Bewegungen kennzeichnen: Ursache/Beweggründe für das Entstehen, das Ziel und nicht zuletzt die Form der Organisierung. Ob Pariser Kommune, KPD (Kommunistische Partei Deutschlands), Räterepublik, SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) und APO (Außerparlamentarische Opposition), RAF (Rote Armee Fraktion), Autonome Antifa, AABO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation), FAU (Freie ArbeiterInnen Union) – um nur einige wenige von zahlreichen Beispielen zu nennen: sie alle haben unterschiedliche Formen der Organisierung gewählt, die ihre Politik taktisch und strategisch bestimmt.

Organisierungs- oder Organisationsdebatten sind Reflexe und Reaktionen aus – oftmals – neuen beziehungsweise veränderten historischen und politischen Ausgangssituationen, Erkenntnissen aus Niederlagen bestimmter Phasen, sie sind Neubestimmung und Selbstkritik gleichermaßen. Allen diesen Debatten liegt eine Soll-Ist-Analyse zugrunde, also die Gegenüberstellung von Realität und Anspruch, die ausschließlich durch die dialektische Aufhebung zwischen Theorie und alltäglicher Praxis erfolgen kann.

Auch die Rote Hilfe musste und muss sich in ihrer Geschichte immer wieder gesellschaftlichen, politischen, juristischen und legislativen Veränderungen und Herausforderungen stellen und diese bewältigen. Ihre Bedeutung und ihr Stellenwert haben sich seit der ersten Gründung 1921 und Neugründungen dadurch zwangsläufig verschoben. Heute ist sie zweifelsohne die wichtigste und größte Antirepressions-Organisation in Deutschland. Ihren Zweck hat Wilhelm Pieck 1925 in einem Bericht zur Umstrukturierung beschrieben, grundsätzlich hat sich dieser bis heute nicht geändert: „Aber die Rote Hilfe ist nicht die rein caritative Organisation, wie sie ihre Unterstützungen nicht als wohltätig auffasst, sondern sie ist eine Solidaritätsorganisation der Werktätigen zur Behebung des Elends, das durch die deutsche Klassenjustiz hervorgerufen ist. Und deshalb kann sich die Rote Hilfe nicht auf die Beschaffung von Geldmitteln beschränken, sondern muss versuchen, die Quellen dieses Elends zu verstopfen. Dazu dient die politische Aufklärung über Wesen und Zweck der Klassenjustiz (…), sowie über die Notlage, die dadurch unter den werktätigen Massen hervorgerufen wird. Die Rote Hilfe will mit dieser Aufklärung die Massen gewinnen für die Unterstützung der Forderungen auf Beseitigung der Quellen dieses Elends, zum Kampf für die Amnestie, gegen die Klassenjustiz (…). Das ist der politische Zweck der Roten Hilfe, das soll erreicht werden durch dauernde breite Kampagnen zur Aufrüttelung der Massen, durch Eingaben an die Behörden und durch Interessierung der breiten Öffentlichkeit an diesen Notständen. Aber das ist alles nur möglich, wenn hinter diesen Bestrebungen eine straffe, zentrale Organisation mit einem ständigen Funktionärskörper und mit finanzieller Leistungsfähigkeit steht."[2]

Sicher, die Rote Hilfe wie wir sie heute kennen, ist mit Ortsgruppen, Ortsdelegiertentreffen und der Bundesdelegiertenversammlung, mit dem Bundesvorstand, der RHZ- und MRB-Redaktion und weiteren Gremien und Kommissionen zeitgemäßer organisiert und strukturiert. Auch das sind Konsequenzen aus Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit. In der Theorie soll sie so breiter aufgestellt sein, die Verantwortung innerhalb der Organisation soll so auf viele Schultern verteilt werden. Aber auch die Rote Hilfe e. V. ist mit dem realen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis konfrontiert, muss sich daher kontinuierlich und konsequent selbstkritisch hinterfragen und ihre Strukturen den sich ändernden Anforderungen und der erfreulicherweise steigenden Mitgliederzahl anpassen, muss mit und an diesen Veränderungen wachsen.

Die Beiträge in dieser Ausgabe und auch die im MRB sollen dazu beitragen, der Mitgliedschaft Ideen, Ansätze, möglicherweise handwerkliches Rüstzeug an die Hand geben, um die Rote Hilfe weiter zu stärken, zu vergrößern und zu schützen – nach innen und außen.

1 Aus: Einleitung zur Neuauflage der Broschüre zur „Heinz-Schenck-Debatte"
2 aus: „Vorwärts und nicht vergessen – 20/70 Jahre Rote Hilfe", erhältlich über den Literaturvertrieb

„Die proletarische Revolution kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchringen“[3] denn ohne Zweifel sind es die „Fehltritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, (die) geschichtlich unermeßlich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten Zentralkomitees“[4] sind als alles andere. An der Niederlage wächst der Mensch, aus den Fehlern lernen wir … im Idealfall. Neben den Antworten, die wir suchen, ist es essenzielle Voraussetzung und Bedingung, die richtigen Fragen zu stellen. VENCEREMOS! ❖

► **Schafft Rote Hilfe!**

3 aus: Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands (1918)
4 aus: Rosa Luxemburg, „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ (1904)

Wir sind alle Rote Hilfe!

Strukturelle Veränderungen in einer wachsenden Organisation

buvo-clara, buvo-hiram, buvo-maja und buvo-rosa

Seit vielen Jahren nimmt die Bedeutung der Roten Hilfe e.V. in der Linken, aber auch in der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung kontinuierlich zu – eine positive Entwicklung, die für linke Strukturen derzeit leider nicht zur Normalität gehört. Eine starke Solidaritätsorganisation ist wichtiger denn je und wir freuen uns über die Zunahme der Bedeutung von bundesweit organisierter Antirepressionsarbeit. Gleichzeitig gehen damit aber auch strukturelle Veränderungen einher, die eine basisorientierte Organisation vor Probleme stellen, die gemeinsam bewältigt werden müssen.

Kontinuierlich wachsen die Organisation und ihre Bedeutung an. Diese Entwicklung spiegelt sich zum einen in der Zahl der Mitglieder und Ortsgruppen wieder: Umfasste die Rote Hilfe e.V. im Jahr 1999 noch etwa 3 500 Mitglieder in 30 Ortsgruppen, waren es im Herbst 2006 4 300 Mitglieder und 37 Ortsgruppen. Nachdem 2009 die Zahl der Mitgliedschaften die 5 000er-Marke überschritten hatte, hat die Rote Hilfe e.V. jetzt etwa 6 500 Mitglieder in 48 Ortsgruppen.

Zum anderen wird dieser Anstieg in unserer praktischen, nach außen hin sichtbaren Arbeit spürbar: Immer mehr linke AktivistInnen auch außerhalb der Mitgliedschaft kennen die Rote Hilfe e.V. als ansprechbare Instanz und kommen mit Anfragen, aber auch mit Unterstützungsanträgen auf die Ortsgruppen zu. Dass wir als Rote Hilfe e.V. finanziell und organisatorisch in der Lage sind, so vielen AktivistInnen durch Beratung, durch politische Prozessbegleitung, durch finanzielle Unterstützung in ihrem Kampf gegen die staatlichen Repressionsorgane zur Seite zu stehen, ist eine Leistung, auf die wir stolz sein können und die nur durch das Wachsen der Organisation möglich ist.

Auch gesamtgesellschaftlich gewinnt die Rote Hilfe e.V. an Bedeutung. Das spiegelt sich in gehäuften Interviews und Artikeln seitens bürgerlicher Medien zum Thema Repression wieder, in Anfragen zu Gutachten zu aktuellen Sicherheitsgesetzen (wie zum Beispiel aktuell zum neuen Thüringer Polizeigesetz), aber auch in rechten Hetzkampagnen gegen linke PolitikerInnen, die selbstbewusst mit ihrer RH-Mitgliedschaft umgehen. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde verbessert, aber auch die Ansprüche von außen sowie von uns selbst sind gestiegen. Die überregionalen Strukturen sollen die Bedeutung der Roten Hilfe e.V. angemessen repräsentieren – eine Aufgabe, die an vielen Punkten auch gelingt, wie insbesondere die *Rote-Hilfe-Zeitung* zeigt, die sich von einem Nachrichtenblättchen für Mitglieder zu einer inhaltlich und layouttechnisch ansprechenden linken Publikation entwickelt hat.

Verwaltungsaufwand und inhaltliche Arbeit

Gleichzeitig sieht sich die Rote Hilfe e.V. auch vor strukturelle Probleme gestellt. Eine Organisation dieser Größe hat mit enormem Verwaltungsaufwand zu kämpfen, der die ehrenamtlich Aktiven vor große Probleme stellt und auch zu einer gewissen Bürokratisierung führt. Dabei ist eine enge Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen unentbehrlich, um Missverständnissen vorzubeugen und Probleme gemeinsam auszuräumen.

Gremien wie der Bundesvorstand stoßen bei der wachsenden Fülle der anfallenden Arbeiten immer wieder an die Grenzen dessen, was in ehrenamtlichem Rahmen geleistet werden kann, und sind bei Kampagnen ebenso wie bei der Erledigung des Alltagsgeschäfts auf die Unterstützung durch die BasisaktivistInnen angewiesen. Der Bundesvorstand ist aus aktiven RH-Mitgliedern verschiedener Ortsgruppen gewählt, um die laufenden Arbeiten auf Bundesebene zwischen den Bundesdelegiertenversammlungen im Sinne der Gesamtorganisation fortzuführen. Die im Buvo Aktiven sehen sich dabei oftmals mit Erwartungen aus der Mitgliedschaft konfrontiert, neben der Erledigung der überbordenden administrativen Aufgaben und der Initiierung politischer Kampagnen auch durch intensive inhaltliche Arbeit und entsprechende Veröffentlichungen die Außenwirkung der Roten Hilfe e.V. zu stärken.

Das ist aber so weder zu leisten noch kann es in diesem Maße gewollt sein: Die Hauptarbeit der Roten Hilfe e.V. findet weiterhin an der Basis statt und soll auch dort stattfinden. Folglich müssen auch inhaltliche Debatten in Ortsgruppen und Ortsgruppendelegiertentreffen oder aber in gesonderten Bundesarbeitstreffen geführt werden, um dann auf Bundesebene vernetzt zu werden.

Um den heftigen Angriffen des Staates auf linke Strukturen entschlossen und erfolgreich entgegenzutreten, brauchen wir eine aktive Mitgliedschaft, die die Arbeit in den Ortsgruppen prägt und auch bereit ist, sich mit bundesweiten Abläufen zu beschäftigen. Starke Ortsgruppendelegiertenversammlungen können den Bundesvorstand entlasten und die Basisorientiertheit der Roten Hilfe e.V. wieder stärken. Es ist Zeit, dass ein noch größerer Teil der Mitgliedschaft gegen Repression aktiv wird und sich in die örtliche und überregionale Arbeit einbringt. ❖

► **Rote Hilfe heißt selber machen!**

„Die Rote Hilfe kann nur so stark sein wie die Linke allgemein“

Interview mit K. und I. aus der Rechnungsprüfung der Roten Hilfe e.V.

Liebe Genossin, lieber Genosse: Erzählt doch bitte kurz etwas über euch, seit wann seid ihr in der Roten Hilfe e.V.?

K.: Ich bin 1995 in die Rote Hilfe eingetreten. Als junge Antifaschistin, die damals in internationalistisch arbeitenden Gruppen organisiert war, war die Mitgliedschaft in der Roten Hilfe keine große Diskussion. Es war eher eine Selbstverständlichkeit, der Organisation beizutreten, nicht zuletzt, weil es auch zu dieser Zeit immer wieder Fälle von Repression in unserem Umfeld gab. Mitte der 90er Jahre gab es aber noch keine Aktivengruppe in der Stadt, in der ich damals lebte. Antirepressionsarbeit wurde stattdessen von den jeweiligen Strukturen vor Ort getragen. Allerdings konnten die finanziellen Folgen von Repression nicht aufgefangen werden. Mittlerweile lebe ich seit etlichen Jahren in Hamburg und bin dort auch für die Rote Hilfe aktiv.

I.: Zusammen mit anderen Verfolgten aus Anti-AKW- und Anti-Startbahn-Geschichten, besetzten Häusern, wegen 129a verfolgten Buchhändlerinnen und Druckerinnen und anderen haben wir die „Bunte Hilfe Giessen“ gegründet. Und es geschafft, dass niemand ohne Verteidigung und Öffentlichkeit dastand und niemand durch die Verfolgung wirtschaftlich ruiniert wurde.

1988 kam ich nach Hamburg, auch hier tobte die Repression, auch hier musste Solidarität organisiert werden. Doch hier waren die Strukturen völlig anders: einerseits eine breit vernetzte und starke linke Szene, die Geld recht fix und relativ zuverlässig anlassbezogen durch Solikonzerte oder ähnliches auftreiben konnte; andererseits eine seit Jahren gepflegte, tiefe Zerstrittenheit, die eine Zusammenarbeit (fast) aller linker Gruppen, wie das in der Kleinstadt Giessen überlebensnotwendig war, unvorstellbar erscheinen ließ. Gleichzeitig 1988 gründete eine Handvoll Menschen in Hamburg, mit Unterstützung von Rote-Hilfe-Genossen aus Kiel, eine Ortsgruppe. Das Konzept der Roten Hilfe erschien mir zwar für die Unterstützung Hamburger Verfolgter nicht unbedingt notwendig. Umso deutlicher wurde mir, dass gerade auch in großen Städten und Zentren dafür gearbeitet werden muss, dass Verfolgte anderswo, „auf dem flachen Land“, eben auch Unterstützung bekommen. Dort wo die Zusammenhänge weniger stabil oder stark sind, noch weniger als zum Beispiel in Giessen, wo das schon schwer genug war.

Eine überregionale und auf Dauer angelegte Solidaritätsorganisation, die grundsätzlich nix anderes macht als Geld zu sammeln und zu verteilen und sich inhaltlich auf das Thema Repression beschränkt und daher für die unterschiedlichsten und verschiedensten Linken offen ist und breit getragen wird – das isses doch! 50 zahlende Mitglieder in Hamburg zu gewinnen war damals unser Ziel. Die Rote Hilfe zählte 1988 etwa 800 Mitglieder bundesweit.

Diese und die folgenden Abbildungen im Schwerpunkt zeigen Ausschnitte aus der Arbeit der Roten Hilfe seit den 1920er Jahren.

Warum habt ihr euch entschieden, Verantwortung als RechnungsprüferInnen zu übernehmen? Kein sehr beliebter Job in der Roten Hilfe.

K.: Ich habe mich vor drei Jahren zur Rechnungsprüferin wählen lassen, weil ich glaube, ein wenig von Finanzen und Kassenführung zu verstehen und ich dieses Wissen gern nutzbringend für die Organisation einsetzen will. Gerade weil ich weiß, dass viele in der Linken und damit auch in der Roten Hilfe am liebsten mit Geld nichts zu tun haben wollen, finde ich es um so wichtiger, dass diejenigen, die da keine Berührungsängste haben, solche Aufgaben übernehmen. Ich halte es für immens wichtig für eine Transparenz zu sorgen, wie unsere Mitgliedsbeiträge verwendet werden. Das stärkt einerseits das Vertrauen der Mitglieder in die Organisation und hat andererseits aber auch für die Mitglieder des Bundesvorstands eine wichtige Bedeutung, indem sie schon während ihrer BuVo-Zeit solidarische und konstruktive Kritik zu einer Arbeit erhalten,

die nicht immer und sofort in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, aber existenzielle Wichtigkeit für unsere Organisation besitzt. Da ich selbst mal im Bundesvorstand aktiv war, kenne ich auch hier beide Seiten.

I.: Weil der Genosse H. aus der OG Bielefeld mir ein Vorbild ist. Er war lange Jahre Rechungsprüfer, unter anderem in der Zeit, in der ich im Bundesvorstand für die Finanzen zuständig war. H. hat penibelst geprüft, dass kein Pfennig „verschwunden" oder für RH-fremde Zwecke verwendet worden ist und jede einzelne Buchung korrekt ist und alles transparent für die Mitgliederschaft. Er war aber auch und vor allem mit seiner Erfahrung eine große Unterstützung und Hilfe für mich und den ganzen Buvo, hat mit seinen Tipps und Ratschlägen manchen Fehler auszubügeln oder von vorneherein zu vermeiden geholfen. Das – beides – möchte ich auch versuchen.

Wie seht ihr die Bedeutung der Roten Hilfe e.V. allgemein, auch im Hinblick auf die möglicherweise zunehmende Repression in der sich – vermeintlich oder tatsächlich – zuspitzenden Krise des Kapitalismus?

K.: Die Rote Hilfe war für mich lange so etwas wie die „Zweitgruppe". Ich fand (und finde natürlich immer noch) Antirepressionsarbeit wichtig und richtig, war aber immer der Meinung, dass diese an andere linke Strukturen angebunden sein muss. Diese Idealvorstellung habe ich immer noch, weiß aber auch, dass sich das für viele (auch für mich selbst) in der Praxis anders darstellt. Für mich ist die Rote Hilfe über die Jahre zum politischen Zuhause geworden, auch wenn ich schon mal mit dem strömungsübergreifenden Charakter und dem Verbot der allgemeinpolitischen Äußerung gehadert habe. Als bundesweite Organisation mit so vielen Mitgliedern, mit so vielen Ortsgruppen und einer Infrastruktur, die es in der unabhängigen Linken kein zweites Mal gibt und natürlich auch unseren finanziellen Mitteln, hat die Rote Hilfe sicherlich eine besondere Bedeutung. Das sehen wir schließlich auch an den stetig steigenden Mitgliederzahlen. Trotzdem dürfen wir unseren Wirkungskreis nicht überschätzen. Für mich gilt weiterhin, dass die Rote Hilfe nur so stark sein kann, wie die Linke es insgesamt ist.

I.: Diese Krise sehe ich – leider – nicht! Kapitalismus ist Barbarei – und wenn die mal wieder ihre nackte Fratze irgendwo zeigt, ist noch lange nicht der Kapitalismus in der Krise. Ich befürchte, die marktwirtschaftliche Organisation der Ökonomie wird derzeit von fast niemandem auf der Welt infrage gestellt. Alternativloser war der Kapitalismus nicht, solange ich zurückdenken kann. Daher interessiert mich derzeit die Bearbeitung und Propagierung von Alternativkonzepten zum Kapitalismus; ich empfehle allen, die etwas gegen den Kapitalismus haben, derzeit das: „minimalmanifest.de".

Wir danken euch für dieses Gespräch. ❖



Nr.10 Dezember 1977 Zeitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS 40Pfennig

Rote Hilfe

Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT

Freiheit für alle politischen Gefangenen

Weihnachtssolidarität mit den politischen Gefangenen!

Auch Du mußt helfen!

Werde Mitglied in der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

Spende für die politischen Gefangenen!

Informiere über das Ausmaß der politischen Unterdrückung!

Unterstütze die Solidaritätsaktionen der Roten Hilfe!

Schafft Rote Hilfe!

INHALT:

„Es gibt wohl keine vergleichbaren Strukturen“

Interview mit einem Mitglied der Aktivengruppe München

Wie schätzt du die Bedeutung der RH in der Linken ein?

Ich denke, die Rote Hilfe hat eine einigermaßen große Bedeutung innerhalb einer radikalen Linken für den Bereich der finanziellen Unterstützung. Da gibt es wohl keine anderen vergleichbaren Strukturen, und ich denke dass die Rote Hilfe den meisten Aktivist_innen ein Begriff ist. Als Ausdruck gelebter Solidarität hat die Rote Hilfe also eine große Bedeutung.

Anders ist es wohl leider mit der politischen Bedeutung darüber hinaus. In gesellschaftlichen Diskursen ist die Rote Hilfe wohl marginal bis gar nicht präsent. Ebenso erreichen die Debatten zur Solidaritätspolitik auch innerhalb einer linken Bewegung nur einen kleineren Teil. Da gibt es meiner Erfahrung nach natürlich auch immer wieder regionale und zeitliche Ausnahmen.

Was ist deine Motivation, Mitglied in der Roten Hilfe e.V. zu sein und aktive Arbeit zu leisten?

Ich bin vor 18 Jahren in die Rote Hilfe eingetreten und seitdem aktives Mitglied. Ich bin also schon in der Anfangszeit von politischem Aktivismus dazugekommen, und irgendwie war es immer ein wichtiger Teil, gemeinsam und solidarisch gegen Repression zusammenzustehen. Das war also schon immer da, und auch bei allen Veränderungen im Leben und bei eigenen Ansichten und Bedürfnissen war das immer ein wichtiger Teil.

Wobei es sicherlich auch immer wieder Phasen gibt, in denen die Hauptmotivation für die Arbeit in der Aktivengruppe die Einschätzung ist, dass es leider niemand anderen gibt, der das sonst machen würde. Oft geht es also schon darum, dass eben niemand alleingelassen wird, wenn er oder sie ein Verfahren hat oder eine Strafe zu bezahlen hat.

Meine Motivation für die Arbeit in der Roten Hilfe wird mir in konkreten Fällen dann wieder bewusst: Wenn ich das Gefühl habe, durch ein Telefonat beim EA, durch eine gemeinsame Prozessvorbereitung, oder auch durch die finanzielle Unterstützung jemandem in einer Scheißsituation das Gefühl gegeben zu haben, nicht alleine zu sein.

Was ist dein Anspruch an die Organisation?

Ich finde, dass schon mal sehr viel getan ist, wenn die „Kernaufgabe“ der Roten Hilfe erfüllt werden kann. Nämlich die Aktivist_innen durch Informationen, Tipps und Geld zu unterstützen, wenn sie Probleme mit dem Staat bekommen.

Ich denke das Wichtigste ist, den Betroffenen das Gefühl zu geben, dass sie nicht alleine sind. Da kann man natürlich auch ganz viel mehr machen, gemeinsame Prozessbesuche organisieren, Solidemos organisieren und und und ... Aber klar, das hängt natürlich davon ab, dass auch genügend Rothelfer_innen die Kraft und einen freien Kopf haben, das zu organisieren.

Entspricht die Struktur der Roten Hilfe e.V. den Ansprüchen der Mitglieder und den Anforderungen heutiger Antirepressionsarbeit? Wachsen die Strukturen mit den steigenden Mitgliederzahlen?

Mein Eindruck ist eigentlich, dass die konkrete Arbeit auch bei wachsenden Mitgliederzahlen an immer den gleiche Leuten hängen bleibt. Aber vielleicht täuscht dieser Eindruck auch. Die Strukturen der Roten Hilfe haben sich in den letzten Jahren, glaube ich, schon an die Veränderungen angepasst. Nur leider helfen die Strukturen alleine halt auch nicht ...

Wir danken dir für dieses Gespräch. ❖



„Diskussionen um Struktur und Inhalte der Roten Hilfe werden komplizierter“

Interview mit einem Mitglied der Aktivengruppe München

Seit wann bist du Mitglied in der Roten Hilfe e.V. und warum bist du eingetreten?

Ich bin seit 1998 Mitglied der Roten Hilfe. Wie so viele Genoss_innen bin ich im Zuge eines Repressionsfalls in die Organisation eingetreten, nachdem ich unterstützt worden bin und zwar vor allem durch die damaligen und glücklicherweise zum Teil immer noch Aktiven der Ortsgruppe München. Die Ortsgruppe gab es damals gerade drei Jahre und die Rote Hilfe war in der autonomen Szene beziehungsweise ihren „Resten“ nicht wirklich ein Begriff. Den Genossen, die damals auf mich zukamen und mir nahegelegt haben einen Unterstützungsantrag zu stellen, sei an dieser Stelle (nochmal) gedankt und nicht nur für ihre Solidarität, sondern vor allem dafür, dass sie mich zur aktiven Mitarbeit bewogen haben.

Warum bist du aktiv geworden?

Natürlich sind auch passive Mitglieder immens wichtig, aber letztlich bin ich der Meinung, dass sich jeder fortschrittliche Mensch, der politisch aktiv ist, mit der Repression auseinandersetzen muss – auch wenn er/sie nicht selbst betroffen ist.

· · · Ermittlungsausschuß Rote Hilfe · · · Ermittlungsausschuß Rote Hilfe · · · [illegible] Hilfe · · ·

rote hilfe

MORD AN WEISBECKER

20 Pf

1. Die Vorgeschichte

Am Rosenmontag mieten sich dreizehn Kriminalbeamte, zusammengesetzt aus Mitgliedern der Sicherungsgruppe Bonn, des Verfassungsschutzes und des Landeskriminalamts Bayern im "Augsburger Hof" ein, die sich als Versicherungsvertreter ausgeben. In den folgenden Wochen beobachten sie eine Wohnung im Augsburger Zentrum von der Sakristei einer gegenüberliegenden Kirche. Die Bundespost [illegible] [illegible] und richtet dort einen geheimen Telefonanschluß ein, über den die Beamten mit dem Polizeifunk verbunden sind.
Die Arbeit der Beamten bleibt kein Geheimnis; eine ganze Reihe von Journalisten und andere Bewohner der Stadt wissen von der Anwesenheit der Beamten, wissen sogar, welches Haus sie beobachten, und wissen oder ahnen, warum. Als ein Reporter der Augsburger Allgemeinen einen Abend lang den Polizeiautos folgt (Privatwagen mit Kennzeichen aus Nürnberg, München und Mainz), werden einige davon umgespritzt und die Kennzeichen verändert.

2. Der Mord

Am Donnerstag, den 2. März, kommen die Genossen Thomas Weisbecker und [illegible]

UNMITTELBAR NACH DEM TODESSCHUSS auf dem Hohen Weg in Augsburg [illegible]

und uniformierter Polizisten zwischen [illegible] senbund steckenden Waffe. Einer der [illegible]

Antirepressionsarbeit ist fester Bestandteil im politischen Kampf und kann nicht anderen überlassen werden. Deswegen arbeite ich seit etwa zehn Jahren in der Aktivengruppe der Ortsgruppe München.

Welche Bedeutung hat die Rote Hilfe deiner Meinung nach für die bundesdeutsche Linke?

Die Bedeutung, die eine strömungsübergreifende Antirepressionsorganisation für die Linke in der BRD hat, kann gar nicht überschätzt werden. Natürlich ist die Rote Hilfe gewissermaßen eine „Zweite-Reihe-Struktur“, aber eine der wichtigsten. Ohne sie würde die staatliche Repression sehr viel häufiger ihr Ziel erreichen, nämlich Menschen erfolgreich daran zu hindern, für eine andere Gesellschaft zu kämpfen.
Hier spielen nicht nur das Geld und die praktische Unterstützung eine Rolle, sondern auch das solidarische Handeln – über die Grenzen des eigenen Zusammenhangs hinweg.

Was ist dein Anspruch an die Organisation?

Der Grundsatz „Wir lassen niemanden alleine“ ist eine große Verantwortung, die alle kämpfenden GenossInnen zu tragen haben, die Rote Hilfe ist hierfür die Struktur. Nur wenn auf diese Struktur Verlass ist, sind wir nicht nur Feuerwehr, sondern können zu Kampf und Widerstand ermutigen. Das erfordert von den Aktiven in der Roten Hilfe, egal in welchem Gremium, Verbindlichkeit und einen hohen Arbeitseinsatz. Aus meiner Sicht wird diese Arbeit von viel zu wenigen getragen. Für manche Genoss_innen wird Rote-Hilfe-Arbeit dadurch zum Vollzeitjob auf Kosten einer politischer Praxis außerhalb der Roten Hilfe, während andere die Solidaritätsarbeit delegieren.
Angesichts der ständig steigenden Mitgliederzahlen werden natürlich auch Diskussionen um Struktur und Inhalte der Roten Hilfe komplizierter. Dem sollte die Organisation – also die Gesamtheit der Mitglieder – Rechnung tragen und inhaltlichen Auseinandersetzungen zum Beispiel auf der Bundesdelegiertenversammlung den Raum geben, den sie brauchen. Der Gegenwind kann schärfer werden, historische Beispiele gibt‘s genug, es gibt also keinen Grund, es an Ernsthaftigkeit mangeln zu lassen.

Wir danken dir für dieses Gespräch. ❖



Kein Selbstzweck

flickr/Schockwellenreiter (CC BY-NC 2.0)

Warum mir die Rote Hilfe e.V. so viele Wochenenden wert ist

Ein Mitglied des Redaktionskollektivs der RHZ

Als ich vor einigen Jahren Arbeitslosengeld I beantragte fragte mich die Sachbearbeiterin, ob ich ehrenamtlich tätig sei. Na klar, ziemlich viel sogar. Nicht nur, aber am meisten für die Rote Hilfe e.V. Wie viele Stunden denn und ob ich dafür eine finanzielle Entschädigung bekäme, die sie von meinem Arbeitslosengeld abziehen müsste? Das konnte ich erst ein paar Tage später beantworten, ich musste erst mal nachrechnen. Und zwar zweimal. Denn das Ergebnis überraschte mich wohl mehr als meine Sachbearbeiterin.

Für jedes Heft der Rote Hilfe Zeitung bringe ich im Schnitt rund 120 Stunden auf (ohne Aufwandsentschädigung natürlich). Dahinter verbergen sich pro Ausgabe drei bis vier Wochenenden für Redaktionstreffen, Produktion und Endkorrektur inklusive vieler Stunden Zugfahrt, dazu fortlaufend Anfragen, Lektorieren und teils Schreiben von Artikeln, jede Menge E-Mails und Telefonate, einmal im Jahr eine Klausur und viel Kleinkram. Sehr viel Kleinkram. Arbeit in der Ortsgruppe und dem ODT kommen noch dazu, sind für diese Rechnung aber nicht relevant – ebenso wie andere politische Arbeit insbesondere in Zusammenhängen der Flüchtlingsarbeit.

Durchschnittlich 120 Stunden pro Ausgabe, das sind übers Jahr gerechnet 40 Stunden pro Monat – eine komplette Arbeitswoche. Kaum zu glauben, aber wahr. Beim Schreiben dieser Zeilen bin ich wieder so überrascht wie damals, als ich die Stunden für die Arbeitsagentur überschlug. Politische Arbeit ist notwendig und richtig, keine Frage. Auch und – wie ich finde – besonders in der Roten Hilfe e.V., auch für ihre Zeitung. Aber so viel? So viel Zeit und Nerven, die mir für andere politische Arbeit, für Kultur, Familie, vielleicht sogar Sport, oder ganz einfach zur Entspannung fehlen, so viele blockierte Wochenenden und Feierabende – ist es das wert?

Ja, ist es. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie wichtig eine linke Solidaritätsorganisation ist. Das muss ich hier wohl nicht weiter begründen. Für mich ist die Rote Hilfe e.V. die Organisation, die in der politischen Praxis meinen Genossinnen und Genossen und mir das

bietet, was wir – leider – immer wieder brauchen: eine große, wahrnehmbare, eingespielte und flexible Gruppe, die verlässliche Beratung und im Zweifelsfall ernstzunehmende Unterstützung auf juristischer, finanzieller und politischer Ebene nicht nur verspricht, sondern im Rahmen ihrer Satzung auch garantiert.

Wozu das alles?

Das klingt nach Werbeprospekt, ist aber keinesfalls zu unterschätzen. Angenommen, all die Genossinnen und Genossen, deren Fälle wir am Anfang jeder Ausgabe vorstellen – und auch das ist nur eine Auswahl – könnten nicht darauf bauen, die Unterstützung der Roten Hilfe e.V. zu bekommen, wenn sie für ihre politischen Aktivitäten Probleme mit dem Staatsapparat bekommen: Die Linke in Deutschland wäre in einem noch viel beklagenswerteren Zustand, als sie es seit Längerem sowieso schon ist. Davon bin ich absolut überzeugt. Eine umfangreiche Geldstrafe oder gar eine Haftstrafe allein oder mit einem sehr begrenzten Kreis von Personen, die von der Repression vielleicht genauso überrrascht sind, abwehren und dann vielleicht doch ableisten zu müssen, allein den Weg zu einem/einer solidarischen und kompetenten Anwalt/-in zu finden und sich durch politische und juristische Fragen arbeiten zu müssen, mit gesellschaftlichem Druck und dem Stigma des/der verurteilten Straftäters/-in zurechtkommen zu müssen, die Kosten des Verfahrens und vielleicht auch die Strafe allein schultern zu müssen – wer nach einer solchen Erfahrung seine politische Arbeit nicht einstellt und erneut riskiert, dieser Repression ausgesetzt zu sein, muss schon aus einem besonderen Holz geschnitzt sein.



Hier setzt die Rote Hilfe e.V. an. Nicht als anonyme Versicherung, die Anwaltskontakte und Überweisungen rüberschiebt, sondern als eine Organisation, die aus der Linken selbst kommt und in ihr verwurzelt ist. Sie ist kein separater Dienstleister, sondern Teil der – wie auch immer zu definierenden – Gesamtlinken. Ihre Mitglieder, aktive wie passive, sind in den allermeisten Fällen auch Mitglied in anderen Gruppen und Organisationen. Das soll auch so sein. Denn obwohl sie strömungsübergreifend ist und der Begriff der Linken auch in den Statuten der Roten Hilfe e.V. bewusst nicht sonderlich eng umrissen ist, ist sie eben doch kein diffus-linkes Auffangbecken, keine schwammige Allgemein-Organisation, wie sie beispielsweise die sogenannten Volksparteien darstellen mögen. Sie ist keine Organisation für Menschen, die sich sonst keiner linken Partei, keiner autonomen Gruppe oder keinem sonstigen linken weltanschaulichen Zusammenhang anschließen wollen oder können, aber trotzdem linke Nestwärme und ein gutes Gewissen suchen. Die Organisation der Roten Hilfe e.V. und die Organisierung in ihr sind kein Ersatz für die Arbeit in anderen linken Gruppen und Organisationen welcher Couleur auch immer.

Die Rote Hilfe e.V., über deren Strahlkraft in eine wie auch immer geartete linke Szene hinein deutsche Innenbehörden seit vielen Jahren bestens Bescheid zu wissen glauben, ist kein Dachverband linker Gruppen. Sie steht nicht über anderen Organisationen, weder direkt noch versetzt. Sie kann und will keine Verhaltensregeln diktieren, bestenfalls Diskussionen anschieben, wie es jede andere Organisation auch kann. Sie führt keine Kämpfe allein, weder eigenständig noch stellvertretend. Die Rote Hilfe e.V. steht neben, hinter und in vielen anderen Organisationen. Sie (aber natürlich nicht sie allein) ermöglicht ungezählten Aktiven ihre politische Arbeit, sie gibt Mut, Selbstvertrauen und Sicherheit. Aber ohne diese Aktiven und ihre Aktivitäten in der ganzen linken Szene hätte sie keine Daseinsberechtigung. Sie ist, was in der täglichen Arbeit in den Gremien der Roten Hilfe e.V. auch mal übersehen wird, kein Selbstzweck.

Sie ist daher auch nicht die Organisation, die gesellschaftliche oder politische Umwälzungen erkämpft. Sie begleitet diese Kämpfe auf verschiedenen Ebenen und unterstützt sie durch ihre Arbeit zumindest indirekt. Vielleicht ermöglicht sie manche Aspekte dieser Kämpfe sogar erst.

Die Rote Hilfe e.V., wie wir sie heute kennen, hat mit der großen und starken Roten Hilfe der Weimarer Republik nur

Anzeige



wenig gemein. Das zeigt sich beispielsweise in ihrem sehr weiten strömungsübergreifenden Ansatz und darin, dass sie im Normalfall derzeit Verfahrenskosten nur zu 50 Prozent übernehmen kann. Das zeigt sich aber auch in ihren auf ehrenamtliche Arbeit ausgelegten Strukturen, deren Funktionieren von Verfügbarkeit und Einsatz der Freizeit vieler Menschen abhängig ist. Oder in den – allen Buvo-Decknamen zum Trotz – recht offenen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen in den Gremien. Von der alten Roten Hilfe, die teils klandestin agierte und darauf vorbereitet war, auch bei einem Verbot weiterzuarbeiten – weil es dann am allernotwendigsten wäre – sind wir heute weit entfernt. Ob man das gut findet oder nicht tut nichts zur Sache. Viel interessanter sind die Gründe dafür, warum die Rote Hilfe e.V. heute so ist, wie sie ist.

Ein Abbild der linken Szene in Deutschland

Die Rote Hilfe e.V. ist meines Erachtens eine Organisation, die den Zustand der mal mehr, mal weniger radikalen Linken in Deutschland recht genau abbildet. Den Grad ihrer Handlungsfähigkeit und ihrer Kampfbereitschaft, die Zahl der Aktiven, die Fähigkeit, politische und gesellschaftliche Diskussionen zu prägen oder zumindest daran teilzunehmen, der Grad von Solidarität untereinander, eine gewisse politische Orientierungslosigkeit, die Art der Abwehr von Repression, die zumindest gelegentlich versucht, aus der reinen Verteidigungsposition herauszukommen, das stillschweigende Verlassen auf grundlegende rechtliche Grenzen des Repressionsapparats trotz aller gegenteiligen eigenen Propaganda und nicht zuletzt die Scheu vor einer Umsetzung der eigenen Positionen, vor Radikalisierung und einem tatsächlichen Bruch mit dem System, der eben auch die Einschränkung oder Aufgabe der eigenen bürgerlichen Existenz bedeutet – all das ist heute Realität der Linken. Und damit genauso der Roten Hilfe e.V. in ihr.

Unabhängig von jeder Wertung hat das alles seine Gründe, ob sie nun überwindbar sind oder nicht. Die Organisationsform, die sich die Mitglieder der Roten Hilfe e.V. gegeben haben und an der sie bei jeder BDV wieder feilen, ist dem Zustand der Linken in Deutschland und ihren Kämpfen oder zumindest Aktivitäten weitestgehend angepasst. Das mag sich irgendwann ändern, ausgehend von der Roten Hilfe selbst oder von der Linken im Ganzen. Doch auch wenn sie heute weder Avantgarde noch Dachverband noch Universalversicherung ist, ist die Rote Hilfe e.V. doch einer von vielen Gründen, warum die Linke in Deutschland zumindest so handlungsfähig ist, wie sie ist. So oder so.

Das ist mir persönlich dann doch jedesmal wieder Grund genug, noch ein Wochenende und dann noch eines für die Rote Hilfe e.V. aufzubringen. Im Besonderen für ihre Zeitung, die innerhalb der Organisation wiederum ihren eigenen Wert hat, aber ihrerseits kein Ersatz für sie ist. Wie andere Arbeit in der Linken auch ist die Arbeit an der RHZ gelegentlich ermüdend und nervend. Aber sie ist notwendig und bereitet immer wieder politische Erfolgserlebnisse. Und nicht zuletzt: Wie auch im Rest der Linken und in der Roten Hilfe e.V. gibt es in der Zeitungsredaktion viele Menschen, mit denen ich mir von Herzen gerne manches Wochenende und manche Nacht um die Ohren schlage. ❖





Im Untergrund

Organisierte Solidaritätsarbeit aus der Illegalität 1923/24 und nach 1933

Redaktionskollektiv der RHZ mit Nick Brauns

Zweimal im Laufe ihrer durchaus als ruhmreich zu bezeichnenden Geschichte musste die Rote Hilfe Deutschland aus der Illegalität heraus arbeiten: vom 20. November 1923 bis ins Frühjahr 1924 und erneut und dauerhaft ab 1933. Unter unterschiedlichen innen- und außenpolitischen Vorzeichen und Bündnisoptionen fand sie dabei unterschiedliche Ansätze zur erfolgreichen Fortsetzung ihrer Arbeit.

► Weite Teile dieses Artikels wurden dem Standardwerk von Nick Brauns entnommen, der diesen Beitrag des Redaktionskollektivs auch auf Richtigkeit geprüft hat. Ausführlich und mit zahlreichen Bildern und Dokumenten wird die Geschichte der Roten Hilfe Deutschlands dargestellt in: Nikolaus Brauns, Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938), Pahl-Rugenstein Verlag 2003.



Schon seit 1919 gab es in Deutschland verschiedene Vorläuferorganisationen zur Unterstützung politischer Gefangener und ihrer Familien, meist eigenständige Hilfskomitees. Die 1921 gegründete reichsweite Rote Hilfe nahm diese relativ dezentrale Gliederung auf und arbeitete weitgehend konspirativ. Aufgebaut wurde sie von Jelena Stassowa, die im Auftrag der Komintern (Kommunistische Internationale) unter einer Tarnidentität die KPD unterstützen sollte – und eben die Rote Hilfe. Die Personaldecke der jungen Organisation war extrem dünn, mit enormem persönlichem Engagement übernahm die Stassowa zahlreiche Aufgaben, so auch die der Geschäftsführerin. Die notgedrungen große Konzentration von Aufgaben und Verantwortung bei ihr stieß allerdings später auf Kritik, da die Rote Hilfe bei einer „größeren Terrorwelle" schon durch Stassowas persönliche Überlastung zu versagen drohe.

Strömungsübergreifend war die Rote Hilfe auch damals schon: Nach kleinen Abspaltungen wie der Vereinigten Revolutionären Unterstützungskommission der KAPD und dem Internationalen Hilfsverein erklärte sie, weiterhin alle Gefangenen aus allen proletarischen Organisationen zu unterstützen. Auf Vorschlag von Felix Dzierzyinski, der selbst viele Jahre in zaristischen Kerkern saß, wurde am 18. März 1923 dann die Internationale Rote Hilfe (IRH auf Deutsch beziehungsweise MOPR auf Russisch) gegründet, in deren Strukturen die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) eingebunden wurde.

Unter Berufung auf die krisenhaften Zustände nach Ruhrkampf, militärischem Sturz der gewählten SPD-KPD-Regierungen in Sachsen und Thüringen, Hamburger Aufstand und dem sogenannten Hitlerputsch rief Reichskanzler Gustav Stresemann am 20. November 1923 den Ausnahmezustand aus. Im Zuge dessen verbot er NSDAP und KPD – und ausdrücklich auch die Rote Hilfe, die als Instrument der KPD angesehen wurde und der offensichtlich enormer Einfluss auf die revolutionären Proletarier_innen zugeschrieben wurde. Dieses Verbot sollte bis ins Frühjahr 1924 fortdauern.

Tarnorganisationen und Weihnachtspakete

Obwohl die Organisation inzwischen deutlich angewachsen war, hatten einige Funktionär_innen der Roten Hilfe noch Erfahrungen mit dezentraler und teilweise konspirativer Arbeit. Den ganzen Winter 1923/24 durch wurden illegale Aktivitäten durchgeführt. Neben Propagandaarbeit wurden weiterhin Geld, Lebensmittel, Spielzeug und Weihnachtsgeschenke für Inhaftierte und ihre Familien gesammelt. Allein im Januar 1924 konnten trotz Verbots reichsweit 1586 Gefangene, 2121 Frauen und 3298 Kinder unterstützt werden. Jede Ehefrau eines Gefangenen, Gefallenen oder Geflüchteten erhielt zwölf Mark im Monat und nochmal sechs Mark für jedes Kind. An jeden Gefangenen wurden Pakete mit Nahrungsmitteln, Büchern und Tabak im Wert von fünf Mark geschickt.

Auf Anregung der IRH-Vorsitzenden Clara Zetkin überzeugte Jelena Stassowa ab Dezember 1923 gutbürgerliche Intellektuelle davon, einen Hilfsverein

für notleidende Frauen und Kinder politischer Gefangener zu gründen. Bei seiner Gründung im Mai 1924 hatte der Verein zahlreiche prominente Mitglieder, unter anderem die Künstlerin Käthe Kollwitz, den Physiker Albert Einstein, den Schriftsteller Eduard Fuchs, den Strafrechtsprofessor Liepmann, den Finanzminister a. D. Hugo Simon und den Staatsrat Siegfried Weinberg. Zur Vorsitzenden des legalen Vereins wurde Stassowa gewählt. Ihre bürgerliche Tarnidentität war nach wie vor so gut, dass nicht nur die Mitglieder des Hilfsvereins, sondern selbst die Polizei nicht von ihrer Tätigkeit für Komintern und Rote Hilfe wussten – ihr Anliegen teilten sie aber alle.

Für die Rote Hilfe hatten der allerdings nicht besonders aktive Hilfsverein und seine bekannten Mitglieder weniger finanziellen Nutzen. Er diente aber aufgrund seiner gutbürgerlichen Mitgliedschaft als Pool, aus dem immer wieder Untersützer_innen für einzelne Kampagnen der Roten Hilfe auch in späteren Jahren gewonnen werden konnten. Als die Rote Hilfe nach ihrer Neugründung ihre Arbeit auf eine breitere Bündnisgrundlage stellte, wurde auch ein Abgesandter des Hilfsvereins in das erweiterte Zentralkomitee aufgenommen.

Diese Neugründung beschloss eine Konferenz von Funktionär_innen der zehn Monate zuvor verbotenen Organisation am 8./9. September 1924. Die Rote Hilfe Deutschlands wurde nun als zentralisierte Mitgliederorganisation aufgebaut, die als deutsche Sektion in die Internationale Rote Hilfe eingebunden war. Ihre erste Reichstagung – vergleichbar der heutigen Bundesdelegiertenkonferenz – fand am 17. Mai 1925 und dann alle zwei Jahre statt.

Legale und illegale Widerstandsformen unter dem Hitlerfaschismus

Unter der NS-Diktatur wurde die Rote Hilfe Deutschlands ebenfalls verboten und verfolgt, allerdings als einzige Massenorganisation im Umfeld der KPD bis kurz vor dem Krieg aufrechterhalten. Führung und Mitgliedschaft sowohl der KPD als auch der Roten Hilfe waren von der Notwendigkeit der Weiterarbeit auch aus dem Untergrund heraus überzeugt. Sie erprobten neben der klassischen illegalen Arbeit auch sogenannte legale Formen des Widerstands. Rote Helfer_innen unterwanderten NS-Organisationen wie die Volkswohlfahrt, um unter dem Deckmantel des, wie es in der NS-Sprache hieß, „loyalen Volksgenossen" oder der „loyalen Volksgenossin" Geld für die Familien politischer Gefangener als bedürftiger Glieder der „Volksgemeinschaft" abzuzweigen. Petitionskampagnen, die – wie im Falle der 1937 wegen Landesverrats zum Tode verurteilten Studentin Liselotte Herrmann – das persönliche Schicksal statt der politischen Gesinnung inhaftierter und verurteilter Oppositioneller in den Vordergrund stellten, waren ein Mittel zum Schutz und hielten zugleich das Risiko für einzelne Kampagnenteilnehmer_innen möglichst gering. Zudem blieb die Rote Hilfe auch in der Illegalität in die Strukturen der Internationalen Roten Hilfe eingebunden, wodurch finanzielle und organisatorische Unterstützung gesichert und Arbeit sowohl in Deutschland selbst als auch aus dem Exil möglich waren.

Weil die Rote Hilfe praktische Erfolge über theoretische Grundsätze und Bürokratie setzte, konnten Einzelmitglieder und Gruppen selbst Ende der 30er Jahre ihre Widerstandstätigkeit fortsetzen, als der organisierte kommunistische Untergrund bereits weitgehend aufgerollt und zerschlagen war. Dadurch spielte die Rote Hilfe sowohl in der Illegalität als auch im Exil eine wichtige Rolle als Partnerin für nichtkommunistische Hitlergegner_innen.

Nach der Machtübertragung an die NSDAP am 30. Januar 1933 wurden – wie alle anderen Kommunist_innen und viele andere revolutionäre Proletarier_innen und ihre Organisationen – auch die Rote Hilfe Deutschlands und ihre Mitglieder verfolgt, eingesperrt, gefoltert und ermordet. Am 2. März schloss die Polizei das Zentral-



büro der Roten Hilfe und den MOPR-Verlag in der Berliner Dorotheenstraße und durchsuchte die Räume. Außer veraltetem Material fanden die Beamten jedoch nur noch das Archiv der juristischen Abteilung vor. Die Räumlichkeiten und das übrige Eigentum der Organisation – wie die beiden Kindererholungsheime in Elgersburg und Worpswede – wurden zugunsten des Freistaats Preußen beschlagnahmt. Zentralvorstand und Berliner Bezirk waren in ein heimlich eingerichtetes illegales Büro ausgewichen, das allerdings bereits am 20. März von Polizei und SA aufgespürt und besetzt wurde. Ebenfalls Mitte März wurde die Rote Hilfe unter Verweis auf die „Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat" vom 28. Februar dann offiziell verboten und jede weitere Betätigung unter schärfste Zuchthausstrafe gestellt.

Während viele RHD-Funktionär_innen, die auch in der KPD aktiv waren, schon in den Tagen nach dem Reichstagsbrand inhaftiert wurden, weil sie der politischen Polizei mitunter seit Jahren bekannt waren, konnten sich niederrangige Funktionär_innen, die nicht zugleich in der Partei aktiv waren, länger halten. Die Verluste durch Festnahmen auch unter den mittleren Funktionär_innen waren dennoch immens, tausende wurden im ersten Halbjahr 1933 in Gefängnisse und KZs eingeliefert. Bis Dezember 1933 verlor die Rote Hilfe reichsweit 22 von 24 Politischen Leiter_innen, in Berlin wurden sieben der insgesamt 25 Unterbezirksleiter verhaftet. Auch zwei Mitglieder der im April gebildeten dreiköpfigen illegalen Reichsleitung wurden inhaftiert.

Ein Großteil der verhafteten Funktionär_innen flog durch Spitzeltätigkeit oder durch unter Folter erpresste Aussagen verhafteter Genoss_innen auf. Zudem wurden viele Verhaftungen durch den Leichtsinn vieler in der konspirativen Arbeit ungeübter Funktionär_innen erleichtert. Aber auch aus akutem Personalmangel übernahmen ehemalige Funktionär_innen, die nach einigen Monaten „Schutz"- oder Untersuchungshaft wieder aus den Konzentrationslagern freigelassen wurden, wieder Aufgaben in der Roten Hilfe. Da sie in der Regel nach ihrer Entlassung unter polizeilicher Beobachtung standen, stellten sie ein großes Risiko für die Organisation dar.

Ziel der Gestapo war nicht nur die Zerschlagung des kommunistischen Widerstands, sondern auch das Aufrollen des sympathisierenden Umfelds. Daher verzichtete sie zunächst auf Massenverhaftungen, war aber gleichwohl über die Aktivitäten von KPD und Roter Hilfe bestens im Bilde. Die Reichsleitung der RHD forderte deshalb aus Sicherheitsgründen eine organisatorische Trennung von der ebenfalls illegalen KPD.

Trotz Verbots und Verhaftungswellen arbeitete die Rote Hilfe Deutschlands weiter. Sie teilte sich reichsweit in 22 Bezirke auf, von denen jeweils drei bis fünf zu einem Oberbezirk zusammengefasst wurden. Der Zentralvorstand wurde auf eine dreiköpfige Landesleitung reduziert, die nach Verhaftungen mehrmals neu besetzt werden musste. Sie arbeitete in der illegalen Reichszentrale am Monbijouplatz in Berlin, außerdem wurde eine Auslandsvertretung in Paris eingerichtet. Doch nach Verhaftung oder Flucht eines großen Teils der Funktionär_innen befand sich die RHD in einem desolaten Zustand. Der Zentralvorstand hatte lediglich zu zwölf der 22 neu eingerichteten Bezirke überhaupt Verbindung.

Geldsammlungen, Flugblätter und Kurzdemonstrationen

Um die Jahreswende 1933/34 begann sich die Rote Hilfe im Untergrund zu konsolidieren. Abgerissene Kontakte konnten wieder aufgenommen werden, arbeitsfähige Bezirksleitungen wurden eingesetzt. Mitte 1933 wurde noch von rund 70.000 Mitgliedern regelmäßig der Beitrag kassiert. Viele Ortsgruppen führten Spendengelder aus Sicherheitsgründen ohne Meldung an den Zentralvorstand direkt an Betroffene ab, so dass sich die Zahl der aus der Illegalität heraus unterstützten Menschen nicht ermitteln lässt. Allerdings sind allein für 1933/34 für die Berliner Rote Hilfe 800 bis 1000 monatliche Unterstützungsfälle belegt. Nach Beobachtung der Gestapo war es der Roten Hilfe bis Mitte 1935 gelungen, „wieder eine das ganze Reichsgebiet umfassende und gut ausgebaute Organisation" zu schaffen, die „eine äußerst rege Propaganda" und eine „lebhafte Sammel- und Werbetätigkeit" durchführte. „Die RH ist somit die einzige Organisation der illegalen KP, die fast ununterbrochen weiterarbeiten konnte, trotzdem durch erfolgreiche Zugriffe Teile des Apparates aufgeräumt wurden."

Bis einschließlich 1938 erschien eine Vielzahl illegaler Zeitschriften und Broschüren der Roten Hilfe in deutscher Sprache. Der MOPR-Verlag war von Berlin nach Zürich und Paris übergesiedelt und arbeitete von dort aus. Das *Tribunal* als Zentralorgan der RHD wurde bis April 1936 in mindestens 25 Nummern verbreitet, in vielen Städten wurden außerdem unregelmäßig erscheinende lokale und regionale Blätter herausgegeben. Schon die Papierbeschaffung bereitete große Probleme, da der Kauf einer größeren Menge in einem einzigen Geschäft verdächtig gewesen wäre. In illegalen Quartieren und Privatwohnungen wurde tagsüber, wenn der Straßenlärm die Tippgeräusche übertönte, mit Schreibmaschinen auf Matrizen geschrieben und an anderen Orten vervielfältigt. Trotz dieses Aufwands konnten teilweise lokale Auflagen von bis zu 8000 Stück erreicht werden. Die Verteilung erfolgte vor allem in den Betrieben an als zuverlässig bekannte Personen sowie an neu hinzugekommene Sympathisant_innen insbesondere aus der SPD.

Vor allem bis Ende 1933, als KPD und Rote Hilfe noch von einem baldigen Abwirtschaften der NS-Diktatur und dem Bevorstehen einer kommunistischen Revolution ausgingen, wurden viele Mitglieder regelrecht verheizt. Bei Aktionen wie Flugblattverteilungen, Parolenmalen und klandestin organisierten Kurzdemonstrati-

Anzeige



onen (so im Oktober 1933 allein in Berlin in der Frankfurter Allee, in Kreuzberg, in Weißensee und vor dem Moabiter Gefängnis) wurden immer wieder Aktivist_innen der Roten Hilfe verhaftet, manche kosteten solche Aktionen das Leben.

Andere waren jedoch erfolgreich: Durch einen schnell mobilisierten Massenauflauf vor dem Gefängnistor konnte die Rote Hilfe Ende 1934 in Düsseldorf die Hinrichtung von neun Arbeitern verhindern. Reichsweit sind ähnliche Aktionen aus dieser Zeit belegt. Da das NS-Regime in dieser Phase keine allzu große Öffentlichkeit um seine Bluttaten wünschte, konnte diese Art der Proteste teilweise Erfolge zeigen. Jedoch waren dies Kampfformen aus der Spätzeit der Weimarer Republik, die für den illegalen Kampf nur bedingt geeignet waren. Unter dem Druck von Verhaftung und Verschleppung und mangels Presseöffentlichkeit konnte diese „Massenverteidigung“ letztlich nicht fortgeführt werden.

Internationale Einbindung und Gleichstellung von Mann und Frau

1933 wurde in Paris ein „Europäisches Büro der IRH“ gegründet, in dessen Gebäude der illegale Apparat einiger westeuropäischer Sektionen der Roten Hilfe arbeitete. Sie bauten Außenstellen der RHD in den Nachbarländern Deutschlands auf, die Schriften und Berichte nach und aus Deutschland schmuggelten, Patenschaften für einzelne Gefangene organisierten und deutsche Emigrant_innen betreuten. Unter der Leitung von Vittorio Vidali und Tina Modotti wurden Gelder und Instruktionen auf legalem und illegalem Wege in die europäischen Sektionen der IRH und damit auch in die Rote Hilfe Deutschlands weitergeleitet und Spendensammlungen organisiert.



Allein in den ersten drei Jahren der NS-Diktatur gab die IRH zur Unterstützung deutscher Emigrant_innen 4,5 Millionen französische Francs aus. Noch einmal so viel wurde für ärztliche Versorgung, Patenschaften, Lebensmittel und dergleichen aufgewandt.

Unter Mithilfe von Internationaler Roter Hilfe und Internationaler Arbeiterhilfe wurde Anfang März 1933 das „Internationale Hilfskomitee zum Schutze der Opfer des Hitler-Faschismus“ gegründet. Albert Einstein übernahm den Ehrenvorsitz. Ebenfalls auf eine Initiative der IRH ging die Gründung des „Internationalen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Reichstagsbrandes“ im April 1933 zurück, dem zahlreiche Juristen von Weltrang angehörten. Der Aufruf der IRH-Vorsitzenden Clara Zetkin vom Juni 1933 zu einer europaweiten Unterstützungskampagne für die Rote Hilfe Deutschlands, in der allein in Frankreich binnen einer Woche 125.000 Francs gesammelt wurden, war im Übrigen eines der wenigen Dokumente der Roten Hilfe und der kommunistischen Bewegung zu diesem Zeitpunkt, die explizit auf die Verfolgung der Jüd_innen in Deutschland eingingen.

Grundsätzlich versuchte die Rote Hilfe wie in der Legalität auch in der Illegalität, innerhalb der Organisation eine zumindest weitgehende Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen. Dennoch prägten tradierte Gender-Rollen das Handeln der meist noch im 19. Jahrhundert sozialisierten Mitglieder zumindest unterschwellig (zur Erinnerung: das Frauenwahlrecht war erst 1919 eingeführt worden und Politik galt allgemein nach wie vor als „Männersache“) und materielle Not zwang viele Proletarierinnen dazu, sich in erster Linie um Kinder und Küche zu kümmern. 1932 betrug der Frauenanteil in der Roten Hilfe Deutschlands immerhin 26,7 Prozent der Individualmitgliedschaft. Während der Weltwirtschaftskrise waren in der Roten Hilfe mehr Frauen organisiert als davor in der KPD und allen ihren Massenorganisationen zusammen.

Diese für die damalige Zeit hohe Zahl weiblicher Mitglieder war kein Zufall. Auf ihrer zweiten Konferenz 1927 drängte die IRH darauf, verstärkt Frauen in den Funktionärsapparat einzubeziehen und in den Ortsgruppen und Vorständen Frauenverantwortliche einzusetzen. In der Jugend-

organisation, den Rote-Hilfe-Pionieren, galt: „Bei uns gibt es keinen Unterschied zwischen Jungen und Mädchen. Bei uns gibt es nur einen Unterschied zwischen schlechten und guten Pionieren.“ Für die Untergrundarbeit wiederum nutzten weibliche Mitglieder der Roten Hilfe bewusst gängige Gender-Klischees, etwa wenn sie Flugblätter im Kinderwagen transportierten oder sich Unterstützungsgruppen für politische Gefangene als Kaffeekränzchen tarnten.

Einheitsfront und Volksfront

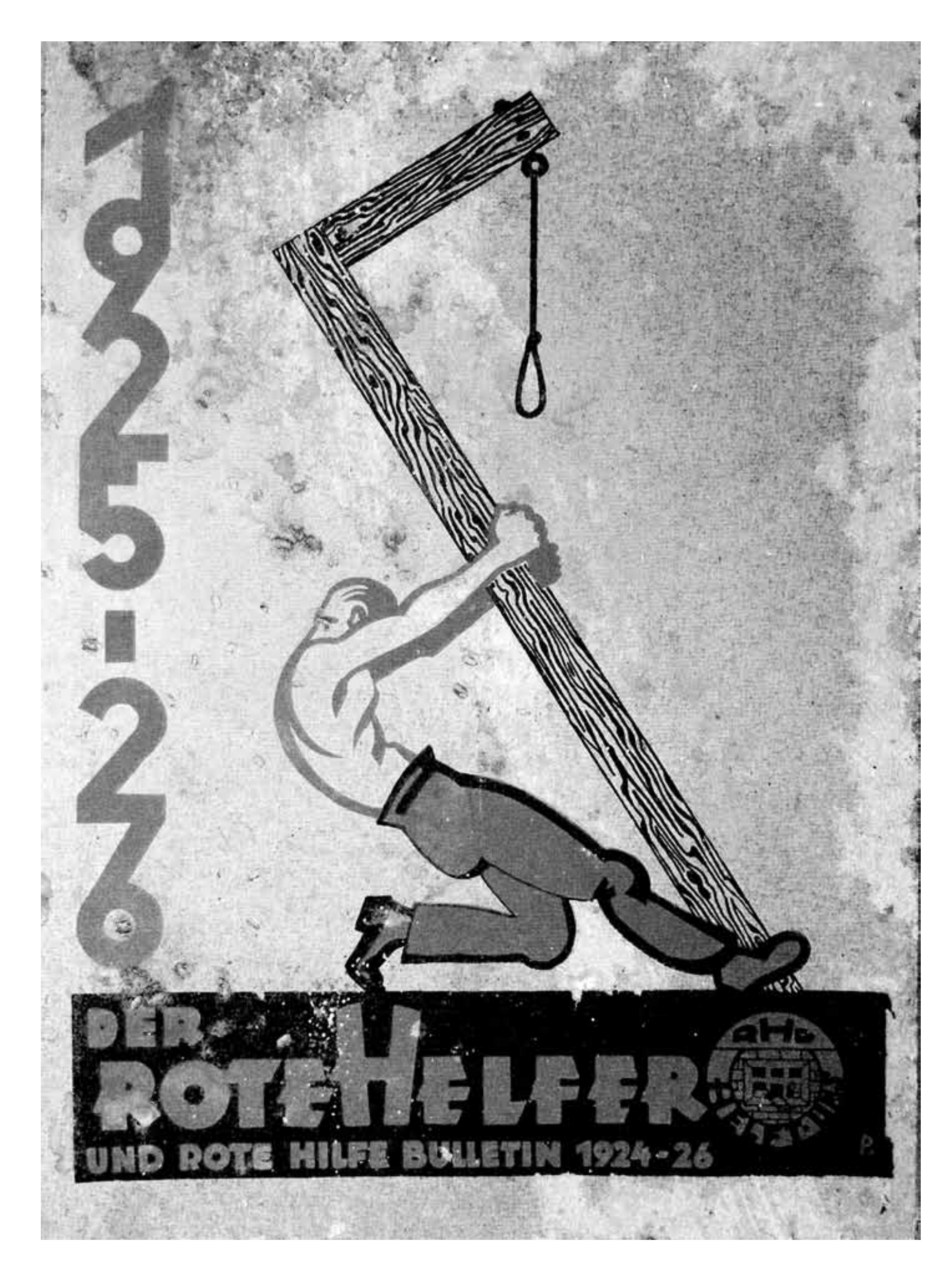
Die Orientierung der KPD auf proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront ab Januar 1935 und dann der Komintern ab Sommer 1935 wirkte sich auch auf die Rote Hilfe aus. Mit ihrer langjährigen Erfahrung in der Bündnispolitik mit bis weit ins bürgerliche Lager reichenden Kräften spielte sie eine bis heute von der Forschung unterschätzte Schlüsselrolle als Bindeglied zu nichtkommunistischen Teilen des Widerstands. So gab es trotz Unvereinbarkeitsbeschlüssen der SPD bereits im Januar 1935 ein Einheitsfrontabkommen zwischen RHD und SPD in Oberbaden und Mitte Juni 1935 in Berlin. Anfang September 1935 wurden dann die Weichen für eine weitreichende Umstrukturierung der RHD in diesem Sinne gestellt.

Die Rote Hilfe sollte als eigenständige Organisation zugunsten einer breiten Hilfsbewegung aufgelöst werden, die durch den Aufbau von Spenderkreisen, Patenschaften und Solidaritätsgruppen sowie verdeckte Arbeit in nationalsozialistischen Massenorganisationen allen verfolgten Hitlergegner_innen Hilfe und Solidarität zukommen lassen sollte. Dies bedeutete, wie Walter Ulbricht ausführte, dass neben Sozialdemokrat_innen und Kommunist_innen auch Katholik_innen und selbst verfolgten Mitgliedern des Stahlhelms Hilfe gewährt werden sollte. Dieser Kurs wurde innerhalb Deutschlands von den Roten Helfer_innen positiv aufgenommen, stieß bei einigen in Emigrationsländern stationierten Funktionär_innen aber auf Hemmungen.

Ab Ende 1935 beobachtete die Gestapo wieder „eine steigende Rührigkeit der RH“, die als einzige Organisation neben der KPD in großem Rahmen „kommunistische Arbeit“ leiste.

Dabei setzte die RHD die im Sommer 1935 auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale von Georgi Dimitroff vorgeschlagene Taktik des „Trojanischen Pferds“ um, die ein Einsickern in die nationalsozialistischen Massenorganisationen vorsah, um dort Wahlpositionen zu erobern und unter den zwangsläufig fast nur noch dort organisierten Proletarier_innen zu wirken. Dabei konnte die RHD von ihrer Erfahrung mit der Fraktionsbildung in sozialdemokratisch dominierten Vereinen und Gewerkschaften in der Zeit vor 1933 und von den Erfahrungen der Zersetzungsarbeit des Nachrichtendiensts der KPD innerhalb von Reichswehr und Polizei profitieren. Statt wie bisher nur zur Tarnung antifaschistischer Aktivitäten sollte die Arbeit in den nationalsozialistischen Massenorganisationen nun in erster Linie dem Gewinn von Sympathisant_innen und letztlich Hitlergegner_innen dienen. In Stuttgart beispielsweise stieg ein Roter Helfer in der Hitlerjugend zum Scharführer auf. Innerhalb seiner 40-köpfigen Gruppe rekrutierte er mehrere Hitlerjungen für die Rote Hilfe, die jeden Monat 40 Exemplare des RHD-Zentralorgans verkauften.

Allerdings stieß diese neue Politik unter der Mitgliedschaft der RHD und der KPD auf größeren Widerstand. Viele Antifaschist_innen fürchteten, bei nicht eingeweihten Freund_innen und Genoss_innen als Überläufer_innen und Verräter_innen zu erscheinen. Auch sei ihre bekannte politische Einstellung kaum zur verdeckten Agitation in den Organisationen geeignet. Dennoch konnte die Rote Hilfe mit dieser Taktik – anders als die KPD – einige bemerkenswerte Erfolge verbuchen. Dutzende gleichgeschaltete Sport- und Musikver-



eine konnten durch Eintritte übernommen werden und als RH-Tarnorganisationen arbeiten. Als Hauptarbeitsfeld wurde allerdings die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ (NSV) ausgemacht. Dort setzten beispielsweise unter Verweis auf Hitlers Losung „Kein deutscher Volksgenosse darf hungern und frieren“ Rote Helfer_innen durch, dass auch zahlreiche Familien der politischen Gefangenen NSV-Hilfsgelder bekamen. Allerdings blieben auch diese Bestrebungen oft von der Gestapo nicht unbemerkt.

Von der Roten Hilfe zur Deutschen Volkshilfe

Am 2. September 1938 beschloss die erweiterte Leitung der RHD die offizielle Umbenennung in „Deutsche Volkshilfe“ (DVH). Solidarität und Hilfe sollten nun auch laut Satzung nicht mehr nur revolutionäre Proletarier_innen, sondern im Rahmen eines „Solidaritätswerks des unterdrückten Volkes“ alle vom NS-Terror betroffenen Kreise erhalten. Die Arbeit der Volkshilfe sollte vor allem durch Eintritt und Wirken in den gleichgeschalteten Massenorganisationen und durch Petitionskampagnen erfolgen. Da im Zuge der Rüstungskonjunktur auch viele Arbeiter_innen wieder eingestellt wurden, die nach der Machtübertragung aus politischen Gründen aus den Betrieben entfernt worden waren, konnten auch betriebliche Hilfskomitees und andere Zusammenhänge gebildet werden. Unter der Beobachtung der NS-Organe konnten sie in der Regel aber keinen aktiven Widerstand leisten, immerhin aber Unterstützung vor allem finanzieller Natur für die Gefangenen organisieren.

Zum Schutz der Kader arbeiteten viele Hilfskomitees, in denen Rote Helfer_innen mit Sozialdemokrat_innen, Katholik_innen und Parteilosen zusammen wirkten, völlig autark ohne Kontakt zu anderen Rote-Hilfe-Gruppen. Mit Erfolg: Eine Verhaftungswelle im September 1938 ging an den Aktivist_innen der nun DVH genannten Organisation völlig vorüber und in den ersten vier Monaten des Jahres 1939 wurden ledigliche zwei Kader der Deutschen Volkshilfe verhaftet. Als diffuse Hilfsbewegung ohne überregionale oder auch nur betriebsübergreifende Struktur konnten einige dieser Komitees und Spenderkreise auch nach Kriegsbeginn trotz zunehmender Verfolgung weiterarbeiten.

Bereits ab Herbst 1937 wurden die Leitungsstrukturen der Internationalen Roten Hilfe durch eine Kommission unter der Leitung von Wilhelm Pieck neu organisiert. Um im Rahmen des sowjetischen Versuchs, in Europa ein System der kollektiven Sicherheit gegen die Bedrohung der faschistischen Staaten zu schaffen, die Bildung von Volksfronten zu erleichtern und dazu das Vertrauen von Hitlergegner_innen jeglicher Couleur zu gewinnen, wurde eine operative Leitung gegründet, die von Paris aus agierte. Dies sollte eine größere Unabhängigkeit von der Komintern symbolisieren, das Büro in Moskau war nur noch für Agitation und Propaganda zuständig.

Im Februar 1941 musste Wilhelm Pieck einsehen, dass die mit der Umstrukturierung angestrebte Schaffung einer breiten Hilfsbewegung gescheitert war. In einigen Ländern waren die Rote-Hilfe-Organisationen aus Unverständnis über die Absichten der Reorganisation sogar völlig aufgelöst worden, ohne dass zuvor entsprechende breitere Hilfskomitees geschaffen worden wären. Zudem wurde die nun noch offenere überparteiliche Volksfrontpolitik erschwert durch zugleich laufende Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Parteien, insbesondere mit vermeintlichen oder tatsächlichen Trotzkist_innen. Nach Ausbruch des Krieges wurde das Pariser Büro auf Druck der französischen Behörden geschlossen.

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 vereitelte die Planungen der Komintern, in Moskau wieder ein Zentralbüro der IRH zu schaffen. Sang- und klanglos wurde die Internationale Rote Hilfe aufgelöst. Lediglich die russische Sektion arbeitete bis Ende 1947 weiter. Es sollte 30 Jahre dauern, bis sich in Deutschland wieder eine Rote Hilfe organisierte. ❖



Wie die Arbeit revolutionärer Gruppen und Menschen unter den Bedingungen von Verbot und Verfolgung während und nach dem Ersten Weltkrieg praktisch organisiert wurde, zeigen die beiden folgenden Texte von Willi Münzenberg.
Entnommen sind sie seinem Buch „Die Dritte Front. Autobiographische Aufzeichnungen", erschienen 1931 im Berliner Verlag „Universum-Bücherei für Alle". Das Buch enthält einen Dokumententeil mit unter anderem dem Statut des ersten proletarischen Jugendvereins in Berlin – Verein der Lehrlinge und Jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgebung (1905), dem Statut der Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands, dem Statut der Berner Jugendinternationale (1915), der Prinzipienerklärung der Internationalen Verbindung Sozialistischer Jugendorganisationen (1916) und dem Programm der Kommunistischen Jugendinternationale (1919) sowie einem Verzeichnis der wichtigsten Schriften über die proletarische Jugendbewegung.



Die Polizei gegen die „Jugend-Internationale"

Willi Münzenberg

Die Regierungen versuchten durch polizeiliche Schikanen und Verbote die Verbreitung der „*Jugend-Internationale*" zu verhindern. Besonders rigoros gingen die deutschen Behörden vor, die sich durch die Haltung der offiziellen sozialistischen Instanzen dazu ermuntert fühlten. Die Zentralstelle der Arbeiterjugend Deutschlands, Fritz Ebert, hat wiederholt vor der Annahme, der Lektüre und dem Vertrieb der „*Jugend-Internationale*" öffentlich gewarnt. Von den vielen Prozessen, die gegen Jugendliche in Deutschland wegen Verbreitung der „*Jugend-Internationale*" stattfanden, will ich hier wiedergeben, was G. Schuhmann über die Verhandlung im Dezember 1916 vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Leipzig erzählt:

Von den drei deutschen Teilnehmern der Konferenz, denen es gelungen war, nach Bern zu gelangen (Dietrich, Karlsruhe; Stirmer, Göppingen; Notz, Stuttgart), hatte Genosse Notz den Auftrag erhalten, Mitarbeiter für die ‚*Jugend-Internationale*' in Deutschland zu gewinnen und für die Manuskripte zu sorgen. Karl Liebknecht übernahm die Durchsicht der Manuskripte und rief im Juli 1915 den Genossen Notz, Stuttgart, und mich aus Leipzig nach Saalfeld. Im dortigen Bahnhofshotel sichteten wir die eingelaufenen Beiträge bis zum frühen Morgen. Es gab Streitfragen zu entscheiden. Eine davon war die, ob Karl Liebknecht einen Beitrag mit seinem Namen oder einem Pseudonym zeichnen sollte. Wir entschieden uns, nach dem Rate Franz Mehrings zur Vorsicht, für das letztere. Dann hatte auch Ede Bernstein, der damals zur Opposition zählte, einen Aufruf an die Jugend beigesteuert. Er sollte an erster Stelle erscheinen. Wir waren aber der Überzeugung, daß Bernstein mehr aus pazifistischer und nicht aus revolutionärer Gesinnung heraus gegen den Krieg war – was er auch schließlich bewiesen hat – und setzten seinen Aufruf unter den übrigen Text.

Die erste Nummer der ‚*Jugend-Internationale*' war in Zürich fertig gedruckt. Aber trotz aller Bemühungen gelang es nicht, größere Posten davon über die Grenze nach Deutschland zu bringen. Wochen vergingen. Endlich mußte ein anderer Weg versucht werden. Die Matern wurden von Zürich nach Holland geschickt und von dort zwischen Kaiserbildern nach Bremen. Paul Fröhlich brachte sie in doppelter Ausführung nach Leipzig. Ich sollte Druck und Verbreitung übernehmen. In Leipzig bestand damals, wie in Sachsen und Thüringen, die militärische Vorzensur für alle Drucksachen. Für einen so großen Druckauftrag kamen die bisherigen Drucker für Handzettel deshalb nicht in Frage. In Bayern bestand diese Vorzensur noch nicht. Einige Stunden nach Erhalt der Matern saß ich, von Zweifeln geplagt, in der Bahn, Richtung Hof.
Ohne große Schwierigkeiten übernahm der Drucker der sozialdemokratischen

'*Oberfränkischen Volkszeitung*', Hans Dill, den Druck. Eine Woche später trafen 20.000 Stück '*Jugend-Internationale*' als 'Meßgut' in Leipzig ein. In einem Meßhof, Reichsstraße 34, in dem der Vater treuer Jugendgenossen eine Gastwirtschaft hatte, wurden die Zeitungen in der Nacht verpackt und zum Versand in das Reich fertig gemacht. Die Versandliste war ziemlich lang. 1 000 Stück gingen nach Hamburg, ebensoviel nach Magdeburg. Nach den übrigen Orten nur einige hunderte, nach Breslau nur 50 Stück. Für ungeübte Packer keine leichte Arbeit, zumal nach unserem Plane alle Orte zu gleicher Zeit beliefert werden sollten. 9 000 Stück blieben für Leipzig und Umgebung, die in Sicherheit gebracht und später verkauft wurden.

Alle Pakete sind in die richtigen Hände gekommen, bis auf das nach Breslau. Da alle Jugendgenossen im Reiche die nötige Vorsicht walten ließen, und wir nicht den richtigen Absender auf die Paketadressen geschrieben hatten, ist uns das Breslauer Paket nicht zum Verhängnis geworden. Als uns später wegen 'Verbreitung von 425 Exemplaren' der '*Jugend-Internationale*' der Prozeß gemacht wurde, hat Gericht und Polizei als wahr unterstellt, daß diese 425 aus der Schweiz als Postpaket verschickt worden sind, zumal eine Anzahl typographischer Sachverständiger in ihren Gutachten eidlich übereinstimmend versicherten, daß 'jene Zeitschrift in Zürich gedruckt worden ist'.

Wir wußten, daß wir die Verbreitung in Leipzig nicht nur gegen den Willen der Polizei, sondern auch gegen den der Partei vornehmen mußten. Hatte ich doch schon wegen Verbreitung von Druckschriften von der Parteileitung eine Rüge erhalten, weil auf den Flugschriften kein Verleger angegeben war. Der damalige Bezirksvorsitzende der SPD, Lipinski, hatte sich kurz vorher in einer Sitzung des Parteiausschusses auf die Seite der Opposition geschlagen. Max Borsdorf und ich gingen zu Lipinski, um wenigstens zu erreichen, daß er die Verbreitung im Stillen duldete. Vergebens! Lipinski verteidigte die kriegsbegeisterte '*Arbeiterjugend*' neben der er kein Ohr für die Jugend gelten lassen wollte. Der 'linke' Lipinski war eben schon damals nur deshalb links, um die proletarischen Massen an die imperialistische Politik des Parteivorstandes zu binden. Zu revolutionären Taten war er damals wie heute nicht fähig.



Preis 5 Cts. **Krieg dem Krieg!** Preis 5 Cts.

Freie Jugend

Organ der Soz. Jugendorganisation der Schweiz

September 1914 | Redaktion u. Administration: Werdstr. 40, Zürich. Jahresabonnement: Inland Fr. 2.-, Ausland Fr. 2.50. Erscheint alle Monate. Verlag: Ed. Meyer, Werdstr. 40, Zürich. | IX. Jahrgang

Titel der „Freien Jugend" aus der Schweiz, die sich gegen den Krieg richtete

Einige tausend Stück '*Jugend-Internationale*' waren umgesetzt, ohne dass es Opfer erfordert hätte, aber die Einnahme reichte noch nicht aus, um den Drucker zu bezahlen. Da fand am 9. Januar 1916 eine große Jugendfeier in der Alberthalle in Leipzig statt, an der 3000 Menschen teilnahmen. Dort wurden kühn weitere tausend Nummern verkauft. Am nächsten Tag konnte der Drucker bezahlt werden."

Soviel über den Leipziger Prozeß. Mit gleichen Begründungen wurden hunderte von jugendlichen Arbeitern Deutschlands von den reaktionären Militär- und Kriegsgerichten verfolgt und in die Gefängnisse geworfen. Aber alle diese Schwierigkeiten haben die Entwicklung und den Vormarsch der proletarischen revolutionären Jugendbewegung nicht aufhalten können. ❖

Eine abenteuerliche Fahrt

Willi Münzenberg



Gedenkstätte Deutscher Widerstand



Die erste größere Konferenz nach dem Berliner Kongreß war für Mitte Dezember 1919 nach Stockholm einberufen, um eine Spaltungsaktion der dänischen Jugend, die von den Sozialdemokraten eingeleitet war, zu verhindern. Eingeladen waren die Jugendorganisationen von Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark. Als Delegierter des internationalen Büros wurde ich bestimmt. Da ich legal nicht fahren konnte, mußte die Fahrt illegal durchgeführt werden. Ich begab mich in eine norddeutsche Stadt und mit zwei anderen Genossen, die ähnliche Aufträge wie ich für andere Organisationen in Skandinavien zu erledigen hatten, trieben wir nach einigen Tagen einen Schiffer auf, der sich bereit erklärte, uns für erschwingliches Geld nach Dänemark zu bringen. Von dort hofften wir weiterzukommen.

Als wir abfahren wollten, bekam es der Schiffer mit der Angst zu tun, weil gerade ein schweres Unwetter heraufzog, er fürchtete, sein Schifflein würde untergehen. Wir drängten ihn trotzdem zur Abfahrt. Wir hatten kaum den Hafen verlassen, als ein schweres Gewitter losbrach, das Schiff tanzte wie eine Nußschale auf den hochgehenden Wellen. Plötzlich schrie der Schiffer: „Ihr müßt in den Kettenkasten, das Wachschiff kommt!“ Er preßte uns drei in den Kasten, in dem die Ketten aufbewahrt wurden, wo wir eng wie die Oelsardinen gepreßt lagen. Erst nach zwei Stunden hielt er die Gefahr für beseitigt und holte uns zerschlagen und zerschunden wieder heraus. Der Sturm dauerte an, und der Fischer fluchte nicht wenig, daß er sich zur Fahrt hatte verleiten lassen. Aber gegen Morgen ließ das Unwetter nach, wir kamen wohlbehalten an der dänischen Küste an, stiegen an einer menschenleeren Stelle aus und wanderten frohgemut über Wiesen und Felder zur nächsten Bahnstation, um nach Kopenhagen zu fahren. Nach mehrtägigem Aufenthalt gelangte ich nach Stockholm.

Mit der gleichen Sorglosigkeit, mit der wir uns in Stuttgart und in Wien bewegt hatten, lebte ich in Stockholm. Ich besuchte das Parteihaus, unsere Sitzungen waren öffentlich angemeldet, den Abend verbrachte ich mit schwedischen Genossen in den meistbesuchten Gaststätten. Kein Wunder, daß die Polizei aufmerksam wurde, und eines Morgens überraschend in der Wohnung von Willi Milenz erschien, bei dem ich wohnte. Die Polizisten verlangten unsere Pässe. Ich zeigte einen Paß, den ich bei mir hatte, aber die Leute erklärten, ich müsse wegen gewisser Feststellungen nach dem Polizeipräsidium kommen. In letzter Minute gelang es mir noch, verschiedene Papiere unauffällig zu beseitigen.

Nach einer kurzen Autofahrt landeten wir im Stockholmer Polizeipräsidium und wurden sofort getrennt. Man bezweifelte die Richtigkeit des Namens in dem angegebenen Paß und wollte meinen wirklichen Namen wissen. Ich verwies auf den Paß. Das muntere Spiel zog sich bis gegen Abend hin. Man hielt mir eine Reihe Bilder von mir aus „Politiken“ und „Stormklockan“, der schwedischen Jugendzeitschrift, vor und fragte mich, ob der Mann mir denn nicht bekannt sei, ob ich nichts von ihm gehört hätte. Ich sagte, er sei mir weitläufig bekannt. Am Abend sagte mir der vernehmende Kommissar: „Schauen Sie, Herr Münzenberg, wir wollen auch Feierabend machen; geben Sie doch schon zu, daß Sie Münzenberg sind.“ Ich wurde in Untersuchungshaft abtransportiert und blieb dort drei Wochen.

Das schwedische Gefängnis war eins der modernsten, das ich auf diese Weise unfreiwillig kennenlernte, gleichzeitig aber auch eins der gemeinsten. Zum Spaziergang wurde man in den Steingang geschickt, der eher einem Zwinger für wilde Tiere glich, aber nicht einem Raum, in dem sich Menschen ergehen und erholen konnten. Die Vorschriften waren streng. Abends mußten sämtliche Kleider, auch das Hemd, an den Wärter abgegeben werden, um dadurch eine Flucht zu erschweren. Belustigend war der sonntägliche Gottesdienst. Die Türen der Gefangenen wurden halb geöffnet, die Gefangenen mußten sich an die halb geöffnete Tür setzen und zuhören, während unten am Eingang zum Gefängnis der Pfarrer predigte. Als Freidenker weigerte ich mich, den mir unverständlichen Predigten zuzuhören, worauf ein Gefängniswärter sich neben mich stellte und mich zwang, wie die übrigen Gefangenen den sonntäglichen Erbauungen zuzuhören.

Nach dreiwöchiger Haft eröffnete man mir, daß ich aus Schweden ausgewiesen sei, versprach aber meinen Freunden, mir zwei bis drei Tage Freiheit zu geben, um Schweden verlassen zu können. Aber noch am gleichen Abend erschienen zwei Kriminalbeamte, packten meine Sachen und fuhren mit mir über Malmö nach Trelleborg, um mich auf die Fähre nach Deutschland zu bringen. Ich protestierte, wies auf das Versprechen des Gerichtes

hin und auf die Tatsache, daß drüben schon deutsche Kriminalbeamte bereitständen, um mich wegen politischer Vergehen zu verhaften. Mein Protest blieb wirkungslos. Die schwedischen Kriminalbeamten brachten mich auf die Fähre und bewachten den Laufsteg, bis wir abfuhren.

Jetzt war guter Rat teuer. In Saßnitz warteten die Kriminalbeamten, um auf Grund des Haftbefehles wegen Hochverrats mich in Empfang zu nehmen. Ich suchte nach einem Ausweg und zog einige Matrosen ins Vertrauen. Einer von ihnen sprach deutsch und war Linkssozialist. Er erklärte, es sei unmöglich, irgendwie von der Fähre zu kommen, ohne die Kontrolle zu passieren. Vor einiger Zeit hätten sie den deutschen Syndikalisten Souchy mehrmals hin- und zurückgenommen, es wäre nicht möglich gewesen, ihn ungesehen durch die deutsche Kontrolle zu bringen. Stunde auf Stunde verging, und schon kam die deutsche Küste in Sicht.

> „Abends mußten sämtliche Kleider, auch das Hemd, an den Wärter abgegeben werden, um dadurch eine Flucht zu erschweren.“
>
> **WILLI MÜNZENBERG**

Auf meiner Suche nach Möglichkeiten, der Verhaftung zu entgehen, fand ich einen Güterwagen, der zu Viehtransporten verwendet wurde und eine Luftklappe hatte. Ich holte meinen Freund, den jungen Matrosen. Während er Schmiere stand, kletterte ich durch die Luftklappe in den Güterwagen, der mit kleineren und größeren Kisten vollgeladen war. Ich setzte mich auf einen Klavierkasten und harrte der Dinge, die da kommen sollten. Ich hörte, wie das Schiff in Saßnitz ankam, wie eine Lokomotive die Wagen herauszog und wir auf den Gleisen hin und her rangiert wurden. Ich glaubte mich gerettet, nahm mir vor, bis zum Einbruch der Dunkelheit auf der Kiste zu warten, um dann aus dem Wagen herauszuspringen und mich davonzumachen.

Plötzlich hörte ich Männerschritte und eine Stimme sagte: „Eilwaggon Nummer soundso – sofort öffnen.“ Gleichzeitig hörte ich, wie man an der Waggontür herumhantierte. Alles schien verloren. Ich sah mich schon im Geiste nicht nur wegen Hochverrats, sondern auch wegen Bahndiebstahls auf der Anklagebank. Um mich nicht wie ein Küken aus dem Nest nehmen zu lassen, sprang ich rasch entschlossen durch das Luftloch, das zum Glücke nicht auf der Seite lag, auf der die Beamten standen. Trotzdem war ich überzeugt, daß man mich gehört hätte, mich anrufen und festnehmen würde. Zu meiner größten Verwunderung geschah aber nichts. Niemand hatte mich bemerkt.

Langsam setzte ich mich in Bewegung, verließ die Bahnhofsanlagen, ging schnell durch Saßnitz und marschierte, da ich keine Ausweispapiere hatte und kein Zug nach Berlin ging, in Richtung Bergen los. Unterwegs kehrte ich in einer Wirtschaft ein, als plötzlich in schärfstem Galopp ein Wagen mit vier Grenzsoldaten ankam. „Jetzt haben sie dich doch noch erwischt“, dachte ich, als die vier Soldaten in die Wirtschaft traten, aber niemand nahm Notiz von mir. Aus ihren Gesprächen hörte ich, daß sie zu einem großen Militärball nach Bergen fahren wollten. Ich stellte mich als ehemaliger Kriegskamerad vor und fragte, ob es nicht möglich wäre, mitzufahren. „Gegen eine Lage Kognak sicher“, sagte einer. Dazu reichte mein Geld, und so fuhr ich unter militärischer Ehrenbegleitung in Bergen ein, von wo ich ohne Zwischenfall bald über Stralsund nach Berlin gelangte. ❖

Anzeige

Arbeiterstimme Nr. 181
Herbst 2013, aus dem Inhalt:

- ► Der Angriff auf Syrien
- ► Tschechische Republik: Der Präsident als Gefahr für die Linke?
- ► Eine neue Politik für den Norden Koreas?
- ► Zionistische Ideologie im „internationalistischen“ Mäntelchen
- ► ...


Nordkorea – Tschechische Republik – Israel/Palästina
Arbeiterstimme
Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis
Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!
Der Angriff auf Syrien...
...ist vorübergehend gestoppt. Aber der Bürgerkrieg geht unvermindert weiter.
Inhalt

*Die **Arbeiterstimme** erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.– € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.– € aufwärts) sind wir sehr erfreut.*

Bestellungen:
T. Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg oder: redaktion@arbeiterstimme.org

www.arbeiterstimme.org

Der Mann mit der Pauke und die Rote Hilfe

Wie Wolfgang Neuss gegen die Spaltung der APO ankämpfte

Markus Mohr

Bis zum 5. Mai 1989 lebte in Westberlin Wolfgang Neuss. Dann starb er im Alter von gerade mal 65 Jahren. Da hatte er ein kurvenreiches Leben hingelegt. Als Wehrmachtssoldat kämpfte er an der Ostfront, erhielt dafür ein Eisernes Kreuz und schoss sich dann in einem Akt der Selbstverstümmelung in die Hand, um dem Krieg zu entgehen. Nach 1945 spielte er im Internierungslager für seine Kameraden ein Unterhaltungsprogramm und stieg dann in den 50er Jahren zu einem der bekanntesten Kabarettisten und Schauspieler in der Bundesrepublik auf. Er sammelte dabei alle möglichen Ehrungen und Preise ein und erzielte ein Millionenvermögen. Schon 1962 brandmarkte ihn die *Bild* als „Vaterlandsverräter", weil er zuvor in einer Zeitungsanzeige verraten hatte, das der „Halstuchmörder" in einem populären Fernsehkrimi der Schauspieler Dieter Brosche war.

■ Ab Dezember 1963 führte Neuss auf der Bühne am Lützowplatz das politisch-satirische Soloprogramm „Das Jüngste Gerücht" auf. Bonmots daraus waren unter anderem die auch heute noch bedenkenswerten Ansagen „Lieber mal Kommunist in früh'ren Tagen, als heute noch das Ritterkreuz am Halse tragen!" sowie „Wenn man nicht haargenau wie die CDU denkt, fliegt man glatt aus der SPD raus!". Das sollte dann im Laufe des Jahres 1966 dem bekennenden SPD-Mitglied Wolfgang Neuss selbst passieren und im



Plattencover „Neuss vom Tage"

Protest gegen den Vietnamkrieg, die Notstandsgesetzte und die *Bild* schloss er sich in Wort, Bühnen- und Straßenpraxis der Außerparlamentarischen Opposition (APO) in Westberlin an.

Mit dem Instrument der Pauke, die ihm dazu diente, lautstark auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam zu machen, trat er in den Räumlichkeiten des Republikanischen Clubs auf. In einem satirischen Rückblick aus dem Jahre 1988 vermerkte Neuss über diese Zeit: „Und politisieren hieß: Praxis und Theorie vereinbaren, das Leben verändern – ‚Neuss Testament' war das Unterhaltungsprogramm für Revolutionäre. Es war Krieg, weil man wieder wagte, das Leben einzusetzen – ein angenehmer Krieg, man diskutierte, plante Aktionen, und wenn auch letztlich vieles verlepperte durch Schlamperei und Faulheit, soll man trotzdem jetzt nicht von den Fehlern der APO sprechen."

Wenigstens ein „Fehler" der APO wurde aber dann doch von Neuss zeitgenössisch beklagt. In einem zu den 1. Mai-Feierlichkeiten des Jahres 1969 „an alle Linken in Westberlin" verschickten offenen Brief beklagte er die politische Trennung zwischen dem antiautoritär motivierten Sozialistischen Studentenbund (SDS) und der moskau-orientierten Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW). Dabei hatte Neuss seinen Brief nach Rücksprache mit den von ihm als „Genossen" bezeichneten SDS-Aktivisten Christan Semler und Bernd Rabehl sowie den beiden Parteivorstandsmitgliedern der SEW Bruno Kuster und Gerhard Danelius verfasst. Gespickt mit zeittypischen Schlagworten wie „Opportunismus, Revisionismus und Klassenstandpunkt" sah Neuss erstens sehr hellsichtig: „Arbeiter stehen früher auf, Studenten schlafen länger", um zweitens unmissverständlich festzustellen: „Geteilter Mai ist halber Kampf!" Ihm wollte die organisatorische Trennung der beiden politischen Lager der Westberliner APO einfach nicht einleuchten. Um zu begründen, warum er trotzdem an beiden Maikundgebungen der APO teilnehmen wollte, behauptete er dagegen einen „lupenreinen Klassenstandpunkt, der eines nicht fertig bringt: Genossen im Stich lassen".

Die von Neuss mit seinem Flugblatt in das Leben der radikalen Westberliner Linken des Jahres 1969 eingeführte „Adhoc Gruppe Rote Hilfe" hat es damals wahrscheinlich so nicht gegeben. Allerdings war eine Rote Hilfe in den Spalten der Zeitschrift *Agit 883* das erste Mal am 20. März 1969 erwähnt worden. Unter Hinweis auf die Unterstützung von Verletzten auf Demonstrationen wurde als Emblem ein dem Roten Kreuz nachempfundenes Zeichen eingeführt und zu Blutspendenaktionen aufgerufen. Beim Verfassen seines offenen Briefes könnte Neuss an die Zermürbungstaktik der Westberliner Justiz gegen die APO gedacht haben. Sie wurde in einer vom Zentralen Ermittlungsausschuss der Technischen Universität im April 1969 herausgegebenen Broschüre damit beschrieben, „mit einer Schwemme

kleiner Prozesse die Linken zu vereinzeln, die ‚Rädelsführer' zu Freiheitsstrafen zu verurteilen, die ‚Mitläufer' zum Teil freizusprechen, wie dadurch die Bewegung einzudämmen".

Mitte Mai 1969 wurde bekannt, dass in der Stadt in der Zeit vom 1. Januar 1968 bis zum 31. März 1969 von Polizei und Staatsanwaltschaft insgesamt 1878 Verfahren gegen Aktivisten der APO eingeleitet worden waren. Noch im April 1969 veröffentlichte der Wagenbach-Verlag eine Erklärung des Trägers des Fontane-Preises Wolf Biermann in der dieser bekannt gab, dass er sein Preisgeld an die Rechtshilfe der APO „übergeben wird. Das Geld soll für Kosten verwendet werden, die durch die Verteidigung und Rechtsvertretung von Mitgliedern der APO entstehen, die wegen ihres politischen Verhaltens gerichtlich oder polizeilich verfolgt werden."

An den beiden Mai-Kundgebungen der APO 1969 nahmen mit hochgerechnet 12-14.000 Leuten weniger als die Hälfte der Leute teil wie ein Jahr zuvor. Dazwischen lagen immerhin der Einmarsch der Sowjettruppen in der CSSR und die Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik. Seitens des Berliner Sozialistischen Maikomitees, in dem sich wesentlich die Basisgruppen der APO versammelten, war der SEW noch eine gemeinsame Vorbereitungsveranstaltung unter der Themenstellung „Zur Dialektik von Reform und Revolution im revolutionären Prozess" vorgeschlagen worden, zu der es jedoch nicht kam. Aus der Sicht des APO-Aktivisten J. Schröder hat die SEW „entschlossen jede Debatte über ihre Grundposition im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft" vermeiden wollen.

Neuss hat jedenfalls mit seiner erklärten Bereitschaft, „Genossen nicht im Stich" zu lassen, durch seine Beteiligung an beiden Maikundgebungen der APO dafür gesorgt, dass die TeilnehmerInnenzahl im Vergleich zum Vorjahr nicht noch weiter abgefallen war. Der aus dem Stegreif entworfene Begriff der „Roten Hilfe" schien ihm dafür geeignet zu sein, das mit einem guten Gespür für den Augenblickzum Ausdruck zu bringen. Und ein Kabarettist, der auf sich hält und wirklich einer war wie Neuss, muss immer mit seinen Einfällen erst mal improvisieren und auf „eigenen Reifen" fahren, wie man umgangssprachlich so sagt. Noch nicht einmal ein knappes Jahr später sollte sich auch daraus die erste Form einer organisierten Roten Hilfe in der Stadt entwickeln.



Wolfgang Neuss mit seiner Pauke

Was sagt uns diese Episode heute? Dazu noch einmal ein kurzer Rückgriff: Ende des Jahres 1964 vertrieb der Kabarettist die Zeitung *Neues Deutschland* unter der Parole „Komiker aller Länder, vereinigt euch!". Hier sprach er unumwunden und klar aus, warum „ich mich auf die Wiedervereinigung freue. Weil wir dann eine Macht sind. Eine Million Soldaten. Noch mal so viele Polizisten. Jeder Deutsche ein Auto. Hunderttausende von Gefängnissen. Ein unübersehbares Heer von Finanzbeamten." Und so weiter. Natürlich ist von heute aus betrachtet nicht alles eingetreten, worauf Wolfgang Neuss sich schon angefangen hatte zu freuen.

Und doch ist es unbestreitbar, dass die Bundesrepublik heute „eine Macht" mit ziemlich vielen Polizisten ist. Mit denen man es allerdings zu tun bekommt, wenn man auf der Straße nicht damit einverstanden ist, das die BRD „eine Macht" ist, die sie aktuell in Europa durch „Finanzbeamte" ausüben lässt – die Bevölkerung in Griechenland weiß sehr gut, wovon wir hier sprechen. Damals wie heute hat uns der lautstarke Mann mit der Pauke den wegweisenden „lupenreinen Klassenstandpunkt" mit auf den Weg gegeben, dabei eines dann nicht fertig zu bringen, wenn es Probleme mit der Staatsgewalt gibt: „Genossen im Stich lassen." ❖

Brief aus dem Knast

Hallo Leute der Roten Hilfe!

Mein Name ist Konstantinow Walentin und ich befinde mich in der JVA Amberg (Bayern) wegen versuchten Totschlags und wurde zu sechs Jahren und neun Monaten verurteilt, von denen ich schon über sechs Jahre hinter mir habe. Seit meiner Inhaftierung bis heute bekam ich keine Möglichkeit für eine Resozialisierung, keine Lockerungen oder dergleichen. Erwähnenswert ist, dass ich noch nie vorher inhaftiert war.

Auch bin ich gesundheitlich sehr angeschlagen, so dass ich eine schwere OP hinter mir habe und die Bauchspeicheldrüse entfernt wurde. Regelmäßige Schmerzen begleiten mich, doch ich erhalte seit März 2013 keinerlei Schmerzmittel.

Jegliche Hilfe wird mir verwehrt und um den Standpunkt der Anstalt aufrecht zu erhalten, schiebt man Alkoholgefahr vor und ich wurde als aggressiv eingestuft. Hier in Bayern und besonders in der JVA Amberg schlagen die Uhren leider ganz anders. Disziplinarisch kamen nur ein paar Bagatellen vor, die das auch nicht rechtfertigen würden. Es existiert auch ein Gutachten, woraus ganz klar hervor geht, dass eine Wiedereingliederung und insbesondere Lockerungen notwendig sind. Aber auch dies wird ignoriert.

Da ich mich also fast 23 Stunden in meinem Haftraum befinde und keine Aussichten auf eine Resozialisierung habe, möchte ich Euch bitten, meine Zeilen zu veröffentlichen um so zu zeigen, was hier in Amberg los ist. Gerne bin ich bereit, über weitere Vorfälle zu berichten

Solidarische und anarchistische Grüße:

K. Walentin

► **Schreibt dem Genossen:**
Konstantinow Walentin
Werner-von-Siemens-Str. 2
92224 Amberg

Anzeige



Solidarität mit den Ford-KollegInnen!

Polizeikessel und Anklagen gegen protestierende AutobauerInnen

Solikreis „7. November“

„Wir wollten unsere Kölner Kollegen warnen. Jeden Tag kann es passieren, dass die da oben weitere Stellenstreichungen und ganze Werksschließungen verabschieden.“ (Ein Genker Kollege im *Express* vom 8. November 2012)

■ Am 7. November 2012 hatten 250 Beschäftigte und GewerkschafterInnen aus dem belgischen Genk vor der Ford-Europazentrale in Köln gegen die geplante Schließung ihres Werks protestiert. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Köln Ermittlungsverfahren gegen 15 belgische Ford-Arbeiter und einen solidarischen Kollegen aus Köln eingeleitet. Der Vorwurf lautet auf „Rädelsführerschaft“ in einem „besonders schweren Fall von Landfriedensbruch“. Die Strafandrohung darauf lautet auf Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren.

Zwei Wochen zuvor, am 24. Oktober, hatte der US-Autobauer Ford angekündigt, den Produktionsstandort Genk mit 4300 Beschäftigten bis Ende 2014 zu schließen. Rechnet man alle Arbeitsplätze zusammen, die vom Genker Werk abhängen, kommt man auf etwa 10.000. Die Werksschließung bedeutet also das wirtschaftliche Ausbluten einer ganzen Region in Belgien. KollegInnen aus Köln ergriffen daraufhin die Initiative und fuhren zu einem Solidaritätsbesuch nach Genk.

Kurz darauf, am 7. November, brachen etwa 250 Genker AutobauerInnen in fünf Bussen nach Köln auf, um während der Sitzung des Europa-Betriebsrats zu demonstrieren. Sie betraten das Werksgelände, gingen zu Gebäude A und forderten dort den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Hinkelmann zu einem Gespräch auf. Statt die BesucherInnen mit offenen Armen zu empfangen und zu unterstützen, versuchte dieser die Kollegen mit Verweis auf die von ihnen in Genk geplante Demonstration am folgenden Sonntag zu beschwichtigen. Viele der Zuhörer beantworteten Hinkelmanns Rede mit Buh- und Zwischenrufen.

Was dann folgte, verschlug vielen die Sprache: Als die Genker KollegInnen das Werksgelände nach einer kurzen Besetzungsaktion verließen, wurden sie von einem massiven Polizeiaufgebot aus mehreren Hundertschaften angegriffen und eingekesselt. 120 Streifenwagen und ein Hubschrauber wurden gegen die protestierenden ArbeiterInnen eingesetzt.



SAV Köln

Protest am 7. November 2012 in Köln

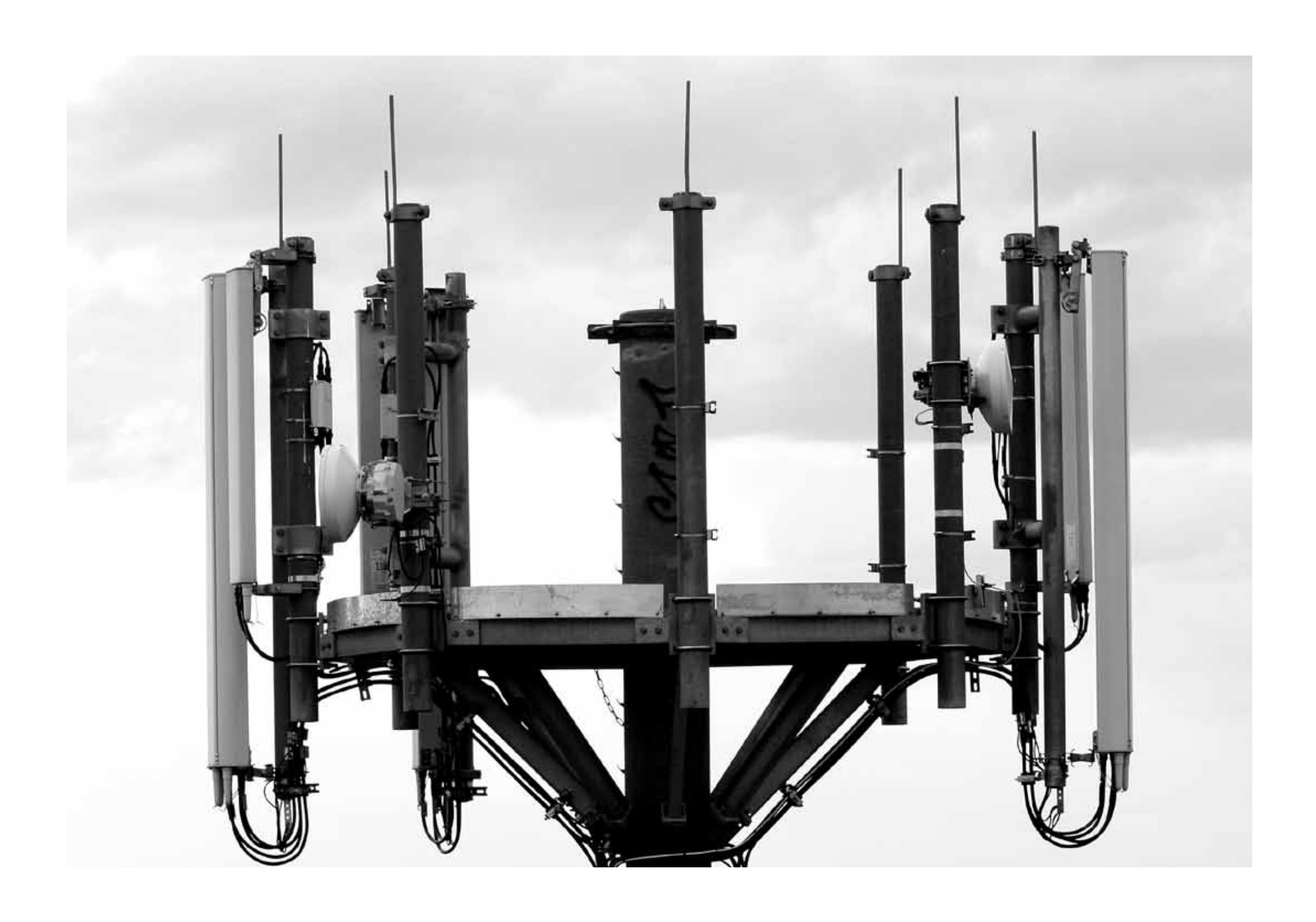
Offensichtlich zum Zwecke einer späteren Strafverfolgung fertigte die Polizei jedeN einzelneN im Polizeikessel festgehalteneN ArbeiterIn mit Personalienkontrollen, Fotografien, Taschen- und Körperkontrollen ab. Zeitgleich zum Polizeiangriff wurden Kölner KollegInnen, die sich solidarisieren wollten, daran gehindert, indem die Werkshallen geschlossen und sie darin eingesperrt wurden. Wie in der Zwischenzeit bekannt wurde, liegen diesem Agieren Notfallpläne gegen Arbeiterunruhen zugrunde, die ein abgestimmtes Handeln von Werkschutz, Polizei, Geschäftsleitung, Betriebsrat und Medien im Fall von Protesten vorsehen. Diese Pläne gehen bis auf den Streik von 1973 zurück.

Durch die jetzt erfolgten Ermittlungsverfahren wird jeder, der gegen die Vernichtung seines Arbeitsplatzes kämpft, mit strafrechtlicher Verfolgung bedroht (denken wir nur an Nokia Bochum, Schlecker, TSTG Duisburg, Opel Bochum, Siemens, Outokumpu und viele mehr). Die Kriminalisierung der Aktion der Genker KollegInnen und ihrer UnterstützerInnen ist daher ein Angriff auf jedeN, der/die in Deutschland (oder außerhalb!) einer Lohnarbeit nachgeht. Neben dem drohenden hohen Strafmaß könnte Ford mögliche Verurteilungen außerdem zum Anlass nehmen, um die Beschäftigten zu kündigen.

Deshalb haben KollegInnen und UnterstützerInnen einen Solidaritätskreis ins Leben gerufen, um die Betroffenen zu unterstützen. Die Antwort auf die Repression muss aus Sicht des Kreises klar und deutlich lauten: „Das wahre Verbrechen besteht darin, Fabriken und Firmen zu schließen, tausende Menschen auf die Straße zu setzen und ihnen ihre Existenz zu rauben. Der Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung ist voll und ganz gerechtfertigt. Wir lassen uns nicht vorschreiben, wie wir für unsere Arbeitsplätze zu kämpfen haben. Deshalb fordern wir die sofortige Einstellung aller Verfahren!“ ❖

► Solidaritätsadressen sind herzlich willkommen und können geschickt werden an solikreis0711@gmail.com

► Weitere Informationen unter: http://solikreis07nov.wordpress.com



Hamburger Verhältnisse

Mehr „Stille SMS“, mehr Ausforschung von „Telekommunikations-Verkehrsdaten“, mehr Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten

Matthias Monroy

Die Hamburger Linksfraktion hat drei Anfragen zu digitalen Überwachungsmaßnahmen gestellt (Stille SMS und Peilsender, Telekommunikationsüberwachung, Institutionalisierte Zusammenarbeit von polizeilichen und geheimdienstlichen Behörden). Heraus kam beispielsweise, wie oft Geheimdienste Peilsender in Fahrzeuge einbauen um diese zu orten. Details für die Polizei bleiben aber geheim, unter anderem weil man sich das lästige Führen von Statistiken erspart.

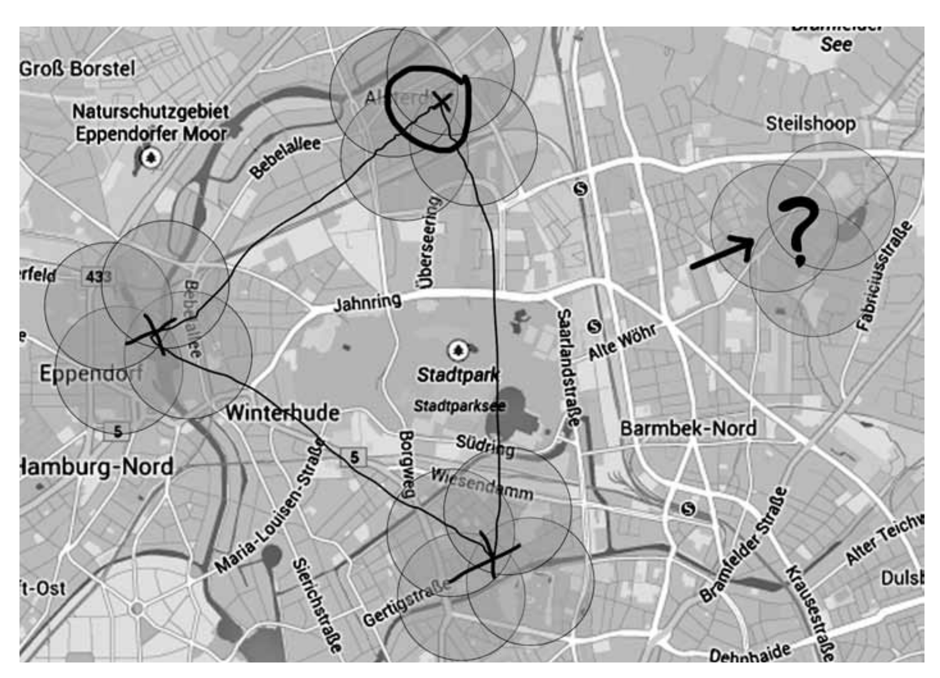
■ So erfahren wir nicht, welche und wie viele Sendegeräte in Hamburg existieren: „Der Einsatz dieser technischen Mittel kann für Polizei, Steuerverwaltung und LfV (Landesamt für Verfassungsschutz, *die Redaktion*) bestätigt werden. Darüber hinausgehende Angaben im Sinne der Fragestellung zur Polizei könnten Rückschlüsse zulassen, die den Erfolg strafprozessualer oder gefahrenabwehrender verdeckter Maßnahmen gefährden würden. Aus diesem Grund wird von weiteren Angaben abgesehen.“

Für das Landesamt für Verfassungsschutz wird mitgeteilt, dass durch „Einsätze von technischen Mitteln zur Positionsbestimmung“ bislang sieben Personen betroffen waren. Als Rechtsgrundlage verweist die Hamburger Innenbehörde auf die Abhörparagrafen 100a, 100g, 100h und 100i der Strafprozessordnung sowie das Hamburger Verfassungsschutzgesetz. Auch die Steuer-

verwaltung setzt Peilsender ein, um „Fälle schwerer Steuerhinterziehung" aufzuspüren. Mindestens drei Einsätze werden laut der Antwort verzeichnet.

Neue Angaben gibt es auch zum Versand von „Stillen SMS". Die Polizei Hamburgs hat demnach im Jahr 2012 insgesamt 137.522 „Ortungsimpulse" versendet. Ein leichter Anstieg ist erkennbar, denn im ersten Halbjahr 2013 wurden schon 77.021 Telefone heimlich angepingt. Immer noch wird hierfür eine Software des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste in Nordrhein-Westfalen genutzt. Es kann sich aber um ein kommerzielles Programm handeln, denn der polizeiliche Technik-Dienstleister würde dies laut der Antwort „verwalten".

Für die Polizei werden keine Details zu den betroffenen MobilfunkteilnehmerInnen gemacht. Anders beim Verfassungsschutz, dessen Zahlen stutzig machen: 2012 wurden 52 „Stille SMS" an 14 Betroffene geschickt. Ihre Zahl ist bis Ende August 2013 rasant gestiegen. Jedoch gingen die 263 verschickten „Ortungsimpulse" angeblich nur an drei Verdächtige. Wie viele Straftaten auf diese Weise ermittelt oder gar verhindert worden seien, vermag der Senat nicht zu beantworten: Die benötigten Daten würden „weder bei der Polizei noch bei der Staatsanwaltschaft gesondert statistisch erfasst".



Zehnmal so viel abgehört wie im Vorjahr

Auffällig unterschiedliche Zahlen verzeichnen auch die unterschiedlichen Zählweisen zu „Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung". So sind laut der Staatsanwaltschaft in 2012 lediglich 208 Anordnungen zum Abhören ergangen. Die Polizei verzeichnet jedoch für den gleichen Zeitraum ganze 2169 Maßnahmen. Der Senat hat hierfür eine einfache Erklärung: „Die unterschiedlichen Zahlen der Polizei und der Staatsanwaltschaft hinsichtlich der Anzahl der Maßnahmen nach § 100a Strafprozessordnung ergeben sich nicht nur aus den unterschiedlichen Erfassungssystemen, sondern auch mit Rücksicht auf die erfassten Sachverhalte. In den gezählten Verfahren der Staatsanwaltschaft Hamburg können auch Telekommunikationsüberwachungen anderer Behörden als der Polizei Hamburg enthalten sein (zum Beispiel Zollfahndung und Bundeskriminalamt). In der Statistik der Polizei Hamburg können auch solche Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen enthalten sein, die im Rahmen von Verfahren für auswärtige Staatsanwaltschaften durchgeführt worden sind."

Zu den „Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung" gehört auch die Funkzellenabfrage durch Polizei und Verfassungsschutz. Weil hierzu aber keine Statistiken geführt werden, wird dies allgemein unter der Erfassung von „Telekommunikations-Verkehrsdaten" subsumiert. Auch hier ist allerdings ein rasanter Anstieg erkennbar: Wurden 2010 noch in 474 Verfahren entsprechende Daten erhoben, stieg die Zahl 2011 auf 637. Im Jahr 2012 wurden in 852 Verfahren „Telekommunikations-Verkehrsdaten" gesammelt.

Der Inlandsgeheimdienst legt sich überdies eine eigene Vorratsdatenspeicherung aus dem Internet an. Laut der Antwort durchsucht der Hamburger Verfassungsschutz das Internet „regelmäßig nach Suchbegriffen, die sich auf Organisationen, Personen und Aktivitäten aus dem Bereich politischer Extremismus beziehen". Darüber hinaus würde auch „gezielt die Entwicklung von Accounts erkannter Extremisten in den sozialen Netzwerken (z.B. Facebook) verfolgt". Dort erlangte Fotos von Betroffenen können mit Software zur computergestützten Bildersuche weiterverwendet werden. Das LfV setzt ein „Software-Produkt für Zwecke der Bildverbesserung" ein, dessen Eignung auch für Bildvergleiche getestet wurde. Letzteres sei aber ergebnislos gewesen.

Regelmäßige Kooperation der Hamburger Polizei mit den Geheimdiensten

Ganz anders bei der Abteilung Kriminaltechnik des Landeskriminalamtes (LKA): Dort wird die Software „X-Ways Forensics" der Firma X-Ways Software Technology AG eingesetzt. Damit kann nach Grafikformaten gefiltert und mit anderen Bildern abgeglichen werden. Seit 2012 nutzt das LKA überdies die Software „EarsWeb" der Gesellschaft zur Förderung angewandter Informatik e.V. Bei Wohnungseinbrüchen aufgespürte Ohrabdruckspuren könnten damit verglichen werden.

Interessant übrigens auch, wie sich die Kooperationen von Bundes- und Landesbehörden für ein Bundesland wie Hamburg gestalten. Alle Geheimdienste und Polizeien sind an zahlreichen Arbeitsgruppen der sogenannten „Gemeinsamen Zentren" auf Bundesebene beteiligt, darunter dem „Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum" (GTAZ) oder dem „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum" (GETZ).

Der Senat teilt nun mit, dass auch in Hamburg eine „regelmäßige Kooperation" von Polizei und Diensten existiert. Das hierzu eingerichtete Gremium ist eine monatlich tagende „Koordinierungsrunde". Dort treffen sich das Landes- und Bundesamt für Verfassungsschutz, das Landeskriminalamt, die Bundespolizei und die Staatsanwaltschaft Hamburg. Mit dabei sind auch stets der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst. ❖

► Die drei Anfragen der Linksfraktion und die Antworten des Hamburger Senats sowie weitere Informationen gibt es auf www.grundrechte-kampagne.de.

Problem erkannt, Lösung unzureichend

Der Bericht zur Sicherheitsgesetzgebung in der BRD

Redaktionskollektiv der RHZ

Ende August legte eine handverlesene Regierungskommission ihren Bericht zur Sicherheitsgesetzgebung in der BRD vor. Nicht dem Parlament, sondern der Justizministerin und dem Innenminister. Wesentlicher Auftrag der Kommission war es nach eigenen Worten, „die Entwicklung der Gesetzgebung zur Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland kritisch (zu) untersuchen und hieraus Schlussfolgerungen für die Gesetze zum Vorgehen gegen Terrorismus im weiteren Sinne und für die künftige Ausgestaltung der Sicherheitsarchitektur in Deutschland (zu) ziehen.“ Das ist auch bitter nötig.

■ Weil sich der Bericht aber nicht vollständig so liest, wie es sich Innenminister Friedrich vorgestellt hatte, verkündete er: „Das Ringen um die Positionen ‚Freiheit und Sicherheit‘, das typischerweise die Gesetzgebungsarbeit, aber auch die öffentliche Debatte prägt, hat auch in dieser Kommission seinen Ausdruck gefunden.“ So kann man es auch sehen. Klar ist: Die Kommission hat manchen Kritikpunkt an der wuchernden bundesdeutschen Überwachungs- und Sicherheitsarchitektur formuliert. Aber um bei Minister Friedrichs Sprachgebrauch zu bleiben: Die „Sicherheit“ hat sich in diesem Ringen gegenüber der „Freiheit“ klar durchgesetzt.

„Die Kritik von Kommissionsmitgliedern an der Einschränkung der Privatsphäre, an der immer engeren Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten, an fehlenden Rechtsgrundlagen und unverhältnismäßigen Kompetenzen der Sicherheitsbehörden ist vollauf berechtigt – und doch unzureichend“, kommentierte entsprechend Ulla Jelpke, die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. „Die Kommission benennt die richtigen Probleme, schreckt aber vor konsequenten Lösungen zurück.“ Lediglich stärkere Kontrollen der diversen Sicherheitsbehörden und präzisere Regelungen ihrer Befugnisse empfiehlt der Bericht.

Andererseits war die Benennung der drastischen Konsequenzen, die selbst die eingestandenen Probleme eigentlich zwangsläufig erfordern, von dieser durch die Bundesregierung besetzten Kommission auch nicht zu erwarten. Das sechsköpfige Team, in dem unter anderem der FDP-Politiker Burkhard Hirsch und die Generalbundesanwältin Monika Harms saßen, dürfte grundlegender Systemkritik unverdächtig sein. Und selbst wenn sie gewollt hätte: Die Kommission hatte gar keine Zeit für allzu Tiefschürfendes, lediglich sechs Monate lagen zwischen dem ersten Treffen und der Vorlage des gedruckten Berichts. So konnte sie auch keine empirische Bestandsaufnahme vorlegen, sondern diskutierte die Rechtslage eher theoretisch. Man habe daher „nur einen Teil der Sicherheitsgesetze beraten und behandeln können“, erklärte bedauernd FDP-Mann Hirsch. Dabei war ja genau das das Problem, das selbst die Bundesregierung erkannte und die Kommission einsetzen ließ: der schwer durchschaubare Wildwuchs der diversen sogenannten Sicherheits- und Terrorismusbekämpfungsgesetze.



politikdigital (CC BY-SA 2.0)
Innenminister Friedrich

Empfehlung: Der Weg in den Überwachungsstaat sollte strikter geregelt werden

Schwerpunkte des 308 Seiten starken Berichts sind entsprechend nachrichtendienstliche Befugnisse, die Abgrenzung polizeilichen und nachrichtendienstlichen Handelns sowie die neueren Tatbestände im Strafgesetzbuch. Außerdem wurden Formen der überbehördlichen Zusammenarbeit wie das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum, die gemeinsamen Dateien oder die Rolle des Generalbundesanwaltes betrachtet.

Manche Erkenntnis sollte gar nicht erst bekannt werden: Einem Bericht von *Spiegel Online* zufolge hat das Verteidigungsministerium versucht, Kritik am Militärischen Abschirmdienst (MAD) zu verhindern und verlangt, ein entsprechendes Kapitel nicht aufzunehmen. Die Kommission lehnte jedoch ab und

stellte sogar die Existenzberechtigung des Militärgeheimdienstes in Frage. Die damalige Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger überlegte daraufhin öffentlich, die Aufgaben des MAD auf Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst zu verteilen. Die Absage von Innenminister Friedrich kam sofort, die Bundeswehr brauche diese „spezielle Form des Schutzes“.

Einzelne Kommissionsmitglieder schlugen vor, auch das Bundeskriminalamt (BKA) in die Geheimdienstkontrolle des Bundestags einzubeziehen – aber nicht etwa „weil“, sondern nur „soweit“ das BKA wie ein Geheimdienst agiert. Immerhin konstatiert der Bericht, dass die Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes von einer zunehmenden „Übernahme geheimdienstlicher Aufgaben und Praktiken“ ohne Kontrolle durch die Parlamente geprägt sei. Die Justizministerin lobte den Vorschlag als „guten Ansatz mit kluger Begründung“, der Innenminister wies ihn zurück. Das tat auch der Linken-Innenpolitiker Jan Korte, wenn auch aus anderen Gründen. Die Kritik der Kommission an der schleichenden Aufhebung des im Grundgesetz festgeschriebenen Trennungsgebots sei richtig. Aber: „Wenn man feststellt, dass das BKA in Teilen wie ein Geheimdienst agiert, dann muss man dies doch als Gefahr für den Rechtsstaat erkennen und es stoppen.“ Ein bisschen mehr Kontrolle löse das Problem nicht.

Einigkeit herrschte nach der Vorlage des Berichts zwischen Innen- und Justizministerium immerhin in der Annahme der Forderung nach stärkeren richterlichen Kontrollen des BKA. Die „Antiterrorermittlungen“, die bisher lediglich vom Amtsgericht Wiesbaden kontrolliert werden, sollen in Zukunft vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs abgesegnet werden. So zumindest der Vorschlag. Und der Generalbundesanwalt soll gestärkt werden: BKA und Länder-Staatsanwälte sollten ihn über Ermittlungen zur „Terrorismusbekämpfung“ früher informieren, damit er frühzeitiger entscheiden könne, ob er die Ermittlungen übernimmt.

> „Etwas anderes war von einer Regierungskommission auch nicht zu erwarten“
>
> **ULLA JELPKE**

Mehrheitlich empfehlen die Kommissionsmitglieder ein Gesetz, das die Grenzen der Zusammenarbeit des Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums (GTAZ) definiert. Der Innenminister hält ein eigenes GTAZ-Gesetz dagegen für überflüssig. Es gebe „keine neue Rechtsqualität, keine neue Behörde“, deshalb sei keine Rechtsgrundlage nötig. Denn „jede Behörde im Zentrum hat für ihre Datenerfassung und die Datenübermittlung eine gesetzliche Grundlage. Im GTAZ werden nur die bestehenden Gesetze vollzogen.“ Tatsächlich arbeiten dort rund 40 Polizeien und Geheimdienste von Bund und Ländern zusammen und tauschen Informationen aus – eine Kooperation, die unter anderem durch die Potsdamer Verträge in dieser Form verboten ist. Die Kommissionsmehrheit immerhin findet das „verfassungsrechtlich nicht unproblematisch“. Empfohlen wird jedoch nur, die Zusammenarbeit auf schwerste Terrorgefahren zu beschränken und die behördenübergreifende Kontrolle durch die Parlamente zu verbessern – wie effektiv eine solche Kontrolle funktioniert, zeigt nicht erst die sogenannte Aufklärung des als NSU bekannt gewordenen Projekts.

Ein Reförmchen hier, ein neues Gesetzesartikelchen da

Insgesamt, so erklärte Kommissionsmitglied Hirsch bei und nach der Vorstellung des Berichts, sei die Vielzahl der Sicherheitsgesetze in Bund und Ländern, die seit den siebziger Jahren eingeführt oder verändert worden seien, mittlerweile nahezu unübersehbar. Die Gesetze, monierte er, seien „weder sorgfältig aufeinander abgestimmt noch systematisch rechtlich und empirisch evaluiert worden“. Hirsch regte an, unmittelbar zu Beginn der kommenden Legislaturperiode die Arbeit auf der Grundlage des jetzigen Berichts fortzusetzen. Angesichts der von ihm formulierten These, dass die rechtsstaatliche Entwicklung von der vielfältigen Verfassungsrechtsprechung abhängig gewesen sei, „ohne die sich die Bundesrepublik in einen Überwachungsstaat verwandelt hätte“, mag man dem zustimmen. Andererseits: Warum sollte man gerade der Regierung als Gremium, das für diesen zumindest ansatzweisen Überwachungsstaat mit verantwortlich ist, zutrauen diese Entwicklung ernsthaft zu beenden?

„Nötig gewesen wäre eine klare Absage an die freiheitsfeindliche Tendenz der sogenannten Sicherheitspolitik, die seit 2001 von allen Bundesregierungen eingeschlagen wurde“, fasst entsprechend Ulla Jelpke die Kritik an dem Bericht zusammen. „Doch die Kommission beschränkt sich auf die Forderung nach ein paar Reförmchen hier und ein paar neuen Gesetzesartikelchen da. Etwas anderes war von einer Regierungskommission freilich auch nicht zu erwarten.“ ❖

Anzeige



AZADÎ

Informationen des Rechtshilfefonds
für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

Der Rechtshilfefonds AZADÎ unterstützt Kurdinnen und Kurden, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung mit Strafverfolgung bedroht werden.

AZADÎ e. V. | Hansaring 82, 50670 Köln | mail: azadi@t-online.de

www.nadir.org/azadi/ | V.i.S.d.P. Monika Morres (Anschrift wie AZADÎ e. V.)

Spendenkonto GLS Gemeinschaftsbank e.G. | BLZ 430 60 967 | Konto 80 35 78 26 00

20 Jahre PKK-Verbot in Deutschland

Deutschland bleibt Verfolgungsland Nr. 1 in Europa

Das Jahr 2013 begann, wie das vergangene endete: mit Repression gegen Kurdinnen und Kurden. Am 13. Februar verurteilte das Oberlandesgericht Hamburg den kurdischen Politiker Ali Ihsan Kitay (48) zu einer Haftstrafe von zweieinhalb Jahren. Am 5. Juni wurde das Hauptverfahren gegen Abdullah S. vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf eröffnet. Am 11. Juni hat das Kammergericht Berlin Vezir T. (43) zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe verurteilt und am 12. Juli verhängte das Oberlandesgericht Stuttgart



gegen die beiden Aktivisten Ridvan Ö. (31) und Mehmet A. (30) jeweils eine Haftstrafe von dreieinhalb Jahren. Voraussichtlich am 14. August wird das Hauptverfahren gegen Metin A. (35) vor dem Oberlandesgericht Stuttgart eröffnet.

Allen gemeinsam ist, dass sie – im 20. Jahr des PKK-Verbots – wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland nach §129b in Verbindung mit §129a StGB verurteilt beziehungsweise angeklagt werden. Die VertreterInnen der Bundesanwaltschaft selbst bezeichneten den Prozess gegen Ali Ihsan Kitay als „Pilotverfahren“, weil er der erste nach dieser Vorschrift war, die im Jahre 2002 infolge der Anschläge vom 11. September 2001 eingeführt worden ist.

Der Bundesgerichtshof hatte am 28. Oktober 2010 entschieden, künftig den §129b auch gegen die PKK und ihre Nachfolgeorganisationen anzuwenden, weil eine „ungleiche Bewertung der Organisationen als ausländische Vereinigungen“ nicht zu rechtfertigen sei. Damit waren die Verfahren gegen Angehörige der tamilischen LTTE und insbesondere der türkischen linken Organisation DHKP-C gemeint, die zum Teil mit hohen Freiheitsstrafen endeten. Der BGH hat also acht Jahre nach Einführung des §129b festgestellt, dass die kurdische Bewegung fortan die „Voraussetzungen einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung im Ausland“ erfülle, bei der der „maßgebende Vereinigungswille außerhalb der Bundesrepublik Deutschland gebildet“ werde, und der „Funktionärskörper“ der PKK als „unselbstständiger Teil der Auslandsorganisation“ einzustufen sei.

Eskalation der Strafverfolgung

Mit dieser folgenreichen Entscheidung hat der BGH dazu beigetragen, das destruktive Vorgehen des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung zu stärken. Hierbei konnte sie sich der vollen Rückendeckung der Politik gewiss sein, denn um Personen nach §129b strafverfolgen zu können, ist eine Ermächtigung allein durch das Bundesjustizministerium erforderlich. Dieses kann frei festlegen, ob eine Vereinigung als legitime Befreiungsbewegung oder als terroristische Organisation einzustufen ist – eine ausschließlich an innen- und außenpolitischen Interessen orientierte Entscheidung. Nach Auffassung der VerteidigerInnen in allen Prozessen trägt dies das „Merkmal der Willkürlichkeit“ und bedeutet eine „Politisierung der Justiz“, zumal die Entscheidungen des Ministeriums weder anfechtbar noch richterlich über-

prüfbar sind. Hiermit sei die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative aufgehoben worden. Der §129b sei auch deshalb als grundgesetzwidrig zu bezeichnen, das Bundesverfassungsgericht müsse hierüber entscheiden.

Der Vorsitzende Richter im Stuttgarter Prozess hatte sich auch zu den Kosten des Verfahrens geäußert, die er mit rund 400 000 Euro bezifferte. Wir wissen nicht, was in dieser Summe im Einzelnen enthalten ist. Vermutlich aber wurden in dieser Rechnung die Gehälter der RichterInnen, der Bundesanwälte, der DolmetscherInnen, Justizangestellten, Polizei- und BKA-Beamten nicht mit berücksichtigt. Und dennoch lässt dieser Betrag erahnen, welch immensen Kosten sämtliche Verfahren (inklusive des Düsseldorfer Prozesses von 1989 bis 1994 mit ursprünglich über 20 Angeklagten) gegen kurdische AktivistInnen nach §§129, a und b verursacht haben – Steuergelder immerhin.

Zahlreiche Aktenordner in unserem Büro sind gefüllt mit Dossiers über dutzende von Verfahren gegen Kurdinnen und Kurden, die sich wegen ihrer politischen Aktivitäten vor Gericht wiederfanden. Waren es bis Mitte der 1990er Jahre noch überwiegend Prozesse nach §129a StGB (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung), änderte sich dies 1998, nachdem der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan zuvor einen Gewaltverzicht in Deutschland erklärt hatte. Fortan wurde die PKK „nur“ noch als „kriminelle“ Vereinigung (§129 StGB) eingestuft. Was nach Entspannung klang, war in Wirklichkeit das Gegenteil. Die Zahl der Verfahren stieg an, besonders drastisch nach der von diversen Geheimdiensten organisierten Verschleppung von Abdullah Öcalan aus Kenia in die Türkei im Februar 1999 und den weltweit durchgeführten Protestaktionen. So auch in Deutschland. In der Folgezeit befanden sich hier weit über 100 Kurdinnen und Kurden in Haft, viele von ihnen wurden zu Bewährungs-, Freiheits- oder hohen Geldstrafen verurteilt oder gar ausgewiesen.



Das ganze Ausmaß bundesdeutscher Repressionspolitik

Die „normale“ und flächendeckende Repressionspraxis der vergangenen zwei Jahrzehnte jedoch war geprägt von massenhaften Verfahren wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz (unter anderem Parolenrufen, Zeigen verbotener Fahnen, Spenden sammeln, verbotene Zeitschriften verteilen, unwürdige Auseinandersetzungen wegen des Zeigens von Öcalan-Bildern auf Transparenten etc.). Kurdinnen und Kurden, die ihre Heimat wegen politischer Verfolgung und Folter verlassen mussten und in die BRD flohen, sahen sich auch hier als „kriminell“ oder „terroristisch“ stigmatisiert. Bis heute werden ihnen elementare Grundrechte wie Versammlungs- und Organisierungsfreiheit sowie Meinungs- und Pressefreiheit vorenthalten beziehungsweise massiv eingeschränkt:

Wohnungs- und Vereinsrazzien, vorüberübergehende Festnahmen, ED-Behandlungen, Verbot von Demonstrationen, Kundgebungen, Veranstaltungen, und Kulturfesten – selbst Hochzeitsfeiern, ferner Asylaberkennungen, Einbürgerungsverweigerungen, Schließungen von kurdischen TV-Produktionsfirmen und Verbot des TV-Senders ROJ-TV, Kriminalisierung der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) als quasi ausführendes Organ von PKK und CDK, lückenlose Überwachung politisch aktiver Kurdinnen und Kurden durch Verfassungsschutz und Staatsschutzdezernate, inquisitorische Sicherheitsbefragungen durch Ausländerämter, umfassende politische Betätigungsverbote gegen ehemalige Gefangene verbunden mit drakonischen Aufenthaltsbeschränkungen und täglicher Meldepflicht bei der Polizei, Versuche des Verfassungsschutzes, Kurden für Spitzeldienste anzuwerben – eine schier unendliche Liste von Schikanen, Drangsalierungen und Willkürentscheidungen, mit denen staatliche Institutionen das Leben politisch aktiver Kurdinnen und Kurden erschweren oder unerträglich machen.



Motiv entnommen von: http://politischesplakat.blogspot.de

Die folgenden Aussagen aus jüngster Zeit prägen seit zwei Jahrzehnten die Haltung aller Bundesregierungen, gleich welcher politischen Konstellation:

„(…) Der Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbots und damit zusammenhängender Maßnahmen kann nicht entsprochen werden. Die PKK unterminiert anhaltend das friedliche Zusammenleben hunderttausender Kurden und Türken in Deutschland. Die PKK bleibt damit ein destruktiver Faktor für die hiesige innere Sicherheit, dem auch unter Ausschöpfung aller vereinsrechtlichen Möglichkeiten entgegenzutreten ist.“ (November 2011)

„Die Bundesregierung setzt sich regelmäßig im Rahmen ihrer intensiven Gesprächskontakte mit der türkischen Regierung für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts ein. Ein Zusammenhang zwischen dem PKK-Verbot 1993, welches ausschließlich dem Schutz der hiesigen inneren Sicherheit dient, und den von der türkischen Regierung seit Ende 2012 geführten Gesprächen mit der PKK besteht nicht.“ (April 2013)

Die Antwort des Hamburger Senats auf Fragen der Abgeordneten Christia-

PKK-VERBOT AUFHEBEN!

DEMOKRATIE STÄRKEN!

ne Schneider und Cansu Özdemir (DIE LINKE) zu Anwerbeversuchen des Verfassungsschutzes Hamburg: „Die seit 1993 mit einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot belegte PKK ist weiterhin ein Schwerpunkt bei der Beobachtung von extremistischen Organisationen mit Auslandsbezug.“ Zur Frage, ob der Senat das Angebot von YEK-KOM annehmen würde, deutsche Behörden über die politischen Positionen von Kurdinnen und Kurden zu informieren, heißt es lapidar: „Nein. Die YEK-KOM e.V. tritt als Dachorganisation für über 40 Ortsvereine in Deutschland für die Belange der PKK ein und übernimmt vor allem Propagandaaktivitäten.“ (Juni 2013)

Diese „Bekenntnisse“ offenbaren den katastrophalen Umgang bundesdeutscher Politik und ihrer Institutionen mit einem Großteil der hier lebenden kurdischen Bevölkerung: Strafverfolgung und Ignoranz. Ungeachtet aller Veränderungen und Initiativen der kurdischen Bewegung wie mehrfache Waffenstillstände, innerdemokratische Reformen, grundlegende strukturelle, organisatorische und politische Neuausrichtungen, umfassende auf einen dauerhaften Frieden orientierte Lösungskonzepte – die stigmatisierende, ausgrenzende und undemokratische Position KADEK/KONGRA-GEL/KKK/KCK/CDK = PKK = Terrorismus wird aufrecht erhalten. Die Listung der Organisationen auf der EU-Terrorliste, der Faktor Türkei als Nato-Land und die von den USA vorgegebene internationale Anti-PKK-Strategie machen es allen Bundesregierungen leicht, sich dem Konflikt statt mit Diplomatie, Realitätssinn und politischen Mitteln nur mit Polizei- und Strafrecht zu nähern. Es zeigt aber auch, dass Deutschland keine eigenständige Kurden/Kurdistan-Politik vertritt, sondern eingebunden ist in dieses internationale Kooperationsspektakel.

Dennoch: Die deutsche Politik hat von Anbeginn an in Europa eine protagonistische Rolle in Sachen antikurdischer Repressionsstrategie übernommen.

Die ungeheuren medialen Kampagnen gegen KurdInnen in den ersten Jahren nach dem Verbotserlass brannten einerseits ein Feind- und Schreckensbild in die Köpfe der bundesdeutschen Bevölkerung, andererseits führte die Hetze aber auch zu viel Solidarität und zahlreichen Initiativen, mit denen die Aufhebung des Verbots gefordert wurden – damals auch von PolitikerInnen der Grünen oder der SPD. Dieses Interesse erlahmte beziehungsweise erlosch zeitweise durch Ereignisse wie die Anschläge des 11. September 2001, die daraufhin angezettelten Kriege sowie den weltweiten Anti-Terror-Kampf zugunsten eines brachialen Abbaus fundamentaler demokratischer Rechte – wahrlich eine Zäsur. Auch die dramatische Verschleppung und Verurteilung des damaligen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan waren ein tiefgreifender Einbruch.

Durch massive Spaltungsversuche sowohl von außen als auch von innen war die Organisation ernsthaft bedroht. Es sind nicht wenige gewesen, die sich auch in der BRD daran beteiligt haben, den Erosionsprozess der PKK voranzutreiben. Die Folge war eine Entsolidarisierung, die sich deutlich auf unsere Arbeit ausgewirkt hat. Wir sahen uns in dieser Zeit ebenfalls politischen Angriffen ausgesetzt und waren längere Zeit mit Abwehrkämpfen beschäftigt, die uns viel Energie gekostet haben. Erfreulicherweise hat sich die Situation der kurdischen Bewegung konsolidiert. So konnten prokurdische Parteien in Kurdistan beachtliche Erfolge bei den Wahlen im Jahre 2009 verzeichnen, was den türkischen Staat veranlasste, den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und die Guerilla im Nordirak verstärkt wieder aufzunehmen.

Feindbildkonstrukte

Dies führte 2009 zur Gründung des Bündnisses „Kampagne Tatort Kurdistan“ (TK), das sich zur Aufgabe gemacht hat, die Öffentlichkeit über Hintergründe deutsch-türkischer Interessenspolitik und über die Mitverantwortung Deutschlands am Krieg gegen die kurdische Bevölkerung durch Waffenlieferung und die Einstufung der „kurdischen Frage“ als ein Problem des „Terrorismus“ zu informieren. Prompt wurde TK im Verfassungsschutzbericht 2010 gelistet als eine Initiative, die nicht selbstständig agiere, sondern eine „Propagandaaktion unter maßgeblicher Mitwirkung der PKK und ihrer nachgeordneten Strukturen“ sei und der eine Vielzahl „PKK-naher Organisationen und einigen linksextremistischen deutschen Gruppierungen“ angehören. Das ist der Stoff, aus dem Verfassungsfeinde konstruiert werden und Solidarität torpediert wird!

Eine andere Methode hat Azadî zu spüren bekommen: Im September 2010 wurde dem Verein vom Finanzamt Düsseldorf aus formalen Gründen die Gemeinnützigkeit aberkannt. Die eigentlichen Gründe aber waren, dass Azadî gemeinsam mit YEK-KOM eine Pressemitteilung aus Anlass des 15. Jahrestages des PKK-Verbots herausgegeben habe und dies im Bericht des VS NRW von 2008 vermerkt gewesen sei. Der andere, dass der Verein „Unterstützungsleistungen für politische Gefangene im Zusammenhang mit in Deutschland verbotenen Organisationen“ vornehme. Der Verfassungsschutz also hatte beim Finanzamt interveniert.

Erfreulich: Azadî hat in einem Verfahren wegen der nachrichtendienstlichen Überwachung des Vereins beziehungsweise einer bestimmten Person gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und das Bundesinnenministerium mit Hilfe eines Anwalts (und mit Unterstützung der Roten Hilfe e.V.) vor dem Verwaltungsgericht Berlin geklagt. Dieses hat am 22. März 2012 die Rechtswidrigkeit dieser über einen längeren Zeitraum durchgeführten und durch das Parlamentarische Kontrollgremium genehmigten Maßnahmen festgestellt.



Nicht zuletzt wollen wir der Menschen gedenken, die Opfer der Verfolgungs- und Verbotspolitik türkischer und deutscher Regierungen geworden sind:

Das ist Halim Dener. Der damals 16-jährige Kurde wurde am 29. Juni 1994 in Hannover beim Kleben von Plakaten mit dem Aufdruck der verbotenen „Nationalen Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) beim Weglaufen von dem Zivilpoli-

zisten Klaus Teuernicht durch einen Schuss in den Rücken getötet. Das Verfahren gegen den Beamten wegen „fahrlässiger Tötung" endete am 27. Juni 1997 mit einem Freispruch. Halim Dener war nach Inhaftierung und Folter in der Türkei nach Deutschland geflohen und hatte Asyl beantragt.

Das sind Sema Alp, Ahmet Acar, Mustafa Kurt und Sinan Karakus. Sie starben im Kugelhagel israelischer Sicherheitsbeamter. Weil an der Verschleppung von Abdullah Öcalan im Februar 1999 aus Kenia in die Türkei auch der israelische Geheimdienst Mossad beteiligt gewesen ist, haben Kurdinnen und Kurden im/am Generalkonsulat protestiert. Neben den vier Erschossenen wurden durch den Schusseinsatz über 20 Personen schwer verletzt. Die Bild titelte: „Terror-Kurden – die ersten Toten".

Da ist Hamza Polat. Er verbrannte sich am 9. März 2000 vor dem Reichstag in Berlin. Weil er sich aus Protest gegen das Verbot der Newrozfeiern 1994 an der Blockade der Autobahn bei Augsburg beteiligt hatte, geriet er ins Visier des Verfassungsschutzes, der versuchte, ihn für Spitzeldienste zu gewinnen. Später versuchten auch Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes MIT (die ein Büro im Kölner Generalkonsulat unterhielten), Hamza Polat anzuwerben. Sein Vater: „Es gibt nichts, was sie in den letzten sechs Jahren nicht gegen uns getan haben. Mein Sohn hat sich angezündet, weil er die Spitzelanwerbungen durch die deutsche Polizei und das türkische Konsulat nicht mehr ertragen hat." Hamza Polat wurde am 15. März 2000 unter großer Anteilnahme in Wuppertal beerdigt.

Und wie weiter?

Eine Prognose, wie sich die Situation bezüglich des Ende 2012 begonnenen Verhandlungsprozesses zur Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts zwischen dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan einerseits und Vertretern des türkischen Staates andererseits weiterentwickelt, ist derzeit schwierig abzugeben, insbesondere angesichts der Taksim-Aufstände, die sich im ganzen Land ausgebreitet haben. Die Kurdinnen und Kurden werden darauf bestehen, die Verhandlungen fortzusetzen. Ein Zurück wird es nicht geben.

Welche Auswirkungen die Entwicklungen auf die deutsche Politik haben, bleibt abzuwarten. Bisher waren die floskelhaften Beteuerungen der Bundesregierung(en), man setze sich im Rahmen der Gesprächskontakte mit der türkischen Regierung regelmäßig für eine friedliche Konfliktlösung ein, in den vergangenen 20 Jahren wenig erfolgreich gewesen. Dass sich die nach den Wahlen am 22. September neu gewählte Regierung, wie immer sie auch aussehen möge, für eine Aufhebung des PKK-Verbots stark machen könnte, ist nach unserer Einschätzung derzeit eher ein frommer Wunsch. Aber warten wir's ab.

Wenn auch die staatliche Verbotspolitik tiefe Wunden geschlagen hat und in einem bestimmten Rahmen erfolgreich war, steht auch fest: Azadî wird seine Arbeit fortsetzen und die kurdische Bewegung wird es ebenfalls tun. Eine Alternative hierzu gibt's eben nicht … ❖







Polizei attackiert Demonstration in Dortmund, 1996



Ketten bilden zum Barrikadenbau!

Der Juni-Aufstand in der Türkei

In den türkischen Metropolen formiert sich der Widerstand

Redaktionskollektiv der RHZ

Die türkische Wirtschafts- und Außenpolitik löste in den letzten zehn Jahren vor allem im Westen große Begeisterung aus. Ebenso waren jahrelang Loblieder auf die Demokratisierung der türkischen Gesellschaft durch die regierende „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung" (Adalet ve Kalkinma Partisi, AKP) zu hören. Nun ist davon nichts mehr übrig geblieben. Auch hierzulande wurde Kritik laut über die türkische Regierung und das Vorgehen der türkischen Polizei gegenüber den Demonstrant_innen während der Massenproteste im Frühjahr.

■ Was ist in der Türkei passiert, dass sogar die Regierungschefs befreundeter Staaten die Regierung der Türkei kritisieren?

Der Anlass für die aktuellen Proteste war scheinbar die geplante Abholzung der Bäume eines Parks – des Gezi-Parks – im Zentrum von Istanbul. Statt der Bäume sollte an dieser Stelle möglichst bald ein Einkaufszentrum wachsen, verkleidet in den historisierenden Nachbau einer osmanischen Kaserne. An dieser Stelle ist der Hinweis wichtig, dass das so gelobte Wirtschaftswachstum in der Türkei wesentlich von der Bauindustrie befeuert wird. Vor allem in Großstädten werden überall neue, riesige Einkaufsmeilen gebaut und die angestammte, arme Bevölkerung aus den exklusiven Innenstädten in die Hochhaussiedlungen in der Peripherie vertrieben. Stattdessen sollen sich die Zentren der Städte in glitzernde Konsumwelten wandeln.

Doch der Konflikt geht tiefer und dauert viel länger. Die AKP kam nach einer tiefen Krise der türkischen Wirtschaft im November 2002 an die Macht, von den bis dahin dominierenden Parteien blieb bis auf die Republikanische Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi, CHP) keine mehr übrig. Zuvor war die türkische Wirtschaft zusammengebrochen, etliche Banken pleite, hunderttausende Kleinhändler_innen und Handwerker_innen ebenso, die Reallohnverluste der Beschäftigten lagen bei über 50 Prozent. Die regierende AKP versuchte bis Mitte der 2000er Jahre sich vor allem als eine moderne Konservative Partei darzustellen, um die Angst großer Teile der Bevölkerung vor einer Islamisierung zu beschwichtigen. Die Partei stützt sich

vor allem auf das Kleinbürgertum und auf die neu entstandene konservative Bourgeoisie Anatoliens.

Die Regierung nahm Beitrittsverhandlungen mit der EU auf, privatisierte öffentliche Unternehmen und drängte die Macht des Militärs zurück. Die Löhne der Beschäftigten blieben zwar auf niedrigem Niveau, doch die Wirtschaft erholte sich langsam. Im „Kurden-Konflikt“ benutzten die neuen Machthaber_innen ein weniger nationalistisches Vokabular. Trotz der Vorbehalte in Teilen der Bevölkerung keimte die Hoffnung auf eine Demokratisierung der Gesellschaft. Auch mit den Nachbarstaaten sollte eine neue, friedliche Phase eingeläutet werden.



Kritiker_innen werden zum Schweigen gebracht

Ab der zweiten Hälfte der 2000er Jahre, als die AKP sich sicher an der Macht wähnte, nahm ihre „Islamisierung“ der Gesellschaft Fahrt auf. In den Schulen bekam der Religionsunterricht einen immer größeren Stellenwert, überall wurden neue Gotteshäuser gebaut, das Abtreibungsrecht sollte abgeschafft werden. Vor allem in den letzten Jahren wurde ihre Politik immer aggressiver: Tausende Politiker_innen der kurdischen „Partei des Friedens und der Demokratie“ (Baris ve Demokrasi Partisi, BDP) wurden unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation festgenommen, die Kritiker_innen in den Medien durch verschiedene Methoden zum Schweigen gebracht, hunderte Journalist_innen wanderten in die Knäste, ein neues Gesetz soll den Konsum von Alkohol zurückdrängen, angeblich zum Schutz der Jugend. Dabei sagt Ministerpräsident Tayyip Erdogan ganz offen worum es ihm geht: In der Türkei soll eine „gläubige Jugend heranwachsen“, der Platz der Frauen sei zu Hause und jede Frau solle „ihrem Land drei Kinder gebären“ (mittlerweile hat er die Quote auf vier Kinder erhöht).



Interklassen-Gas-Festival Istanbul

Die Prozesse gegen die hochrangigen Militärs, die vor allem im Ausland viel Beachtung fanden, waren eine Abrechnung der AKP mit der Armeeführung. Der schmutzige Krieg in Kurdistan, die unaufgeklärten Morde, Bombenanschläge auf kritische Zeitungen und die vielen hundert „Verschwundenen“ waren kein Thema in diesen Prozessen. Es ging nur um die angeblichen oder tatsächlichen Putschpläne der Generalität.

Die neue friedliche Phase mit den Nachbarstaaten und in Nahost, die die Regierung einläuten wollte, stellte sich als imperiale Großmacht-Träumerei heraus. Die Außenpolitik der Türkei unter der neoliberal-islamischen Regierung ist nur noch ein Trümmerhaufen, die neo-osmanische Großmannssucht ist gescheitert: Die Muslimbrüder in Ägypten

sind weggeputscht, mit ihrer Kriegstreiberei gegen Syrien steht die Türkei mittlerweile alleine da, mit ihrem langjährigen Verbündeten Israel hat sie sich verkracht, die diplomatischen Beziehungen mit Iran und Armenien sind auf einem Tiefpunkt, in Syrien entsteht gerade ein autonomer kurdischer Staat und selbst mit Saudi-Arabien ist die Türkei entzweit, weil die Saudis in Ägypten die Militärs unterstützen.

Doch gegen diese Politik der Regierenden war nirgends ein größeres Aufbegehren sichtbar, alle Keime des Widerstands wurden sofort erbarmungslos zerschlagen. Zuletzt wurde am 1. Mai der Versuch der Gewerkschaften, die Mai-Kundgebung am Taksim-Platz, in direkter Nachbarschaft des Gezi-Parks abzuhalten, mit Wasserwerfern, Tränengasgranaten und Polizeiknüppeln vereitelt.

Auch die „Entspannungspolitik" in Kurdistan ist zum Stillstand gekommen. Die Guerilla hat ihren Rückzug beendet, weil bisher die einzigen Schritte, die Richtung Frieden unternommen wurden, von der kurdischen Seite kamen. Die von den Kurdinnen und Kurden gestellten Forderungen wie die Verbesserung der Haftbedingungen von Abdullah Öcalan, die Einführung von muttersprachlichem Unterricht in Schulen oder die restlose Abschaffung der Zehn-Prozent-Hürde bei Wahlen werden ignoriert. Stattdessen beschließt die Regierung „Reformpakete" ohne mit der Opposition zu verhandeln im Alleingang.

Eine unerwartete Welle der Solidarität

Vor diesen Hintergrund sollte Ende Mai die Abholzung der Bäume im Gezi-Park beginnen. Um die Fällungen zu verhindern, hatten einige Umweltaktivist_innen und Gentrifizierungsgegner_innen ein kleines Zeltcamp im Park errichtet. Sie wurden mit brachialer Gewalt aus dem Park geprügelt und ihre Zelte verbrannt. In den folgenden Tagen weitete sich der Widerstand rasant auf die gesamte Türkei aus, Millionen von Menschen gingen vor allem in den großen Städten auf die Straße.



Die Regierung schien diese Beharrlichkeit und diese große Solidaritätswelle nicht erwartet zu haben. In Istanbul wurde vor Polizeieinsätzen immer wieder der öffentliche Verkehr einschließlich der Bosporus-Fähren eingestellt, damit die Bevölkerung nicht den am Taksim-Platz Kämpfenden zu Hilfe eilen konnte. Doch vergeblich, entweder strömten die Menschen zu Fuß zu Hunderttausenden in die Innenstadt, oder sie verwickelten die Sicherheitskräfte in allen Stadtteilen in Kämpfe. In der heißesten Phase der Kämpfe musste die Polizei sich immer wieder zurückziehen, weil ihr die Gaskartuschen ausgingen und sie die Barrikaden nicht mehr räumen konnte. Der Park selbst und der Taksim-Platz wurden mehrmals von der Bevölkerung zurückerobert und immer wieder von der Polizei geräumt.

Besonders beeindruckend waren die Ultras



Vereinigung der Architekten- und Stadtplaner-Kammern: „Wer ist da?“ Erdogan: „Zimmerservice!“
Aus der Satirezeitschrift GirGir

des Fußballclubs Besiktas, die in allen Kämpfen in vorderster Reihe anzutreffen waren. Dafür wurden mittlerweile bei dutzenden Mitgliedern der Ultra-Gruppe Çarsi Hausdurchsuchungen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung durchgeführt. Ebenso beeindruckend war die Organisation von medizinischer Hilfe: Überall am Rande der Kämpfe wurden für die Verletzten Reviere aufgebaut, betreut von hunderten von Ärzt_innen und Kolleg_innen aus Krankenhäusern.

Mitte Juni erinnerten die Kämpfe in den Metropolen der Türkei an Bürgerkrieg, die Polizei schien die Kontrolle verloren zu haben und ging immer gewaltsamer vor. Bisher starben sieben Demonstranten, nach Angaben der türkischen Ärztekammer wurden über 8 000 Demonstrierende verletzt, 14 von ihnen sind durch Gaskartuschen oder Plastikgeschosse erblindet, nach Angaben der türkischen Menschenrechtsorganisation IHD wurden viertausend Menschen festgenommen, über hundert von ihnen sind in U-Haft.

Der Ministerpräsident hat die Schuldigen natürlich längst ausgemacht: „einige marginale Gruppen, Plünderer und die internationale Zinslobby“. Erdogan drohte immer wieder mit den anderen „50 Prozent“ der Bevölkerung (von denen er glaubt gewählt zu werden), die er kaum noch zurückhalten könne. Das war eine versteckte Drohung, dass die Regierung neben dem Terror der Polizeikräfte auch noch ihre zivilen Schlägertrupps auf die Demonstrierenden loslassen könnte. Es kam tatsächlich auch immer wieder vor, dass Zivilpersonen bewaffnet mit Messern und Knüppeln Seite an der Seite mit der Polizei vorgingen.

Was von den Kämpfen blieb

Mit Beginn der Schulferien gingen die Proteste zurück. Es gibt zwar immer wieder Demonstrationen, aber nicht mehr so massenhaft wie im Juni/Juli. Ob der Widerstand weitergehen wird, bleibt abzuwarten. Was bleibt, ist das Bewusstsein der Menschen, dass sie wochenlang der Polizeigewalt getrotzt haben und ihre Angst vor ihr verloren haben. Eine große Erfahrung, die in kommenden Kämpfen von großer Wichtigkeit sein wird. Wenn linke Organisationen für Außenstehende nicht immer sichtbar waren, lag dies daran, dass sie oft auf Symbolik verzichtet haben und stattdessen ihre große Erfahrung – vom Barrikadenbau bis zur Organisierung von Widerstand – zur Verfügung gestellt haben. Denn wie wären sonst überall die Barrikaden entstanden und wer versteht sie so zu bauen, dass sie auch verteidigt werden können? ❖

Anzeige

Schwerpunkt

Selbstorganisation im neoliberalen Alltag:
* Taxifahrer organisieren sich
* Barrikaden statt Barrieren
* Wie „bewegen“ sich Arbeitslose
* Lohnarbeitsanstalt sprengen

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für nur 5 €!
Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!
Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug.
Probelesen: www.contraste.org
Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., PF 104520, D - 69038 Heidelberg

CONTRASTE
DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION



PROTESTE IN SLOWENIEN
Ende des letzten Jahres begannen die größten Proteste der Geschichte Sloweniens.

ELTERNZEIT AUF REISEN
Ein Bericht, der inspiriert, neue Erfahrungen zu wagen.

WER TEILT MIT WEM?
Eine Frage, die wir auch an linke, solidarische Zusammenhänge richten.

WIE GELD VERTEILT WIRD
Anlässlich 40 Jahre Solidaritätsfond: ein Plädoyer für die Repolitisierung von Förderpraxen.



„Die U-Haft kann zehn Jahre für jeden einzelnen Tatvorwurf dauern“

Interview mit dem Istanbuler Rechtsanwalt Kamil Tekin Sürek

RHZ: Kamil, wie viele politische Gefangene gibt es zurzeit?

Kamil: Die Zahlen ändern sich täglich, mal werden an einem einzigen Tag hunderte von Menschen verhaftet, am gleichen Tag wird irgendwo ein Dutzend entlassen. In türkischen Gefängnissen befinden sich über 130.000 Menschen, um die 10.000 von ihnen würde ich als politische Gefangene bezeichnen.

Aus welchem Grund sind sie im Knast?

Ich würde sagen neunzig Prozent von ihnen wurde allgemein vorgeworfen, Mitglied einer Terrororganisation zu sein, die anderen sind Aktivist_innen, die wegen konkreter Aktionen verhaftet wurden, aber auch bei ihnen ist die Mitgliedschaft in einer Terrororganisation ein Bestandteil der Beschuldigungen.

Wie wird die Mitgliedschaft in einer Terrororganisation festgestellt?

In der Ära nach dem Putsch vom 12. September 1980 waren konkrete Beweise notwendig, um jemanden wegen Mitgliedschaft in einer Terrororganisation anzuklagen beziehungsweise zu verurteilen. Es reichte zum Beispiel nicht für eine Verurteilung aus, wenn du von einem Mitan-

► Kamil Tekin Sürek hat in Istanbul Jura studiert und arbeitet dort als Rechtsanwalt. Außerdem schreibt er regelmäßig Kolumnen in der Tageszeitung *Evrensel* und ist zweiter Vorsitzender der Schriftsteller_innengewerkschaft der Türkei. Die RHZ sprach mit ihm im September in Istanbul.

geklagten als „Mitglied“ denunziert wurdest. Auch unter der Folter erzwungene „Aussagen“ wurden verworfen. Es musste bewiesen werden, dass der Angeklagte beispielsweise einen Decknamen trug, Aufgaben in der Organisation übernahm, es bedurfte schriftlicher Belege für seine Aktivitäten und so weiter.

Aber in den letzten zehn, fünfzehn Jahren sind solche Beweise nicht mehr zwangsläufig zwingend für eine Verurteilung. Es reicht, dass du auf einer Demonstration festgenommen wurdest, wo auch PKK-Fahnen oder Öcalan-Bilder getragen wurden und das Gericht zu der Überzeugung gekommen ist, dass das eine PKK-Demonstration war. Oder du veröffentlichst einen Artikel in der Zeitung, die Staatsanwaltschaft sieht darin eine Werbung für eine „Terrororganisation“ und du hast sofort die Anklage wegen Mitgliedschaft in einer Terrororganisation am Hals. Deswegen saßen und sitzen ja hunderte von Journalist_innen im Knast. Aber nach Meinung der Regierung sitzen bei uns keine Journalist_innen im Knast, sondern Terrorist_innen und damit haben sie auch recht: Denn so steht es in den Gesetzen, die sie geschrieben haben.

In diesem Zusammenhang gab es früher gegen politische Aktivist_innen zwei gesetzliche Instrumente; die Mitgliedschaft in einer Organisation und die Unterstützung einer Organisation. Anfang der 2000er Jahre fiel die „Unterstützung“ weg, das heißt, dass alle in den letzten Jahren wegen „Mitgliedschaft“ verurteilt wurden. Durch diese „Reform“ der Antiterrorgesetze fiel die „günstige“ Verurteilung zu drei Jahren Knast weg, stattdessen wurden höhere Strafen wegen Mitgliedschaft verhängt. Anfang des Jahres wurden die Antiterrorgesetze erneut geändert, jetzt kann man wieder für die „Unterstützung einer Terrororganisation“ verurteilt werden. Wir erwarten, dass dadurch einige tausend Menschen aus den Gefängnissen entlassen werden, weil sie bereits über die zu verhängende Strafdauer in Untersuchungshaft gesessen haben.

Wie viele Gefangene sitzen denn in U-Haft?

Genaue Zahlen kann ich gerade nicht nennen, aber das Verhältnis von Verurteilten zu den in der Untersuchungshaft Sitzenden dürfte etwa 55 zu 45 Prozent sein. Das ist auch ein Zustand, gegen den wir dauernd protestieren. Unter „normalen, bürgerlichen Verhältnissen“ dürfte das Verhältnis 90 zu zehn sein, von mir aus 85 zu 15. Aber bei uns hat schon die Untersuchungshaft Strafcharakter. Es gibt Prozesse, die sechs, acht oder zehn Jahre dauern und die Angeklagten sitzen so lange in der U-Haft.



„Bruder, wie komme ich zum Taksim?“

Gibt es keine Möglichkeit, gegen diese lange U-Haftdauer vorzugehen?

Doch, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zum Beispiel hat die Türkei wegen der U-Haftdauer mehrmals verurteilt. Daraufhin wurde ein Gesetz erlassen, das die Dauer der Untersuchungshaft auf zwei Jahre begrenzen sollte. Dieses Gesetz sah außerdem vor, in bestimmten Fällen und durch einen Richterbeschluss die U-Haftdauer um ein Jahr zu verlängern. Die Richter setzen das Gesetz aber nicht wie vorgesehen zwei plus eins um, sondern zwei plus zwei plus eins Jahre, also dauert bei uns eine „normale“ U-Haft wieder fünf Jahre. Da die Dauer der U-Haft bei Terror-Prozessen durch Gerichtsbeschluss noch verdoppelt werden kann, sitzen die politischen Gefangenen immer noch bis zu zehn Jahre ohne Urteil im Knast.

Kürzlich nahm ich an einem Prozess teil, in dem die Verteidigung die Entlassung des Angeklagten verlangte, da er bereits über zehn Jahre in U-Haft war. Prompt hatten die politischen Juristen eine Lösung, um den Gefangenen nicht zu entlassen: Nach Gesetz seien für jeden einzelnen

Anzeige



Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar



„Hallo Jugend, trinken ist verboten. Küsse, R. Tayyip (Erdogan), Spaß, Spaß, auch Küssen ist verboten.“ Aus der Satirezeitschrift Penguen

Tatvorwurf bis zu zehn Jahre U-Haft zumutbar! Du wirst also wegen Mitgliedschaft in einer Terrororganisation, illegalem Waffenbesitz und Raub angeklagt und sollst 30 Jahre in U-Haft verbringen!

Das Verfassungsgericht urteilte kürzlich, dass die Haftdauer fünf Jahre nicht überschreiten darf, aber die Richter kümmert das nicht, weil das Urteil des Verfassungsgerichts noch nicht in Gesetzesform umgesetzt wurde.

Wie viele Menschen wurden während der Aufstände im Frühsommer festgenommen beziehungsweise sind in Haft?

Bis Ende Juni wurden circa 5000 Menschen festgenommen, aber es ist schwierig genaue Angaben über die Zahl der Untersuchungsgefangenen zu machen. Denn es finden immer wieder Festnahmen statt, anderswo werden wieder einige aus der U-Haft entlassen.

Ich habe während der Gezi-Demonstrationen die Festgenommenen betreut. Im Juni wurden in Istanbul täglich 50-100 Menschen festgenommen aber größtenteils nach ein, zwei Tagen wieder freigelassen. So wie es bisher aussieht, wird es in Istanbul nicht sehr viele Anklagen geben, aber in Ankara und in Izmir haben teilweise schon Prozesse angefangen. Türkeiweit sind bislang um die dreitausend Anklagen bekannt geworden, ich schätze, dass einige hundert Aktivist_innen in U-Haft sind.

Was sind die Vorwürfe?

Die Vorwürfe in den Anklageschriften reichen von Widerstand gegen die Polizei, Sachbeschädigung und Ähnlichem bis zu Mitgliedschaft in einer Terrororganisation. Die Regierung hat von diesen Protesten einen großen Schreck bekommen, das ist der Grund für die hohe Zahl der Anklagen. Noch vor einem Jahr wäre bei einer gewöhnlichen Demonstration niemand festgenommen worden. Denn zum einen liegt kein Grund für eine Festnahme vor, und wenn, dann sind die zu erwartenden Strafen so gering, dass die Richter keinen Haftbefehl erlassen hätten. Außerdem sind die Gefängnisse in der Türkei überfüllt.

Bis zur Jahrtausendwende war es die Regel, dass Verhaftete gefoltert wurden. Wie ist das heute?

Die systematische Folter findet nicht mehr statt, das haben sie aufgegeben. Aber das „gewöhnliche“ Zusammenschlagen ist weiterhin Praxis, es gibt auch immer wieder Tote. Davon betroffen sind weniger die politischen Gefangenen, sondern eher die wegen Eigentumsdelikten und ähnlichem Festgenommenen.

Seit einigen Jahren sind die Polizeiinspektionen mit Kameras ausgestattet, damit solche Fälle nicht mehr vorkommen. Wenn aber doch was passiert, werden die Bänder gelöscht oder es wird behauptet, die Kameras seien defekt gewesen. Die Gewalt ist also nicht gänzlich verschwunden und es gibt weiterhin die psychologische Folter wie Schlafentzug, das Verweigern von Wasser oder Essen, das Verweigern von medizinischer Hilfe und ähnliches.

Soweit wir mitbekommen haben, ist der Großteil der Festgenommenen nicht organisiert. Wenn diese Menschen keine Partei oder Organisation im Hintergrund haben, wie wird die notwendige Solidarität organisiert?

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten der „Ersten Hilfe“: Wenn bei Demonstrationen Festnahmen zu erwarten sind, stellen sich die fortschrittlichen, linken, sozialistischen Anwält_innen zur Verfügung, gehen zu den Festgenommenen in Polizeigewahrsam und leisten kostenlosen Beistand. Außerdem haben in allen Städten die Anwaltskammern rund um die Uhr eine Notbesetzung, die von Verhafteten in Anspruch genommen werden kann. Aus diesem Grund gibt es eigentlich keine Festnahme ohne rechtsanwaltlichen Beistand. Wenn die Haft nicht abgewendet werden kann, wird die Solidarität in der Regel von den einzelnen Organisationen und Parteien für ihre Anhänger_innen im Knast organisiert. Darüber hinaus gibt es Organisationen die Knastarbeit machen, aber in der Regel auch immer für die „eigenen“ Gefangenen. Die bei den aktuellen Kämpfen Festgenommenen werden auch durch das Bündnis, das den Widerstand hier in Istanbul organisiert hat, unterstützt.

Gibt es auch Geldstrafen oder ist Knast die übliche Strafe?

Bei Sachbeschädigung wie Sprühen von Parolen, wildem Plakatieren und Ähnlichem werden in der Regel Geldstrafen verhängt. Aber bei Vorwürfen wie Widerstand gegen Polizeibeamte, Körperverletzung oder Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation kommt man ohne Gefängnis nicht davon. Wenn die Strafe unter zwei Jahren ist, wird sie aber in der Regel auf Bewährung ausgesetzt.

Wir danken dir für dieses Gespräch. ❖



flickr/Leif Hinrichsen (CC BY-NC 2.0)

Demonstration „Freiheit statt Angst“ am 7.9.2013 in Berlin

The Big Equalizer

PRISM & Co. aus Sicht linksradikalen Datenschutzes

Datenschutzgruppe der Roten Hilfe Heidelberg

Schon mit der letzten RHZ kamen ein paar politische Bewertungen der Snowdenschen Enthüllungen zu den großen Überwachungsprogrammen von NSA und anderen Geheimdiensten. Nach drei Monaten fortgesetzter Enthüllungen mögen viele achselzuckend weitergehen und die „Post-Privacy“ ausrufen wollen, da „sie“ ja doch alles können. Da hätten wir Einspruch anzumelden.

■ Zunächst allerdings können wir nicht widerstehen, auf einen Nebenaspekt einzugehen, der in der bürgerlichen Kommentierung sehr zu kurz kam. Vielleicht spricht er ein wenig die niederen Instinkte des_der durchschnittlichen Linken an, und doch: All das, was jenseits der unmittelbaren Profiteure in Innen- und Kanzleramtsministerien zumindest für Befremden sorgte, entspricht auch deutscher Rechtslage, sofern die Opfer nur Linksradikale und andere Verbrecher sind. Für diese sind Telefonüberwachung, Bewegungsprofile aufgrund von Mobiltelefon-Standortdaten oder Abschnorcheln des Internetverkehrs rechtsstaatlicher Standard. Dank großzügiger Polizeigesetze und der Willkürkonstrukte aus der Familie 129 StGB müssen sie dazu noch nicht mal spürbar revolutionäre Umtriebe entfalten.

In dem Sinn sagen wir hier National Security Agency, Government Communications Headquarters und all den anderen Zwielichtern ein herzliches Dankeschön, dass wenigstens ihre staatliche Überwachung auch all die Duckmäuser und Zufriedlinge trifft, die von Repression gegen uns nie etwas haben wissen wollen. Da fühlen wir, die wir ja wirklich das Eine oder Andere zu verbergen haben könnten, uns doch gleich viel mehr angenommen von dieser Gesellschaft. The Big Equalizer: Die modernen Programme überwa-

flickr/ekvidi (CC BY-NC-SA 2.0)

Demo zur Baustelle des Bundesnachrichtendienstes (BND) am 29. Juli 2013 in Berlin

chen alle. Aber tatsächlich ist das weniger paranoid, als es zunächst scheinen mag. Die Unruhestifter von morgen sind ja heute noch brave Bürger_innen (oder ihr Nachwuchs).

No they can't

Bei aller Genugtuung über die Gleichberechtigung von Zecken und Zahmen: Die Debatte nahm im August eine potenziell destruktive Wende, als plötzlich allenthalben gemunkelt wurde, die NSA könne „fast alle" Verschlüsselung knacken. Das Wichtigste in Kürze: Das ist Unfug. Was

Anzeige



Aus dem Inhalt:
Mittendrin im Gezi-Widerstand
Tage der Kommune
Ägypten: Wie wird eine Volksrebellion in einen Militärputsch umfunktioniert?
16. Pfingstjugendtreffen: Bericht, Workshops, Diskussionen
NSU-Prozess: Kaltblütige Morde werden nicht aufgeklärt!
Helene Weigel: Auf das Leben, auf die Schauspielkunst auf die Frauenstärke!
Bundestagswahlen 2013
Heiße Luft – nix drin! Alternativen?

Zu bestellen bei: Postfach 48, 73550 Waldstetten – trotz.alledem@gmx.net – 2,00 €

an halbwegs aktuellen Verschlüsselungsverfahren draußen ist, ist auch von Läden von der Größe der NSA nach wie vor nicht effektiv angreifbar.

Was allerdings angreifbar ist, ist die „schlechte" Benutzung dieser Kryptographie. Selbst dabei ist jedoch beim Brot- und Butter-Werkzeug, das wir in den letzten zehn Jahren allerorten angedient haben, noch keine akute Warnung angebracht: Uns ist immer noch kein Fall bekannt, in dem die NSA oder sonst ein Geheimdienst versucht hätte, den nachlässigen Umgang mit Schlüsseln in den diversen Szenen auszunutzen.

Höchst angreifbar ist demgegenüber – und das sollte regelmäßige Leser_innen unserer Kolumne nicht überraschen – SSL, die Technik hinter verschlüsselt übertragenen Webseiten („https-URLs") und auch der Transportverschlüsselung von Mails („pops", „imaps", „smtps"). Um die Problematik dahinter zu verstehen, hilft die Lektüre von „Vertrauen unter GenossInnen" (*RHZ* 4/09, vgl. auch die URL am Fuß dieses Artikels). Darin wird erläutert, wie jemand, dem ihr im Rahmen von SSL vertraut, euch Schlüssel unterschieben kann.

Das ist fatal, denn während euer Browser glaubt, er verschlüssle für beispielsweise datenschmutz.de, verschlüsselt er dann in Wirklichkeit für den VS, die NSA, oder beide. Diese können dann an eurer statt mit dem wirklichen datenschmutz.de sprechen und bekommen die ganze, scheinbar verschlüsselte Kommunikation mit. Diese „man in the middle"-Angriffe gehen immer, wenn der Schlüsselaustausch nicht abgesichert ist, und ihre Abwehr ist letztlich Sinn des Web of Trust, das im zitierten Artikel erklärt wird.

SSL aber hat kein Web of Trust. Euer Browser wird stattdessen ausgeliefert mit einer breiten Auswahl von Stellen, denen er einfach so vertraut, ohne dass er euch da fragen würde. Tut euch den Gefallen und seht euch die Liste mal an, im Firefox etwa in der Gegend von Edit ➔ Preferences ➔ Advanced ➔ Encryption ➔ View Certificates. Von Türktrust über die japanische Regierung und den Deutschen Sparkassen Verlag bis hin zu Verisign und – indirekt – der FH Furtwangen reicht

die Liste von Gesellschaften, die euch Schlüssel für alles unterschieben können, was sie wollen: Google, riseup.net, datenschmutz.de, egal. Und es ist völlig klar, dass die NSA ebenso wie selbstverständlich auch ausnahmslos alle deutschen „Bedarfsträger“ irgendeinen Schlüssel hat, dem euer Browser vertraut.

Verlasst euch nicht auf SSL

Das Schlüsselmanagement von SSL ist also kaputt, wie wir schon 2008 anklingen ließen, und die Jahre seitdem haben das immer wieder bestätigt. Dabei ist die eigentliche Verschlüsselung in Ordnung, nur funktioniert der Schlüsselaustausch so, als würdet ihr bei PGP nie die Schlüssel selbst speichern, sondern einfach nehmen, was an einer Mail dranhängt, sofern die Polizei verspricht, der Schlüssel sei O.K.

Eine gewisse Hilfe, auch bei SSL Basissicherungen einzuziehen, sind Browsererweiterungen wie Certificate Patrol; diese merken sich, womit sich Webseiten ausgewiesen haben und warnen euch, wenn sich das ändert. Das hilft (vielleicht) nichts, wenn euch der BND schon falsche Zertifikate in Massen unterschiebt, ihr merkt aber immerhin, wenn sie plötzlich damit anfangen. Wenn ihr euch etwas sicherer fühlt, könnt ihr auch einfach all die Autoritäten löschen, die in eurem Browser stehen und dann die Schlüssel („Zertifikate“) einzeln bestätigen (was im Firefox allerdings etwas beängstigend aussieht).

Ansonsten: Verlasst euch nicht auf SSL. Was PGP angeht, sind die zugrunde liegenden Verfahren ebenso wenig gebrochen wie das Prinzip des Web of Trust. Auch Truecrypt (und einige weitere Software ähnlicher Art) dürfte, den überentschlossenen Versuchen an die Passwörter ranzukommen nach zu urteilen, nicht gebrochen sein. Ähnliches gilt für OTR, das zur Verschlüsselung vor allem von Chats eingesetzt wird. Gerade angesichts des verbreiteten Abgreifens von Verbindungsdaten bleibt auch Tor ein gutes Mittel, unbenommen der Tatsache, dass ein Teil der US-Regierung die Entwicklung von Tor finanziert.

Dennoch wäre jetzt wohl allmählich der in *RHZ* 4/09 prognostizierte Moment, in dem die Rote Hilfe e.V. mit ordentlichem Schlüsselmanagement (also vernünftigen Signaturen darauf) Extrapunkte verdienen könnte.

Unser dringendes Fazit also: Die Snowden-Enthüllungen haben nicht gezeigt, dass Verschlüsselung sinnlos ist. Sie haben im Gegenteil gezeigt, dass Geheimdienste tatsächlich einen ganzen Haufen von dem tun, was vorgestern noch Verschwörungstherie schien.

Und schließlich: Schlechte Verschlüsselung hat vielleicht nicht furchtbar viel Sinn, bleibt aber besser als gar nichts, solange mensch nicht anfängt, wirklich furchtbar Kitzliges zu verschicken. Gute Verschlüsselung mit dem (oder einem) Web of Trust hingegen ist mehr denn je angesagt. Wenn ihr eine Einführung wollt: Schreibt uns, wir kommen gerne bei euch vorbei.

► Kontakt und Artikel-Archiv: https://datenschmutz.de

► PGP Fingerprint: a3d8 4454 2e04 6860 0a38 a35e d1ea ecce f2bd 132a

Anzeige



ROTE HILFE E.V. LITERATURVERTRIEB

Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon & Fax 0431/75141
Öffnungszeiten:
Dienstag: 15–18 Uhr
Donnerstag: 17–20 Uhr
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Postbank Hamburg BLZ 200 100 20
Konto 35 50 92 02

IBAN DE97200100200035509202 BIC PBNKDEFF

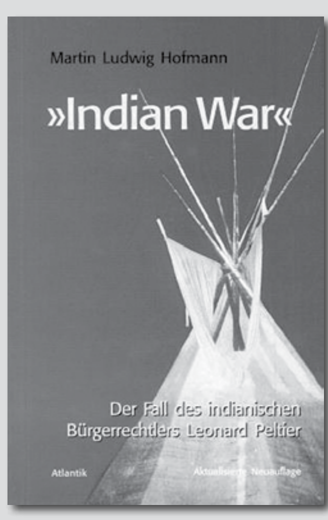
Der vollständige Bestand des Literaturvertriebs ist online unter www.rote-hilfe.de/literaturvertrieb einsehbar

Die Rote Hilfe
Bundesweites Quartalsmagazin der Roten Hilfe e. V.; regelmäßige Berichterstattung über die Rote Hilfe, Prozesse und Ermittlungen sowie Entwicklungen im Polizei- und Justizapparat. Aktuelle Schwerpunktthemen.
60–70 S. DIN A4.
4,- Euro (für Mitglieder kostenlos)

INTERNATIONALES

Das Massaker am 19. Dezember 2000 in den türkischen Gefängnissen.
UPOTUDAK. Internationales Solidaritätskommitee mit den politischen Gefangenen.
Zweisprachig auf deutsch und türkisch.
ATIK – Konföderation der Arbeiter aus der Türkei und Europa (Hg.)
Brosch. 42 S.
Gegen Spende

Experimentierfeld Nordirland
Technologie politischer Unterdrückung.
Rote Hilfe. 1989.
Brosch. A4. 47 S.
1,- Euro (Sonderpreis)

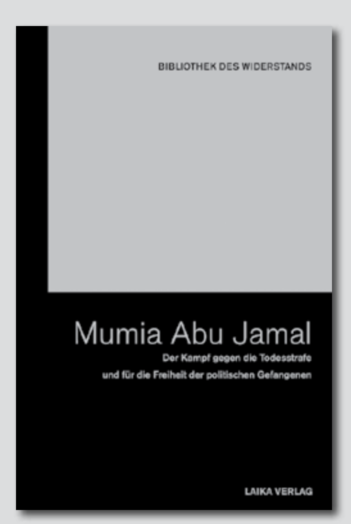


Indian War
Der Fall des indianischen Bürgerrechtlers Leonard Peltier.
Martin Ludwig Hofmann. 2005. Atlantik-Verlag.
Paperback. 179 S.
13,- Euro

How many more years ?
Haft in den USA. Biografie des politischen Gefangenen Ruchell „Cinque“ Magee.
Mark A. Thiel. 2000. Atlantik-Verlag.
Paperback. 252 S.
4,- Euro (Sonderpreis)

Hau ab, Mensch!
Erfahrungen von Xosé Tarrio.
1997/2007.
Paperback. 402 S.
8,- Euro

Zehn Jahre grenzüberschreitende Kurdenverfolgung
Beiträge für eine Menschenrechtschronik.
Eberhard Schulz. 1998. GNN-Verlag.
Paperback. 124 S.
1,- Euro (Sonderpreis)



Mumia Abu Jamal – Der Kampf gegen die Todesstrafe und für die Freiheit der politischen Gefangenen.
Bibliothek des Widerstandes, Bd.14.
Laika-Verlag 2011. Hardcover. 269 S. mit DVD: HINTER DIESEN MAUERN, J. Burjes, H. Kleffner. BRD 1996. 70 Min. / IN PRISON MY WHOLE LIFE, M. Evans, USA 2007. 90 Min. OmU. / JUSTICE ON TRIAL, K. Esmaeli, USA 2011. 25 Min.
24,90 Euro

BEWEGUNGEN UND REPRESSION

Freilassung für die politischen Gefangenen der RAF
Rote Hilfe e. V.. 2000.
Brosch. A4. 67 S.
0,50 Euro (Sonderpreis)

Reden vor Gericht
Plädoyers in Text und Ton.
Heinrich Hannover. 2010. PapyRossa.
Einband. 276 S.
22,- Euro



Stammheim
Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion. Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung.
Pieter Bakker Schut. 2007. Pahl-Rugenstein.
Paperback. 685 S.
19,95 Euro

NachrICHten aus dem Strafvollzug
Essays und Gedichte von Thomas Meyer-Falk.
J. Gotterwind (Hg.). 2010. Blaulicht-Verlag.
Paperback. 164 S.
9,90 Euro

Ohne Zweifel gegen den Angeklagten
Erklärungen vor Gericht.
Rainer Recke. 1997. Aktiv-Druck.
Paperback. 455 S.
16,36 Euro

Vom Armeeeinsatz bis Zensur
Ein ABC der Repression. G8-Gipfel 2007. Rote Hilfe. 2007. Brosch. A4. 75 S.
1,- Euro (Sonderpreis)

BEWEGUNGEN UND §§129/A/B

Der Hunger des Staates nach Feinden
Die Geschichte der Paragrafen 129, 129a und 129b und ihre Anwendung gegen die radikale Linke.
Rote Hilfe. 2009.
Brosch. A4. 80 S.
3,- Euro

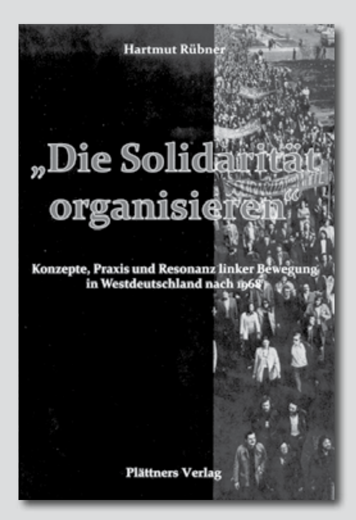
Kein Schritt zurück
129a Verfahren gegen die Passauer AntifaschistInnen.
Rote Hilfe. 1999.
Brosch. A5. 39 S.
1,- Euro (Sonderpreis)



Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen
Eine Nachbereitung zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg).
Bündnis für die Einstellung der 129(a)Verfahren. 2011.edition assemblage.
Paperback. 86 S.
4,80 Euro

GESCHICHTE DER ROTEN HILFE

Genossenschutz
Die Rote Hilfe in Westberlin 1969–71
Rote Hilfe e. V. und Hans-Litten-Archiv e. V. 2011.
Brosch. A4. 56 S.
5,- Euro



Die Solidarität organisieren
Konzepte, Praxis und Resonanz linker Bewegung in Westdeutschland nach 1968. Mit einem Geleitwort von Karl Heinz Roth.
Hartmut Rübner. 2012. Plättners Verlag. Paperback. 304 S.
16,80 Euro

Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands
Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik. Geschichte und Biografien von A wie Albert Aaron, Alex Heilbrun, Felix Halle, Hans Lit-

ten, Alfred Lewinsohn bis Arthur Wolff.
Schneider, Schwarz, Schwarz. 2002. Pahl-Rugenstein für die Rote Hilfe. Hardcover. 364 S.
16,- Euro

Der Barkenhoff, Kinderheim der Roten Hilfe 1923–1932
Die Kinderhilfe, der Barkenhoff, das Kinderheim in Egelsburg, Heinrich Vogeler und die Rote Hilfe.
192 Seiten mit zahlreichen z. T. ganzseitigen farbigen Abbildungen. Gesamte Restauflage des Verlages beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe.
Bresler, Grahn, Hoffmeister. 1991. Hardcover im Vier-Farben-Druck.
16,- Euro



Vorwärts und nicht vergessen!
70/20 Jahre Rote Hilfe. Die Geschichte der Roten Hilfe von der Weimarer Republik bis zur Wiedergründung der Roten Hilfe 1975.
Rote Hilfe e. V.. 1996.
Brosch. A4. 61 S.
1,- Euro (Sonderpreis)

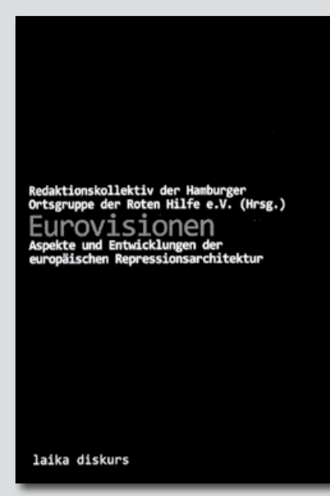
Zu Unrecht vergessen
Arbeit eines Rote-Hilfe Anwaltes in der Weimarer Republik: Felix Halle und die deutsche Justiz.
Josef Schwarz. 1997. GNN-Verlag. Paperback. 248 S.
13,- Euro

SICHERHEITSTECHNOLOGIE

Bei lebendigem Leibe
Von Stammheim zu den F-Typ-Zellen.
Nowak, Sesen, Beckmann. 2001. Unrast-Verlag. Paperback. 174 S.
7,- Euro

Demonen
Zur Mythologie der Inneren Sicherheit.
Olaf Arndt. 2005. Nautilus-Verlag. Paperback. 156 S.
12,90 Euro

Der rote Faden
Grundsätze der Kriminalpraxis.
Horst Clages (Hg.). 2012. Kriminalistik Verlag, Paperback. 622 S.
24,90 Euro



Eurovisionen
Aspekte und Entwicklungen der europäischen Repressionsarchitekur
Redaktionskollektiv der Hamburger Ortsgruppe der Roten Hilfe e. V. (Hg.). 2013. Laika-Verlag. Paperback. 140 S.
17,- Euro



TROIA
Technologien politischer Kontrolle.
Olaf Arndt. 2005. Belleville-Verlag. Paperback. 174 S.
14,80 Euro

ANTIREPRESSION

Fliegendes Material der Roten Hilfe e. V.
Infoflyer zu den Themen Anquatschversuche, Aussageverweigerung, Hausdurchsuchung, DNA-Abgabe, „Warum die Parole A.C.A.B scheisse ist ...“, Selbstdarstellung der Roten Hilfe.
Gegen Erstattung der Versandkosten.

Wege durch die Wüste
Ein Antirepressionshandbuch für die politische Praxis.
AutorInnenkollektiv (Hg.) 2007. Unrast-Verlag. Paperback. 280 S.
9,80 Euro



Was tun wenn's brennt?!
Auf Demonstrationen; bei Übergriffen; bei Festnahmen; auf der Wache. Rechtshilfetipps.
Rote Hilfe e. V.. 2011.
Brosch. 36 S. A6. Auch erhältlich auf Englisch, Türkisch, Französisch, Spanisch, Italienisch.
Gegen Erstattung der Versandkosten

EXTRA-MATERIAL

Rote Hilfe-Buttons
mit Rote Hilfe-Logo
im Glitzerlook; silber, gold, rot, pink, bunt
1,- Euro



Rote Hilfe-Aufkleber
„Bei Polizei und Justiz einfach mal die Fresse halten. Anzeige, Vorladung, Verfahren: Sofort zur Roten Hilfe! www.rote-hilfe.de“
Päckchen à 30 Stück
1,50 Euro



Rote Hilfe-Aufkleber
„Geschnappt haben sie sich wenige... Gemeint sind wir alle. Linke Politik ist notwendig, nicht kriminell. www.rote-hilfe.de“
Päckchen à 30 Stück
1,50 Euro

Rote Hilfe-Aufnäher
vier verschiedene Motive; weißer Flock auf schwarzem Stoff
„Solidarität. Rote Hilfe + Logo“; „Freiheit für alle politischen Gefangenen!!! Rote Hilfe + Logo“; „Solidarität ist eine Waffe. Rote Hilfe + Logo“; „Nicht Müsli und Quark, Solidarität macht stark!!! Rote Hilfe + Logo“
1,- Euro

Rote Hilfe-Feuerzeug „Was tun wenn's brennt?“
mit Rote Hilfe-Logo
1,- Euro

Rote Hilfe „... der Sampler“
Doppel-CD mit über 140 Min. Spieldauer und mehr als 35 Musiker_innen und Bands, die sich mit der Roten Hilfe solidarisieren. Der Erlös kommt zu 100 Prozent der Solidaritätsarbeit der Roten Hilfe zugute.
15,- Euro

Rote Hilfe T-Shirt „Wir sind alle 129 a“
Schwarz mit rotem Aufdruck: Vorderseite: Rote-Hilfe-Logo; Rückseite: „Wir sind alle 129 a“
Größen: Nur noch im Taillenschnitt (girly_er) in M zu haben!!
5,- Euro (Sonderpreis)

Rote Hilfe T-Shirt „Solidarity“
Solidarity in silence. Solidarity needs to fight. Solidarity helps to win.
Schwarz mit weißem Aufdruck (wahlweise hinten oder vorne), darunter klein: www.rote-hilfe.de
Größen: XL, XXL sowie im Taillenschnitt (girly_er) one size, S, L
5,- Euro (Sonderpreis)

T-Shirt „Free Mumia!“
Schwarz, grün oder rot mit weißem Aufdruck, Größen: schwarz: S, M, L, XL, XXL; grün: M, L; rot: S, M, L
8,- Euro

T-Shirt „Free Mumia Now! Weg mit der Todesstrafe!“
Schwarz mit weißem Aufdruck
Größen: S, M, L, XL sowie im Taillenschnitt (girly_er) S, M
8,- Euro

Allgemeine Bezugsbedingungen
Lieferungen gegen Vorkasse, Briefmarken, Verrechnungscheck oder Überweisung auf das Konto des Literaturvertriebes (siehe oben auf dieser Seite). Versandkostenpauschale nicht vergessen! Aus der Überweisung müssen Name des/der Bestellenden und Titel der bestellten Ware ersichtlich sein. Das Material bleibt bis zur Bezahlung nach § 455 BGB Eigentum der Roten Hilfe e. V.

Weiterverkäufer_innen, Buch- und Infoläden
Für Broschüren der Roten Hilfe gibt es ab einer Mindesmenge 30% Mengenrabatt. Regelmäßige Bezieher_innen können bei Abnahme von mindestens drei Exemplaren remittieren. Dies gilt NICHT für Materialien die mit Sonderpreis gekennzeichnet sind.

Alle Lieferungen zuzüglich Versandpauschale: 500 g = 1,50 Euro; 1 000 g = 2,50 Euro; 2 000 g = 4,50 Euro; bis 10 kg = 7,00 Euro. Bei anderen Vorstellungen oder internationalem Versand bitte Rücksprache unter literaturvertrieb@rote-hilfe.de

BUNDESVORSTAND UND REDAKTION

Rote Hilfe e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen
Telefon 0551 / 770 80 08
Dienstag und Donnerstag 15–20 Uhr, Fax 0551 / 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
rhz@rote-hilfe.de

SPENDEN- UND BEITRAGSKONTO

Rote Hilfe e. V.
Kontonummer: 56 036 239
BLZ: 260 500 01
Sparkasse Göttingen

ORTSGRUPPEN DER ROTEN HILFE E. V.

Aschaffenburg
c/o Infoladen Aschaffenburg
Ernsthofstr. 12
63739 Aschaffenburg
aschaffenburg@rote-hilfe.de

Augsburg
c/o Kulturladen in Selbstverwaltung „Die Ganze Bäckerei"
Reitmayrgäßchen 4
86152 Augsburg
augsburg@rote-hilfe.deaugsburg@rote-hilfe.de

Berlin
c/o Stadtteilladen Lunte
Weisestraße 53
12049 Berlin
Telefon 030 / 62 72 25 77
berlin@rote-hilfe.de
http://berlin.rote-hilfe.de

Bielefeld
c/o Hermann Taube
Goldbach 5
33615 Bielefeld
Telefon 0521 / 12 34 25
bielefeld@rote-hilfe.de

Bochum-Dortmund
c/o soziales Zentrum
Josephstraße 2
44791 Bochum
bochum-dortmund@rote-hilfe.de
http://bochum-dortmund.rote-hilfe.de

Bonn
c/o Buchladen le Sabot
Breite Straße 76
53111 Bonn
bonn@rote-hilfe.de

Braunschweig
c/o Antifa-Café
Cyriaksring 55
38118 Braunschweig
Telefon 0531/83828 (AB)
Fax 0531/2809920
braunschweig@rote-hilfe.de
Treffen: Jeden 3. Freitag im Monat ab 20:00 Uhr

Bremen
Postfach 110447
28207 Bremen
bremen@rote-hilfe.de
http://bremen.rote-hilfe.de

Cottbus
Postfach 100601
03006 Cottbus
Paketanschrift: c/o Infoladen Wildost, Parzellenstraße 79, 03046 Cottbus
telefonisch zu erreichen dienstags 9–12 und donnerstags 18–21 Uhr unter 0162/3671914
cottbus@rote-hilfe.de
http://cottbus.rote-hilfe.de

Darmstadt Bunte Hilfe/ Rote Hilfe e.V.
c/o LinksTreff Georg Fröba
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt
Telefon & Fax 06151/3919791
darmstadt@rote-hilfe.de

Dresden
Rudolf-Leonhard-Straße 39
01097 Dresden
Telefon/Fax: 0351/8115111
dresden@rote-hilfe.de
Sprechzeiten: Dienstags 19–20 Uhr

Düsseldorf-Neuss
c/o Linkes Zentrum Hinterhof
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf
duesseldorf-neuss@rote-hilfe.de
http://rhduesseldorf.blogsport.de

Duisburg
c/o Jugend- und Kulturverein
Kaiser-Wilhelm-Straße 284
47169 Duisburg
duisburg@rote-hilfe.de

Erfurt
c/o Offene Arbeit Erfurt
Allerheiligenstr. 9 / Hinterhaus
99084 Erfurt
erfurt@rote-hilfe.de
http://erfurt.rote-hilfe.de

Frankfurt am Main
c/o café exzess
Leipziger Straße 91
60487 Frankfurt am Main
ffm@rote-hilfe.de
http://frankfurt.rote-hilfe.de

Gelsenkirchen
c/o Alfred-Zingler-Haus
Margaretenhof 10
45888 Gelsenkirchen
gelsenkirchen@rote-hilfe.de

Gießen
Postfach 10 08 01
35338 Gießen
Telefon 0160/4073351
giessen@rote-hilfe.de

Göttingen
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen
goettingen@rote-hilfe.de
http://goettingen.rote-hilfe.de
Treffen: Dienstags 18:15 Uhr im Rote-Hilfe-Haus, Lange-Geismar-Str. 3

Greifswald
Postfach 1228
17465 Greifswald
greifswald@rote-hilfe.de
http://greifswald.rote-hilfe.de

Halle
c/o Infoladen
Ludwigstraße 37
06110 Halle
Tel. 0345/17012-42 (Fax: -41)
Sprechzeit Dienstags 18–19 Uhr
halle@rote-hilfe.de
http://halle.rote-hilfe.de

Hamburg
Postfach 306302
20329 Hamburg
hamburg@rote-hilfe.de
http://hamburg.rote-hilfe.de

Hannover
c/o UJZ Kornstraße
Kornstraße 28
30167 Hannover
hannover@rote-hilfe.de
http://hannover.rote-hilfe.de

Heidelberg
Postfach 103162
69021 Heidelberg
heidelberg@rote-hilfe.de
http://heidelberg.rote-hilfe.de

Heilbronn
c/o Infoladen
Postfach 2204
74012 Heilbronn
heilbronn@rote-hilfe.de

Jena
c/o Infoladen Jena
Schillergäßchen 5
07745 Jena
Telefon 03641/449304
jena@rote-hilfe.de
http://jena.rote-hilfe.de

Karlsruhe
Werderstraße 28
76137 Karlsruhe
karlsruhe@rote-hilfe.de

Kassel
c/o Karoshi Kassel
Gießbergstraße 41–47
34127 Kassel
kassel@rote-hilfe.de

Kiel
Postfach 6444
24125 Kiel
Telefon & Fax 0431/75141
kiel@rote-hilfe.de
http://kiel.rote-hilfe.de

Köln
c/o VVN-BdA Köln
Venloer Str. 440 (Toskana-Passage)
50825 Köln
koeln@rote-hilfe.de
http://koeln.rote-hilfe.de

Königs Wusterhausen
c/o H. G. A.
Postfach 11 19
15701 Königs Wusterhausen
Telefon: 0177/7420920
kw@rote-hilfe.de
http://kw.rote-hilfe.de

Landshut
Wagnergasse 10
84034 Landshut
landshut@rote-hilfe.de

Leipzig
c/o linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
leipzig@rote-hilfe.de
Sprechzeit: jeden ersten Freitag im Monat: 17.30–18.30 Uhr linXXnet

Leverkusen
Kontakt über Buvo
leverkusen@rote-hilfe.de

Magdeburg
Kontakt über Bundesvorstand

Mainz
c/o Kreativa
Kaiser-Wilhelm-Ring 80
55118 Mainz
mainz@rote-hilfe.de

Mönchengladbach
Postfach 201027
41210 Mönchengladbach
Telefon 0173/3288881
moenchengladbach@rote-hilfe.de, http://moenchengladbach.rote-hilfe.de

München
Schwanthalerstraße 139
80339 München
Telefon 089/4489638
muenchen@rote-hilfe.de
http://muenchen.rote-hilfe.de
Sprechzeit: Mittwochs 18–19 Uhr

Neuruppin
Postfach 11 55
16801 Neuruppin
Tel.: 01512 / 844 42 52
neuruppin@rote-hilfe.de
http://neuruppin.rote-hilfe.de

Nürnberg, Fürth, Erlangen
c/o Libresso
Postfach 810112
90246 Nürnberg
Telefon 0157 / 89 37 20 76
nuernberg@rote-hilfe.de
Sprechzeiten: jeden 2. und 4. Donnerstag, 19–20 Uhr im KOMM, Untere Seitenstr. 1

Oberhausen/Westliches Ruhrgebiet
Kontakt über Buvo
oberhausen@rote-hilfe.de

Osnabrück
c/o Infoladen
Alte Münze 12
49074 Osnabrück
osnabrueck@rote-hilfe.de
http://osnabrueck.rote-hilfe.de

Potsdam
Hermann-Elflein-Str. 32
14467 Potsdam
potsdam@rote-hilfe.de

Rostock
Kröpeliner Straße 90
18055 Rostock
rostock@rote-hilfe.de

Salzwedel
c/o Autonomes Zentrum
Altperverstr. 34
29410 Salzwedel
salzwedel@rote-hilfe.de

Strausberg
c/o doma e.V.
An der Stadtmauer 7
15344 Strausberg
strausberg@rote-hilfe.de

Stuttgart
Linkes Zentrum Lilo Herrmann
Böblingerstr. 105
70199 Stuttgart
stuttgart@rote-hilfe.de
http://stuttgart.rote-hilfe.de
Treffen: Jeden ersten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Linken Zentrum Lilo Herrmann

Südthüringen
c/o Infoladen Arnstadt
Plauesche Straße 20
99310 Arnstadt
sth@rote-hilfe.de

Wiesbaden
c/o Infoladen Linker Projekte
Werderstraße 8
65195 Wiesbaden
wiesbaden@rote-hilfe.de

Würzburg
c/o Die Linke KV Würzburg
Weissenburgstraße 3
97082 Würzburg
wuerzburg@rote-hilfe.de
http://wuerzburg.rote-hilfe.de

KONTAKTADRESSEN DER ROTEN HILFE E.V.

Chemnitz
c/o Rothaus
Lohstr. 2
09111 Chemnitz
chemnitz@rote-hilfe.de

Freiburg
c/o KTS
Baselerstraße 103
79100 Freiburg
Telefon 0761/4097251
freiburg@rote-hilfe.de

Hameln
c/o VVN/BdA
Postfach 101230
31762 Hameln

Rendsburg
c/o T-Stube
Postfach 506
24756 Rendsburg
Telefon 04331/29566

Saarland
c/o Verein für kommunikatives Wohnen und Leben
Postfach 103 207
66032 Saarbrücken
saarland@rote-hilfe.de

Weimar
c/o Neue Linke
Jakobstr. 22
99423 Weimar
weimar@rote-hilfe.de
http://rhweimar.blogsport.de
Sprechzeiten: Erster und dritter Dienstag im Monat, 19–20 Uhr

Wismar
c/o Tikozigalpa
Dr.-Leber-Str. 38
23966 Wismar
wismar@rote-hilfe.de

Wuppertal
Postfach 130804
42035 Wuppertal
Wuppertal@rote-hilfe.de

BEITRITTSERKLÄRUNG

Zutreffendes ankreuzen und bitte in Großbuchstaben ausfüllen! Bitte senden an: Rote Hilfe e. V., Postfach 3255, 37022 Göttingen

- ☐ Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e. V.
- ☐ Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert
- ☐ Ich möchte den E-Mail-Newsletter der Roten Hilfe beziehen, der aktuell über Repression berichtet
- ☐ Ich zahle per Dauerauftrag auf das Konto der Roten Hilfe e. V. mit dem Betreff „Mitgliedsbeitrag"
- ☐ Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V. wird, jederzeit widerruflich, ermächtigt, die Beitragszahlungen für das (Neu-)Mitglied von dem nebenstehend angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das genannte Kreditinstitut angewiesen, die von der Roten Hilfe e. V. auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen, beginnend ab dem Belastungsdatum, kann die/der KontoinhaberIn die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem angegebenen Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu Lasten der/des KontoinhaberIn und können ebenfalls von dem genannten Konto abgebucht werden.

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE49ZZZ00000318799
Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt

Vorname / Name Neumitglied

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Wohnort

Telefonnummer

E-Mail

Name und Sitz des Kreditinstituts

BIC

IBAN

Datum / Unterschrift Neumitglied

Ich zahle einen **Mitgliedsbeitrag** von

- ☐ jährlich 90 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ halbjährlich 45 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ vierteljährlich 22,50 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ monatlich 7,50 Euro — anderer Betrag ______ Euro

Ich zahle einen **Solibeitrag** von

- ☐ jährlich 120 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ monatlich 10 Euro — anderer Betrag ______ Euro

Der Mindestbeitrag beträgt 7,50 Euro monatlich. Der ermäßigte Mindesbeitrag für SchülerInnen, Erwerbslose usw. beträgt 3 Euro monatlich. Empfohlen wird ein Solibeitrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.

Impressum

Die Rote Hilfe erscheint quartalsweise. Für die Ausgabe 1/2014 gilt:
Erscheinungstermin: Mitte November 2013
Redaktionsschluss: 10. Januar 2014

Herausgeber
Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.

V.i.S.d.P.
H. Lange, PF 32 55, 37022 Göttingen

Für die AZADÎ-Seiten
V.i.S.d.P. Monika Morres
(Anschrift siehe AZADÎ-Seiten)

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die VerfasserInnen der namentlich nicht gezeichneten Artikel sind der Redaktion bekannt.

Die Rote Hilfe im Internet
www.rote-hilfe.de

Auflage
7 650 Exemplare; Eigendruck auf chlorfrei gebleichtem Papier im Selbstverlag.

Preise
Einzelexemplar 4 Euro,
Abonnement: 20 Euro im Jahr.
Für Mitglieder der Roten Hilfe e. V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.
Eine Teilauflage enthält einen Mitgliederrundbrief.

Bildnachweise
Archiv Rote Hilfe

Alle Zuschriften und Anfragen
bitte schicken an:
Rote Hilfe Redaktion
Postfach 32 55, 37022 Göttingen,
Telefon 0174/477 96 10,
Fax 0551/770 80 09,
rhz@rote-hilfe.de. (Diese Adresse bitte nicht für Mailinglisten verwenden!)

Artikel, Leserbriefe und Ähnliches wenn möglich als Mail, vor dem Schreiben längerer Sachen die Redaktion kontaktieren.

Unverlangt eingesandte Texte und Bilder werden nicht zwingend abgedruckt. Die Auswahl der zu veröffentlichenden Texte liegt im Rahmen der Satzung der Roten Hilfe e. V. im Ermessen der Redaktion.

Austauschanzeigen:
Austauschanzeigen linker Zeitschriften drucken wir nach Möglichkeit ab. Anzeigen in den Datei-Formaten jpeg, tif (jew. mind. 300dpi, Graustufen), bitmap (mind. 600dpi, sw), pdf (nach PDF/X-3 bzw. PDF/X-1a-Standard) oder Vektor-EPS an:
austauschanzeigen@rote-hilfe.de

Mitgliedsbeiträge und Spenden
bitte nur auf folgendes Konto überweisen:
Rote Hilfe e. V.
Kontonummer: 56 036 239
BLZ: 260 500 01
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

ÄNDERUNG DER BISHERIGEN ADRESSE/ BANKVERBINDUNG/ BEITRAGSHÖHE

Zutreffendes ankreuzen und bitte in Großbuchstaben ausfüllen!
Bitte senden an: Rote Hilfe e. V., Postfach 3255, 37022 Göttingen

Ich bin Mitglied der Roten Hilfe und ändere meinen Beitrag / meine Bankverbindung / meine Adresse

Meine **bisherige** Anschrift / Bankverbindung

Vorname / Name Mitglied

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Wohnort

Telefonnummer

E-Mail

Name und Sitz des Kreditinstituts

Kontonummer | Bankleitzahl

BIC

IBAN

Datum / Unterschrift Mitglied

Meine **neue** Anschrift / Bankverbindung

Vorname / Name Mitglied

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Wohnort

Telefonnummer

E-Mail

Name und Sitz des Kreditinstituts

BIC

IBAN

Datum / Unterschrift Mitglied

Ich zahle einen **Mitgliedsbeitrag** von

- ☐ jährlich 90 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ halbjährlich 45 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ vierteljährlich 22,50 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ monatlich 7,50 Euro — anderer Betrag ______ Euro

Ich zahle einen **Solibeitrag** von

- ☐ jährlich 120 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ monatlich 10 Euro — anderer Betrag ______ Euro

Der Mindestbeitrag beträgt 7,50 Euro monatlich. Der ermäßigte Mindesbeitrag für SchülerInnen, Erwerbslose usw. beträgt 3 Euro monatlich. Empfohlen wird ein Solibeitrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.

BUNDESVORSTAND UND REDAKTION

Rote Hilfe e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 32 55
37022 Göttingen
Telefon 05 51 / 770 80 08
di+do 15–20 Uhr
Fax 05 51 / 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de



Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Postvertriebstück

C 2778 F

Gebühr bezahlt

cc-by Cogiati

Bei Polizei und Justiz
einfach mal die
fresse
halten
rote-hilfe.de
Anzeige, Vorladung und Verfahren:
Sofort zur Roten Hilfe!

Dieser und weitere Aufkleber sind erhältlich
beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe
literaturvertrieb@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de